



Plenarprotokoll

102. Sitzung

Mittwoch, 9. Dezember 2020

Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN], zur Ge-
schäftsordnung..... 7764
Werner Kalinka [CDU], zur Ge-
schäftsordnung..... 7764

Aktuelle Stunde

**Akzeptanz in der Bevölkerung und
Gemeinsamkeit im Parlament nicht
gefährden: Nachgipfelkommunika-
tion zum Coronamanagement von
Bund und Ländern muss besser
werden!**..... 7765

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2639

Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 7765, 7784
Tobias Koch [CDU]..... 7768

Eka von Kalben [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 7770
Christopher Vogt [FDP]..... 7775
Lars Harms [SSW]..... 7778
Claus Schaffer [AfD]..... 7781
Daniel Günther, Ministerpräsident.
Werner Kalinka [CDU]..... 7782
7785

**Mündlicher Bericht zur Umsetzung
der Impfstrategie**..... 7786

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/2629

Dr. Heiner Garg, Minister für So-
ziales, Gesundheit, Jugend, Fa-
milie und Senioren..... 7787, 7789
Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 7790
Serpil Midyatli [SPD]..... 7792
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 7793
Christopher Vogt [FDP]..... 7795

Christian Dirschauer [SSW].....	7797	Beate Raudies [SPD].....	7816
Claus Schaffer [AfD].....	7798	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7817
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	7799	Annabell Krämer [FDP].....	7819
Birte Pauls [SPD].....	7800	Jörg Nobis [AfD].....	7820
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	7801	Monika Heinold, Finanzministerin	7821
Bernd Heinemann [SPD].....	7803		
Dennys Bornhöft [FDP].....	7803		
Beschluss: Der Berichts Antrag Druck- sache 19/2629 hat durch die Be- richterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden.....	7805	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/2609 federführend an den Finanzausschuss und mit- beratend an den Wirtschaftsaus- schuss.....	7822
Polizei gegen Rassismus und Rechtsextremismus stärken.....	7805	Antrag auf Zustimmung des Land- tags zu den Zielvereinbarungen zum Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“.....	7822
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2630		Antrag der Landesregierung Drucksache 19/2320	
Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein.....	7805	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/2603	
Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2641		Peer Knöfler [CDU], Bericht- ersteller.....	7822
Tim Brockmann [CDU].....	7805	Claus Christian Claussen, Minis- ter für Justiz, Europa und Ver- braucherschutz.....	7822
Kathrin Bockey [SPD].....	7806	Anette Röttger [CDU].....	7824
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7807	Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	7825
Jörg Hansen [FDP].....	7809	Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7827
Lars Harms [SSW].....	7810	Christopher Vogt [FDP].....	7828
Claus Schaffer [AfD].....	7811	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	7830
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländli- che Räume, Integration und Gleichstellung.....	7812	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2320 in der Fas- sung der Drucksache 19/2603.....	7831
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	7813	Mietenmoratorium wieder in Kraft setzen! Mieterinnen und Mieter in der Coronakrise nicht im Stich las- sen!.....	7831
Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 19/2641 an den Innen- und Rechtsausschuss 2. Annahme des Antrags Drucksache 19/2630.....	7814	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2620	
Finanztransaktionssteuer einführen	7814	Özlem Ünsal [SPD].....	7831
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2609		Lukas Kilian [CDU].....	7832, 7842
Lars Harms [SSW].....	7814	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7834
Ole-Christopher Plambeck [CDU].	7815	Jan Marcus Rossa [FDP].....	7835, 7840
		Lars Harms [SSW].....	7836, 7845
		Jörg Nobis [AfD].....	7837

Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7838	* * * *
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7839	Regierungsbank:
Werner Kalinka [CDU].....	7843	Daniel Günther, Ministerpräsident
Claus Christian Claussen, Minis- ter für Justiz, Europa und Ver- braucherschutz.....	7845	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	7846	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge- sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei- ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/2620 federführend an den Innen- und Rechtsaus- schuss und mitberatend an den So- zialausschuss und den Wirt- schaftsausschuss.....	7846	Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schles- wig-Holstein (Hochschulgesetz - HSG).....	7847	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich- stellung
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2338		Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita- lisierung
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/2597		Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Berichterstatterin...	7847	* * * *
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/2338..	7847	

Beginn: 10:13 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigen Sie, dass es etwas verspätet losgeht. Es gab noch einige organisatorische Dinge zu klären. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 39. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Peter Lehnert und Marlies Fritzen sowie die Ministerin Prien. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen seitens der Landesregierung ist Ministerin Dr. Sütterlin-Waack ab 16 Uhr beurlaubt. Der Abgeordnete von Pein und der Abgeordnete Holowaty sind nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung heute entschuldigt.

(Zurufe)

- Der Abgeordnete Holowaty ist ab 15 Uhr beurlaubt. Abwarten und sich dann aufregen! Der Abgeordnete Habersaat ist ebenfalls nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung entschuldigt. Er kommt etwas später.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Benehmen mit dem Ältestenrat habe ich eine Allgemeinverfügung und Dienstanweisung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung sowie weiteren Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 erlassen. Diese Regelungen sind Ihnen zu Ihrer Unterrichtung am Montag zugeleitet worden. Alle Personen, die sich im Landeshaus und hier im Plenarsaal aufhalten, haben sich an diese Regelungen zu halten.

Gerichtet an die Mitglieder des Landtages möchte ich noch Folgendes hinzufügen: Die Mitglieder des Ältestenrates haben sich nach ausführlicher Erörterung darauf verständigt, dass Abgeordnete, die vor der Plenarsitzung das Angebot einer Testung auf das Coronavirus nicht in Anspruch genommen haben, auf den Verkehrswegen im Plenarsaal, an den Saalmikrofonen und auch an ihren Sitzplätzen zum Schutz der Gesundheit Dritter eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen müssen. Lediglich am Rednerpult kann die Mund-Nase-Bedeckung abgenommen werden. Diese Regeln sollen im Rahmen dieser Plenartagung maßgeblich sein. Verstoßen Abgeordnete gegen diese Regeln, können diese Verstöße mit parlamentarischen Ordnungsmaßnahmen nach

der Geschäftsordnung geahndet werden. Ich bitte diejenigen, die sich nicht haben testen lassen, daher sehr eindringlich, diese Regeln zu beachten - und natürlich alle anderen, wie wir das bisher ja auch gemeinsam gemacht haben. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Frau Abgeordnete Dr. Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Widerspruch erhebe ich natürlich nicht, Herr Präsident. Aber ich gehe schon davon aus, dass diejenigen, die es möchten, freiwillig einen Mund-Nase-Schutz zwischendurch zusätzlich tragen dürfen. Es spricht nichts dagegen?

(Heiterkeit)

Präsident Klaus Schlie:

Dazu habe ich ja keine Ausführungen gemacht. Insofern, Frau Abgeordnete Dr. Bohn, ist es selbstverständlich, dass diejenigen, die die Mund-Nase-Bedeckung weiterhin die ganze Zeit tragen wollen, dies tun dürfen; das ist völlig klar. Das habe ich übrigens auch nicht ausgeschlossen - ganz bewusst. Aber vielen Dank für den Hinweis!

Ich finde sowieso - das will ich gern ergänzend sagen -, dass wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag in dieser schwierigen Situation in großer Verbundenheit miteinander die Verantwortung solidarisch wahrnehmen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass dieses Parlament in seiner Gesamtheit tagen kann.

Zu einem weiteren Beitrag hat Herr Abgeordneter Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident, wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie von „Abgeordneten“ gesprochen. Müsste das nicht für alle im Plenarsaal Anwesenden gelten? Oder gilt das schon?

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe versucht, in meinen Eingangsworten deutlich zu machen, dass ich zwei Dinge getan habe: Ich habe eine Allgemeinverfügung und eine Dienstanweisung erlassen. Die Allgemeinverfügung gilt natürlich für alle, die Dienstanweisung nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit den weiteren Damen und Herren, die sich hier im Plenarsaal befinden, insbesondere mit den Damen und Herren Journalisten, haben wir diese Ver-

(Präsident Klaus Schlie)

einbarung auch getroffen. Sie haben sich von Anfang einschließlich heute daran gehalten. Insofern gilt das für alle. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Herr Abgeordneter, ist es eine Dienstanzweisung.

(Zuruf: Die Allgemeinverfügung gilt für alle?)

- Ja, ja. Die Allgemeinverfügung ist für jede und jeden, der sich hier im Raum aufhält, gültig.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 7, 9 bis 13, 27, 28, 35, 38 bis 40 und 43 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 17, 25, 41, 42, 45 und 48.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3 und 4 - Maßregelvollzugsgesetz und Gesetz zur Hilfe und Unterbringung von Menschen mit Hilfebedarf infolge psychischer Störungen -, 18 und 20 - Bundesländer in die Mittelvergabe im Rahmen des Aufbauinstruments Next Generation EU einbeziehen und Wende im European Green Deal - sowie 36 und 44 - Kapazitäten und Arbeits- und Gesundheitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein.

Der Gesetzentwurf zu Tagesordnungspunkt 8, Änderung des Hochschulgesetzes, Drucksache 19/2500, wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Ein Antrag zu einer Fragestunde liegt nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 39. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr und Freitag mit einer einstündigen Mittagspause bis circa 15:30 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages ganz herzlich!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Akzeptanz in der Bevölkerung und Gemeinsamkeit im Parlament nicht gefährden: Nachgipfelkommunikation zum Coronamanagement von Bund und Ländern muss besser werden!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2639

Ich gehe davon aus, wenn ich jetzt die Rednerliste eröffne, dass zuerst der Herr Oppositionsführer das Wort hat, Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum machen wir diese Aktuelle Stunde? Auf der einen Seite machen wir sie deswegen, weil wir in der vorletzten Woche eine Sondersitzung hatten. Damals ist das Parlament gut beteiligt worden. Wir haben über Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Effektivität der Maßnahmen gesprochen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Schulen und Kitas möglichst offenbleiben und dass die Novemberhilfen großzügig als Dezemberhilfen verlängert werden. Wir haben über einen bundesweit einheitlichen Maßstab gesprochen, der zu unterschiedlichen Maßnahmen führen soll. - So weit, so gut.

Dann trat am 1. Dezember 2020 die bis zum 20. Dezember 2020 gültige Verordnung der Landesregierung in Kraft. Am 2. Dezember 2020 trafen sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin. Sie redeten über andere Themen, unter „Verschiedenes“ auch über Corona, und sagten dann mir nichts, dir nichts: Jetzt verlängern wir die Maßnahmen bis Mitte Januar 2021.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: So nachvollziehbar und verständlich das in der Sache sein mag - ich komme zur eigentlichen Aktualität, die ja diese Woche noch stärker gegeben ist, gleich zurück -, so ist es in der Form nicht in Ordnung. Das ist eine Überrumpelung von Parlament und Öffentlichkeit, das ist verkorkste Kommunikation, und das hilft eben gerade nicht, wenn man die Bevölkerung bei dem mitnehmen will, was man eigentlich möchte.

(Beifall SPD und SSW)

Herr Ministerpräsident Günther, das hat die Kollegin Schwesig besser gemacht. Sie hat nämlich an dem Tag öffentlich klipp und klar gesagt: „Wir werden am 20. Dezember 2020 entscheiden, wie es bei uns in Mecklenburg-Vorpommern weitergeht.“ Das haben Sie nachher auch getan, nachdem sich der Kollege Vogt und auch andere zu Wort gemeldet

(Dr. Ralf Stegner)

haben - der Fraktionsvorsitzende der FDP hat ja doch viel Einfluss in der Fraktion der FDP; das finde ich gut -,

(Beifall FDP)

Sie haben das korrigiert. Aber in der Sache war das nicht gut, denn es ist ein kostbares Gut, die Bevölkerung mitzunehmen.

Was wir inzwischen allerdings haben - und da sind wir bei der Aktualität -, ist kommunikatives Chaos bundesweit. Es gibt einen Profilierungswettbewerb einzelner Ministerpräsidenten, PR-Maßnahmen wie in Bayern, die man vor 14 Tagen längst hätte machen können, wenn man das gewollt hätte, statt die Bevölkerung hier zu beeindrucken mit diesen Alone- und Cowboy-Attitüden: Ausgangssperren, Lockdown, Silvester so rum oder anders rum, Ferien so oder anders rum, Weihnachten und Silvester. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Die Bevölkerung weiß gar nicht mehr, was wann und wo passieren soll, und das ist schlecht. Wir müssen nämlich die Menschen mitnehmen, wenn wir wollen, dass wir gut durch die Krise kommen. Es muss nachvollziehbar, transparent und effektiv sein.

(Beifall SPD und SSW)

Und ja, in der Sache haben wir die Maßnahmen mitgetragen, Herr Ministerpräsident; denn die Entwicklung ist besorgniserregend. Bundesweit steigen die Zahlen, auch die schleswig-holsteinischen Zahlen liegen inzwischen bei einer Inzidenz von über 50. Man sollte daran denken: Wir haben Beherbergungsverbote für diejenigen ausgesprochen, die inzwischen einen Inzidenzwert haben, den wir selber erreichen.

590 Tote pro Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind unsere Eltern und Großeltern. Das kann man nicht einfach als statistische Größe behandeln; denn sonst können wir uns die Sprüche über Weihnachten wirklich sparen.

(Beifall SPD)

Das ist besorgniserregend, das kann man nicht achselzuckend zur Kenntnis nehmen, sondern da muss man etwas tun.

Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen: Es ist am Ende das Ergebnis von Rücksichtslosigkeit und Leichtsinns, dass wir diese Situation haben. Wir haben uns zu viel auf unsere deutschen Schultern geklopft - auch wenn wir vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind, das muss man durchaus sagen. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, wenn jetzt viele zu üblichen Zeiten parteipolitische Manöver veran-

staltet, wie zum Beispiel mit dem Streit in der Union. Herr Brinkhaus erwartet - das gilt auch für Herrn Rehberg -, die Länder müssten jetzt viel mehr zahlen.

Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Der Bund ist wirklich großzügig darin, uns dafür zu danken, dass wir es ordentlich machen. Aber die Länder gehen auch bis an den Rand dessen, was sie können. Wir brauchen in dieser Lage solche Kompetenzstreitigkeiten nicht. Das verunsichert die Bevölkerung, und das hat überhaupt keinen Sinn.

(Beifall SPD und SSW)

Es geht hier nicht um Fingerhakeln, sondern das ist eine Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, die wir gemeinsam auf uns nehmen müssen.

Nun gibt die Leopoldina Empfehlungen zu einem Lockdown ab. Ich finde einen Lockdown mit Ankündigung schon ein bisschen merkwürdig, wenn ich ganz ehrlich bin. Das wirkt geradezu so wie: Lasst uns mal feiern, und danach machen wir dann einen Lockdown.

Aber man muss das, was die Wissenschaft sagt, durchaus ernst nehmen. Wenn am Ende das Ergebnis wäre, einen bundesweiten Lockdown zu machen, würden auch wir das mittragen. Schleswig-Holstein ist da nicht klüger als andere. Aber das wäre die zweitbeste Maßnahme; denn wir haben komplett unterschiedliche Inzidenzzahlen in Deutschland, komplett unterschiedliche. Wir haben Kreise mit einer Inzidenz von 300 oder noch mehr, mit 400 sogar; wir haben aber auch Kreise mit einstelligen Inzidenzzahlen. Ein Lockdown ist für Hotspots nachvollziehbar, ist aber eigentlich keine gute Strategie. Es wäre auch ein Versagen der Politik, wenn das am Ende dabei herauskommt.

Dann lese ich solche Äußerungen von Ministerpräsidenten, die diesen Lockdown jetzt verklären, als wenn das eine gelungene Entschleunigung nach Weihnachten wäre nach dem Motto: Wir gehen in den Winterschlaf! - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden hier über den Eingriff in Bürgerrechte, und zwar über massive Eingriffe. Die sind vielleicht gerechtfertigt. Aber diese so zu verklären, dass man sagt, das sei eine gute Sache, und das könnten wir nach Weihnachten mal eben so machen, das kann man doch nicht ernsthaft wollen. Wir sind doch nicht Volkspädagogen, die die Bevölkerung darüber belehren, was schlau wäre. Das hat doch auch für viele materielle Folgen, die wir dann wieder ausgleichen müssten. Vielmehr müssen wir die Menschen davon überzeugen, dass sie Kontakte

(Dr. Ralf Stegner)

reduzieren. Dafür muss die Kommunikation aber auch so sein, dass man sie nachvollziehen kann. Es darf keine Zickzackkommunikation geben, wie wir sie teilweise unter Verklärung solcher Maßnahmen erleben.

Besser wäre etwas ganz anderes, nämlich eine konsequente und verbindliche Coronainzidenzampel, die flächendeckend Informationen über die Fallzahlen gibt. Auf Deutsch gesagt: Wenn die Anzahl der Infektionen eine bestimmte Marke erreicht, wird das öffentliche Leben eingeschränkt, und wenn die Anzahl eine bestimmte Marke überschreitet, wird ein Lockdown gemacht. Wenn man das bundesweit machte, könnte man zeigen, dass Föderalismus funktioniert. Wir haben doch einen Maßstab und der heißt: nicht überall alles gleich, aber es wird nach den gleichen Prinzipien verfahren. Das verstehen die Menschen, denn sie wissen: Wenn es so weit ist, wird es gefährlich, und dann müssen bestimmte Einschränkungen vorgenommen werden. Das wäre eine gute Maßnahme.

Ich glaube, wir werden eine solche Maßnahme so oder so brauchen, ob wir nun den Lockdown haben oder nicht, bis die Impfung wirkt. Und das kann ja noch ein bisschen dauern, obwohl wir eine gute Impfstrategie - darüber wird heute ja auch noch zu reden sein - haben. Auch das Land ist darauf gut vorbereitet, und das ist alles in Ordnung.

Aber im Kern ist es so: Wenn nicht klar ist, warum was passiert, wenn die Menschen nicht wissen, warum dies da und jenes dort gilt - das ist in der Bundesrepublik ja komplett unterschiedlich - und wir stattdessen einen Profilierungswettbewerb einzelner Politiker beobachten, dann wird die Akzeptanz sinken. Ich sage Ihnen: Dann schaffen wir diese gemeinsame Kraftanstrengung nicht.

(Beifall SPD und SSW)

Ich sage das deswegen in dieser Eindringlichkeit, weil ich Ihnen ehrlicherweise sagen muss, dass ich den Satz mit den Toten ernst gemeint habe. Wir können nicht einfach so tun, als ob uns das nicht berührt. Das ist keine statistische Größe. Wir müssen etwas dagegen machen. Das heißt, wir müssen in der Politik Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass die Kommunikation so ist, dass die Menschen verstehen, was wir machen, damit das, was wir machen, wirkt und auch eine Logik hat.

Es bleiben nämlich noch genügend Probleme übrig. So müssen wir uns immer noch ein Konzept für die Heime überlegen, und zwar ein Konzept, das keinen Freiheitsentzug bedeutet und ermöglicht, dass Besuchsverbote und Isolation wie im Frühjahr nicht

erneut ausgesprochen werden müssen; denn diese sind in der grauen Jahreszeit noch schlimmer als im Frühjahr. Wir müssen eine Konzeption haben, die die Menschen trotzdem schützt.

Ich habe auch beim letzten Mal nicht von ungefähr auf andere Themen, zum Beispiel auf die Einsamkeit der Menschen hingewiesen, die es nicht so gut haben wie wir, die wir hier sitzen. Dieses Problem ist unabhängig von dem durch uns zu lösen, was wir an Management noch zu tun haben.

Deswegen könnte diese Aktuelle Stunde, wie ich finde, aktueller nicht sein, weil wir uns um diese Transparenz, um diese Nachvollziehbarkeit und diese Effektivität zu kümmern haben. Die Maßnahmen, die wir als Politiker ergreifen, schränken die Bürgerrechte ein; deshalb müssen diese Schritte auch gut und vernünftig begründet werden. Fehler macht übrigens jeder. Wir wissen auch manchmal nicht, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Aber klar ist doch: Wir müssen die Kontakte reduzieren.

Herr Ministerpräsident, wir sollten auch nicht zurückfallen hinter dem, was wir an Einbindung des Parlaments vor 14 Tagen hatten. Das war eine gute Sache. Das heißt, wenn es neue Entscheidungen gibt, dann muss darüber auch hier wieder neu gesprochen werden. Wir müssen es gemeinsam vertreten, liebe Kollegen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch gemacht!)

- Ich sage das doch gar nicht kritisierend, Frau Kollegin von Kalben, sondern ich sage dies als einen Punkt, von dem ich glaube, dass er in der gemeinsamen Überzeugung von Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen liegt.

Ich will auch ganz deutlich sagen: Hier muss sich niemand ärgern. Wir haben hier eine außerordentlich konstruktive Rolle eingenommen und bleiben übrigens auch dabei, weil es unser Job ist, dafür zu sorgen, dass der Staat funktioniert. Er wird aber nur dann funktionieren, wenn wir das, was wir wollen, auch gemeinschaftlich tun und wenn wir in unserer Kommunikation - das ist am Ende ja das, was Politiker machen können, nämlich kommunizieren - glaubwürdig sind, damit die Menschen das verstehen. Sie verstehen schon nicht, wenn wir über Inzidenzampeln, über A und B oder über Y und Z reden. Aber sie müssen nachvollziehen können, warum es welche Einschränkungen gibt.

Sie wollen übrigens auch, dass unser Wort gilt. Wenn wir zum Beispiel sagen, Hilfen fließen unbürokratisch und schnell, dann müssen sie auch unbü-

(Dr. Ralf Stegner)

rokratisch und schnell fließen. Dann dürfen wir nicht später über Computersysteme reden, die noch nicht funktionieren oder sonst etwas. Und wenn wir sagen, wir vernetzen die Gesundheitsämter, dann dürfen die nicht per Fax miteinander kommunizieren, weil es der Datenschutz so will, sondern dann müssen wir dafür sorgen, dass dies elektronisch passiert.

(Beifall SPD)

Das sind alles Dinge, die wir können.

Mache sich niemand etwas vor: So gut es mit dem Impfen auch ist, es wird eine Weile dauern, bis alle geimpft sind, sodass unser öffentliches Leben wieder einigermaßen normal ist. Bis dahin müssen wir den Anspruch erfüllen, dass wir alles tun, was in unserer Kraft steht, damit auch am Ende noch gilt, dass Schleswig-Holstein und Deutschland besser durch die Krise gekommen sind als andere. Das schaffen wir nur gemeinsam und nur dann, wenn wir eine Argumentation wählen, die nicht heute so und morgen anders ist. Und ja, bitte, die Halbwertszeit von Vereinbarungen darf durchaus ein bisschen länger sein als bis zum Sprung ins Auto, wenn man gerade in der Ministerpräsidentenkonferenz gesessen hat. Das ist keine gute Sache. Es sollte eine Mahnung für uns sein, dass wir die Chancen nutzen, die wir haben.

Ich will zum Schluss noch einmal sagen: Wir sind in einer außerordentlich privilegierten Situation. Kein Land in Europa gibt so viele Mittel aus wie wir, um die Folgen zu bekämpfen - was Arbeitsplätze und Menschen angeht -, kein anderes Land. Dass wir das können, ist großartig. Aber wir dürfen es nicht verspielen, indem wir leichtsinnig werden, indem wir falsch kommunizieren, indem wir widersprüchlich handeln oder indem wir glauben, es wäre ein Profilierungswettbewerb von Politikern und Parteien. Das ist es nicht. Es ist eine gemeinsame Anstrengung für uns alle, übrigens auch gegen diejenigen, die als Coronaleugner oder sonst was Systemgegner sind. Denen dürfen wir es nicht zu leicht machen, indem wir selber falsch kommunizieren. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der CDU-Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute auf Antrag der SPD-

Fraktion den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz aus der vergangenen Woche, die derzeit geltenden Maßnahmen bis zum 10. Januar 2021 zu verlängern. In der Sache könne er die Gründe für diese Verlängerung durchaus nachvollziehen, sagt Ralf Stegner; das haben wir gerade noch einmal gehört. Allerdings meint er, den Zeitpunkt für diese Ankündigung als verkorkst kritisieren zu müssen. Auch das haben wir gerade noch einmal gehört. Dafür wäre der 15. Dezember 2020 auch ausreichend gewesen. So seien die Menschen von oben herab behandelt worden, und das würde die Akzeptanz in der Bevölkerung zerstören, meint Ralf Stegner.

Offensichtlich wäre es aus Sicht der SPD besser gewesen, die absehbar notwendige Verlängerung der derzeitigen Maßnahmen zu verschweigen, die Menschen weiterhin im Unklaren zu lassen, möglicherweise gar falsche Hoffnungen zu wecken und dann am 15. Dezember 2020 zu sagen: Überraschung, die Maßnahmen werden bis Januar verlängert!

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Was ist denn das für ein Popanz, den Sie da aufbauen?)

Diese Auffassung von politischer Kommunikation teile ich ausdrücklich nicht.

(Beifall CDU)

Wenn eine Entscheidung in der Sache richtig ist - das bestreitet ja auch die SPD nicht -, dann ist es ein Gebot von Transparenz und Ehrlichkeit, das auch offen auszusprechen, und genau das ist geschehen.

(Beifall CDU)

Schauen wir doch einmal, was im Anschluss an die Ministerpräsidentenkonferenz gesagt worden ist. Ich darf zitieren:

„Die Zahlen der Neuerkrankungen entwickeln sich leider nicht ausreichend positiv. Es ist auch das klare Signal: Auch Weihnachten und der Jahreswechsel verlangen Zurückhaltung. Die Verlängerung gibt allen Beteiligten jetzt schon die notwendige Planungssicherheit.“

Das Zitat stammt nicht von unserem Ministerpräsidenten, sondern von der SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer aus Rheinland-Pfalz. Wenn Sie das also als verkorkst und von oben herab empfinden, dann klären Sie diese Vorwürfe vielleicht lieber parteiintern, als hier eine Aktuelle Stunde zu beantragen und als Opposition das Haar in der Suppe zu suchen, nur um überhaupt etwas kritisieren zu können.

(Tobias Koch)

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zitat von Daniel Günther lautete dagegen - ich zitiere erneut -: Ich sehe zurzeit kein Potenzial für weitere Öffnungsschritte.

„Das heißt insbesondere, dass sich Gastronomie und Hotels nicht darauf einstellen können, vor dem 10. Januar zu öffnen.“

Ich kann nicht erkennen, was daran verwerflich sein soll, dass diese Einschätzung bereits letzte Woche so geäußert worden ist. Vergleichen wir das einfach einmal mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 27. November 2020 hier im Plenum des Landtages. Damals sagte Daniel Günther - ich zitiere -: Ja, unsere Regeln gelten nur bis zum 20. Dezember. - Aber ich sage auch in Richtung Hotel und Gaststätten: Stellt euch nicht darauf ein, dass sich über Weihnachten und Neujahr daran etwas ändern wird.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf CDU: So ist es!)

Ich würde sagen, die beiden Aussagen waren identisch, und ich kann mich nicht daran erinnern, dass die SPD bei der Regierungserklärung Kritik in der Weise geäußert hätte, dass es voreilig gewesen wäre, diese Ankündigung hier zu machen. Gerade bei Restaurants und Hotels braucht es doch diese frühzeitige Kommunikation. Dort müssen erst einmal wieder Lebensmittel eingekauft werden, und es müssen Mitarbeiter aus der Kurzarbeit zurückgeholt werden, bevor man den Laden wieder aufmachen kann.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Herrn Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Wenn das in einer Aktuellen Stunde möglich ist, dann sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Koch, dass es absehbar so sein könnte, dass die Hotels und Gaststätten sich darauf einrichten, ist das eine. Das haben wir einvernehmlich so diskutiert. Aber finden Sie es nicht problematisch, ein Parlament in eine Verordnung einzubeziehen, die man am Wochenende erlässt, am 1. Dezember 2020 in Kraft setzt - sie soll bis zum 20. Dezember 2020 gelten -, und am 2. Dezember 2020 sagt: Das wird fortgesetzt bis zum 15. Januar

2021? Das ist der Punkt, den ich hier kritisiert habe. Wenn Sie das nicht problematisch finden, dann frage ich, was Sie von parlamentarischer Einbindung halten; denn das heißt auf gut Deutsch für die Bevölkerung: Egal, was ihr macht, wir wissen schon, was dabei passiert. - Das, finde ich, ist ein Punkt, der problematisch ist. Wenn Sie das nicht sehen, dann muss ich das akzeptieren, aber das ist jedenfalls nicht mein Verständnis davon, wie der Umgang miteinander ein sollte.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist schön, einfach akzeptieren!)

- Ich sehe das durchaus, Herr Kollege. Aber Sie verwechseln da einfach politische Kommunikation und Parlamentsbeteiligung. Ich glaube schon, dass es Aufgabe der Politik ist, den Menschen frühzeitig die Wahrheit zu sagen, sie frühzeitig auf Entwicklungen hinzuweisen, sie darauf vorzubereiten. Dass wir das bei den Verordnungen vorher politisch diskutieren und uns einbringen, ist der zweite Schritt, der danach folgt. Aber das ersetzt nicht die frühzeitige politische Kommunikation, die, glaube ich, sehr hilfreich ist und den Menschen wirklich weiterhilft.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um genau diese Planungssicherheit zu schaffen, haben alle Ministerpräsidenten, auch die Ministerpräsidenten der SPD, Herr Kollege Stegner, bereits in ihrem Beschluss auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. November 2020, also noch früher, festgehalten - ich zitiere ein letztes Mal -:

„Bund und Länder gehen davon aus, dass wegen des hohen Infektionsgeschehens umfassende Beschränkungen bis Anfang Januar ... erforderlich sein werden.“

So ist es bereits am 25. November 2020 beschlossen worden. In Klammern war hinzugesetzt worden: „insbesondere im Bereich Gastronomie und Hotels“.

Letzte Woche ist also nichts anderes gesagt worden als das, was die ganze Woche vorher auch schon gesagt worden ist. Das war nicht verkorkst, und das war auch nicht von oben herab. Das ist geradlinig, das war ehrlich. Man nimmt die Menschen mit, wenn man ihnen frühzeitig die Wahrheit sagt und sie darauf vorbereitet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Tobias Koch)

Meine Damen und Herren, bedeutet das nun, dass die derzeit geltende Verordnung deswegen automatisch und unverändert verlängert wird? - Nein, das heißt es natürlich nicht, Herr Kollege Stegner, und zwar schon aus dem Grund, weil mit dem MPK-Beschluss betreffend die Verlängerung auch die Abweichungsoption für Bundesländer mit einer Inzidenz von unter 50 verlängert worden ist. Wären unsere Zahlen jetzt also weiterhin runtergegangen, würden wir auf eine Inzidenz von 35 zulaufen, dann würden wir in dieser Woche eine ganz andere Diskussion führen.

Stattdessen sind wir seit Montag Risikogebiet. Stattdessen liegen auch bei uns die Zahlen bei über 50, und das sogar mit steigender Tendenz. Deswegen ergibt sich daraus vollkommen logischerweise die Konsequenz, die Maßnahmen nicht nur zu verlängern, sondern sogar weiter zu verschärfen. Das wird zu diskutieren sein, Herr Kollege Stegner. Das hat mit der Ankündigung aus der letzten Woche überhaupt nichts zu tun. Wir werden jetzt natürlich darüber diskutieren müssen, wie wir Maßnahmen verschärfen.

Dabei sollten wir nicht in Aktionismus verfallen, das will ich dazu auch sagen. Wir haben, als die Zahlen bei uns knapp unter 50 waren, auch nicht sofort alle Schließungen aufgehoben und gesagt, jetzt lassen wir alles wieder zu. Genauso wenig sollten wir jetzt, da die Zahlen etwas über 50 liegen, hektisch von heute auf morgen plötzlich unsere bewährten und gut erprobten Regeln in Schleswig-Holstein über den Haufen werfen und alles dramatisch verschärfen.

Zuallererst halte ich es für erforderlich, dass die Bundesländer mit hohen Inzidenzen endlich schärfere Maßnahmen ergreifen. Das hat der Kollege Stegner mit der Inzidenzampel gerade noch einmal angesprochen. Das ist im Grunde das, was schon seit der MPK am 25. November 2020 Beschlusslage ist, nämlich eine inzidenzbasierte Hotspot-Strategie zu verfolgen. Das ist nur bislang nicht wirklich geschehen. Das habe ich hier schon vor drei Wochen kritisiert, und das kritisiere ich heute erneut. Da muss gehandelt werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Wenn die Inzidenz in Sachsen bei über 300 liegt, dann ist das ein absolutes Muss. Dann führt an weiteren Verschärfungen überhaupt kein Weg vorbei. Wenn Bundesländer wie Bayern oder Berlin knapp unter 200 liegen, dann müssen die auch nicht bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz warten.

Die können das in eigener Verantwortung gern jetzt schon tun.

(Beifall CDU, Dennys Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW] - Zuruf: Genau!)

Für uns in Schleswig-Holstein sollte Maßstab sein, dass wir uns bundesweiten Verschärfungen nicht verweigern. Mit einem bundesweiten harten Lockdown haben wir schon die Chance, aus der quälenden, langanhaltenden Situation des Lockdown light herauszukommen. Aber bis dahin werden wir zunächst einmal aufgefordert sein, unser bestehendes Regelwerk bedarfsgerecht nachzujustieren. Wir werden dabei vor allen Dingen diejenigen Kreise und kreisfreien Städte in den Blick nehmen müssen, bei denen die Inzidenzen über 50 liegen und sich in Richtung 100 bewegen. Genauso wie es derzeit bereits in Pinneberg und Kiel passiert, müssen wir frühzeitig reagieren, wenn wir bundesweit weiter das Bundesland mit dem niedrigsten Infektionsgeschehen bleiben wollen. Das sollte unser aller Ziel sein.

Zurück zum Anfang der Debatte und zu den Ankündigungen nach der letzten Ministerpräsidentenkonferenz in der vergangenen Woche. Dank der vorausschauenden Äußerung unseres Ministerpräsidenten haben alle Gastronomen und Hoteliers in Schleswig-Holstein bereits seit zwei Wochen Planungssicherheit. Niemand musste sich unnötig auf eine mögliche Wiedereröffnung am 21. Dezember 2020 vorbereiten. Alle Hotels und Gaststätten bleiben bis zum 10. Januar 2021 geschlossen. Ich glaube, das kann man heute mit Sicherheit sagen. Deswegen waren die Ankündigungen richtig und gut. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank dafür. Das Einzige, was verkorkst war, war der Anlass für diese Aktuelle Stunde. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Zur allgemeinen Kenntnis: Bemerkungen und Zwischenfragen sieht unsere Geschäftsordnung auch während einer Aktuellen Stunde vor.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Koch, ich glaube, der Anlass für die Aktuelle Stunde, nämlich

(Eka von Kalben)

die MPK letzte Woche, war nicht verkorkst. Meiner Meinung nach ist der Titel der Aktuellen Stunde verkorkst. Die SPD sagt: Wir brauchen Akzeptanz in der Bevölkerung und Gemeinsamkeit im Parlament, um die Akzeptanz nicht zu gefährden. - Ja, genau das! Aber diese Aktuelle Stunde und Ihre Rede, Herr Stegner, tragen dazu meines Erachtens überhaupt nicht bei.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Im Gegenteil, die Aktuelle Stunde suggeriert, dass irgendwelche Menschen in irgendwelchen Hinterstübchen Dinge beschließen, am Parlament, an der Bevölkerung vorbei, und dass das Ganze antidemokratisch sei. Das steht da zwar nicht drin, aber das suggerieren der Titel und Teile Ihrer Rede. Das ist hochgefährlich, und das sollten wir hier nicht unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Denn die Story, dass das am Parlament vorbeigehe - das habe ich schon in der letzten Tagung gesagt -, ist falsch. Wir diskutieren hier sehr viel über die Maßnahmen, über eine Maskenpflicht, über Corona in der Schule, in der Hochschule, im ÖPNV, über die Schulbusssituation, was auch immer. Wenn die Regierung vorhat, eine Verordnung zu erlassen, möchten wir von der Landesregierung einen Bericht haben. Wir haben dazu einen Antrag beschlossen. Jede Fraktion kann beantragen, dass wir vor und nach einer MPK eine Sondersitzung durchführen, und sagen: Herr Günther, wir wollen, dass Sie das und das mit in die MPK nehmen, und nach der MPK wollen wir hören, was Sie dort verhandelt haben.

Das steht uns allen offen. Sie suggerieren, dass das nicht möglich wäre, man hätte letzte Woche eine Sitzung durchführen können, dann wäre die Nach-Gipfel-Kommunikation besser gewesen. - Ich finde, wir müssen gar nicht so stark auf die Nach-Gipfel-Kommunikation setzen. Mein parlamentarisches Selbstverständnis ist ein ganz anderes: Ich möchte mit Ihnen über die Vor-Gipfel-Kommunikation reden, Herr Günther.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich möchte mit Ihnen darüber reden, wie Sie in den nächsten Gipfel gehen. Das ist mein Anspruch.

Wenn eine Verordnung kommt, möchte ich, dass Sie die Maßnahmen hier vorstellen, und dann werde ich Ihnen sagen, ob ich das unterstützen kann oder

nicht. Das ist mein parlamentarisches Selbstverständnis. So müssen wir vorgehen.

(Claus Schaffer [AfD]: Dann hätten Sie unserem Antrag zustimmen können!)

Meine Damen und Herren, es liegt an uns allen: Wir können Anträge stellen, wir hätten längst einen Coronaausschuss einrichten können, wir können ein Gesetz beschließen, wir können die parlamentarische Beteiligung deutlich ausweiten. Es liegt nicht an unserer Fraktion, dass wir die parlamentarische Beteiligung nicht ausgeweitet haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Birgit Herdejürgen [SPD]: An wem denn?)

Sie sagen, dass die Akzeptanz besser werden muss. Das teile ich absolut. Ich glaube allerdings, dass die Menschen die Diskussion über die Aktuelle Stunde nicht verstehen und sie mehr interessiert, wie es weitergehen wird, was passieren wird, als die Frage, ob der Ministerpräsident letzte Woche während der MPK die beiden Fraktionsvorsitzenden der Opposition angerufen hat. Darum geht es nämlich, wenn man ehrlich ist.

(Lachen Beate Raudies [SPD])

- Ja, darum geht es, ganz sicher. - Jetzt muss es um die Frage gehen: Was machen wir sofort oder spätestens nach Weihnachten?

Die Zahlen zeigen, dass es in der Bevölkerung die Erwartung gibt, dass etwas Grundlegendes passieren muss, um von den hohen Inzidenzen herunterzukommen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich habe meine Rede jetzt extra unterbrochen; sonst würde ich ein anderes Kapitel anfangen.

Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigung; das lag an mir. - Sie scheinen eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Stegner zu erlauben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin von Kalben, angesichts dessen, dass wir hier gemeinsam mit Zweidrittelmehrheit beschließen, finde ich Ihre Darstellung - ehrlich gesagt - ziemlich unwürdig. Ich habe mich in 80 % meiner Rede mit dem beschäftigt, was

(Eka von Kalben)

wir zukünftig tun sollen und dass die Kommunikation besser werden soll. Ganz im Ernst, wir diskutieren über das, was bis Weihnachten gilt. Dann wird uns einen Tag später mitgeteilt, was bis Mitte Januar gilt. Nur das habe ich kritisiert, und dann habe ich mich weitgehend damit befasst, was wir in Zukunft tun müssen, damit die Kommunikation besser wird. Das versteht die Bevölkerung sehr wohl. Im Übrigen scheitert eine größere Parlamentsbeteiligung an uns weiß Gott nicht. Sie sollten solche Andeutungen lassen.

Ich finde das unwürdig gemessen daran, wie wir hier bisher miteinander kooperiert haben, das war nämlich außerordentlich konstruktiv. Wenn Sie die Kommunikationsmängel in der Bevölkerung nicht sehen, liegt das Problem nicht aufseiten der Bevölkerung, sondern eher auf Ihrer Seite.

(Beifall SPD)

- a) schätze ich es sehr, dass wir hier bisher viele Maßnahmen gemeinsam getragen haben, und wünsche mir das auch für die Zukunft. b) finde ich schon, dass Sie mit dieser Aktuellen Stunde etwas suggerieren, was so nicht der Fall ist. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir beteiligt werden. Wenn wir mehr wollen, zum Beispiel nach der letzten MPK, hätten wir sowohl im Vorwege als auch im Nachgang etwas tun können. Ich hielt das nicht für nötig, weil die Verlängerung bis zum 10. Januar 2021 in der Sache komplett richtig ist, vorher verbal schon angekündigt wurde und man das vorher gar nicht hätte beschließen können, weil das Bundesinfektionsschutzgesetz nur vierwöchige Verordnungen vorsieht, und das ist auch gut so.

Ich finde nach wie vor, dass an dieser Stelle sehr viel Lärm um etwas gemacht wird, was den Menschen in der Sache nicht weiterhilft, die Sorge haben um ihre Gesundheit, um ihre wirtschaftliche Existenz. Ihnen ist nicht zu erklären, dass die Verlängerung bis zum 10. Januar 2021, die sowieso gekommen wäre, Auslöser für eine Aktuelle Stunde ist. Das kann ich nicht begreifen; das tut mir leid.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich mache das normalerweise nicht, aber ich will als eine Antwort geben: Lesen Sie einmal die öffentliche Erklärung des Kollegen Vogt, Fraktionsvorsitzender der FDP, der der Regierungskoalition angehört. Er hat sich in der Wortwahl von mir unterschieden, in der Sache nicht - bezogen auf die Reaktion, was am 2. Dezember 2020 abends geschehen ist. Ich habe nachgelesen, was Herr Kollege Vogt erklärt hat. Ich habe weitgehend geteilt, was er gesagt hat. Er war in der Wortwahl anders, aber in der Sache hat er genau das Gleiche kritisiert wie ich; Kollege Harms übrigens auch.

Es ist mitnichten so, dass das eine Einschätzung wäre, die allein von mir käme.

(Beifall SPD und SSW - Unruhe)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Stegner, da haben Sie völlig recht. Ich habe das gelesen, und wir haben hinterher Gelegenheit gehabt, zu fünft miteinander zu reden. Ich sage noch einmal: In der Sache ist das eine nicht so maßgebliche Problematik in der jetzigen Krisensituation, dass man deshalb hier eine Aktuelle Stunde beantragen muss. Ich rede hier als Vorsitzende meiner grünen Fraktion und muss nicht jedes Wort von meinen sehr geschätzten Jamaika-Kollegen teilen. Ich bin eine eigenständige Persönlichkeit, und meine Fraktion ist eine eigenständige Fraktion.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe SPD: Wir auch!)

- Ja. Ich würde auch nie kritisieren, dass jemand eine andere Meinung hat. Was ich hier vertrete, ist meine Meinung, und meine Meinung ist, dass die Bevölkerung jetzt andere Antworten haben will. Sie will keinen Rückblick auf die letzte Woche, sondern einen Vorblick auf die nächsten Wochen. Das ist schon schwierig genug.

Ich glaube, es gibt die Erwartungshaltung in der Bevölkerung - und zwar immer noch der Mehrheit der Bevölkerung -, dass wir in diesem Land dafür sorgen, dass die Gesundheitsämter wieder die Kontrolle haben und die Fallzahlen auf den Intensivstationen zurückgehen. Ich glaube, diese Erwartungshaltung hat die deutliche Mehrheit der Bevölkerung.

Es ist nicht einfach, das zu erreichen. Ich teile ausdrücklich, was Herr Stegner zur Inzidenzenampel

(Eka von Kalben)

gesagt hat: Das wäre richtig. In weiten Teilen Schleswig-Holsteins haben wir das übrigens. Wir haben diese Ampel im Schulsystem und im Veranstaltungsmanagement. Wir haben eine ähnliche Ampel im Kita-System. Es gibt verschiedenste Bereiche, bei denen die Regierung genau nach diesem System vorgeht.

Leider folgen die Kreise nicht immer sofort diesem Ampelsystem. Da muss manchmal vom Sozialministerium noch einmal nachgehakt werden. Das Prinzip ist aber klar, und es steht auch im Bundesinfektionsschutzgesetz. Das Prinzip hat auch die Ministerpräsidentenkonferenz längst beschlossen.

Wir sehen aber, dass es offensichtlich sehr unterschiedlich ausgelegt wird. Deswegen muss man eventuell - das ist ja der Vorschlag unserer Bundestagsfraktion - noch konkreter werden und sagen, bei welcher Inzidenz genau was passieren muss.

Ich sage aber auch: Das ist leicht gesagt. Wenn wir uns die derzeitige Situation angucken, stellen wir fest: Nordfriesland, ganz klar, die können sich normal verhalten. Ein bisschen Maske, ein bisschen Abstand, sonst ist es das normale Leben, Stufe null. - Das kann sich aber bei einem einzigen Ausbruch in einem Altenheim schon wieder komplett ändern. Dann muss man bewerten: Ist das jetzt ein Clusterausbruch oder ein diffuser Ausbruch?

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist doch klar! Cluster! Das ist ein Clusterausbruch!)

- Ich weiß, Herr Dolgner hat bestimmt gleich eine Idee, wie man so ein Zahlenwerk auswerten kann. Rein auf die Zahlen zu gucken, ist aber nicht so einfach.

Ich wohne im Kreis Pinneberg, wo es Sonderregelungen gibt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, sehr gern. Ich würde gern einmal wissen, wie er die Inzidenzenampel machen würde.

(Zurufe)

- Er stellt sowieso keine Frage.

(Heiterkeit - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Er darf natürlich auch eine Bemerkung machen, Frau Abgeordnete.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sehen Sie, nicht alles, was Sie richtig finden, müssen alle richtig finden. Ich darf eine Bemerkung machen.

Frau Kollegin von Kalben: Es hat mich als Kreispolitiker eben ein bisschen gestört, dass Sie über die Kreise gesagt haben, dass es dort nicht immer gleich nachvollzogen werde. Können Sie sich vorstellen, dass es gar keine Frage ist, ob es ein Cluster ist oder nicht, wenn Sie in einem Altenheim einen Ausbruch haben? Dann gibt es im Altenheim ein Cluster. Da haben Sie tatsächlich keinen Grund, Mund-Nasen-Schutz in der Grundschule anzuordnen. Dann macht man das auch nicht. Ich habe da überhaupt keine Rätselfragen.

Ich dachte, diese Informationen könnten Ihnen dabei helfen, zwischen einem Clusterausbruch und einem diffusen Ausbruch zu unterscheiden. Das ist manchmal einfacher, als man denkt. Die Kreise machen das übrigens auch. Wenn Sie etwas anderes behaupten, möchte ich gern Gegenbeispiele haben.

Es gibt eine kleine Zeitverzögerung zwischen der Feststellung der Inzidenz und ihrer Feststellung über das Landesgesundheitsamt. Sie haben teilweise leicht verschiedene Angaben zur Inzidenz. Manchmal geht es da um ein oder zwei Punkte. In meinem Kreis zum Beispiel gilt ab heute Maskenpflicht in der Grundschule. Ob Sie es glauben oder nicht: Da braucht es manchmal ein bis zwei Tage, bis diese Information Schulen und Eltern erreicht hat und bis die Kreise allen Bescheid gesagt haben. Vielleicht sollten wir nicht dieses Ebenenspielchen machen. Ich glaube, dass die Kreise sehr gute Arbeit leisten.

(Beifall SPD)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich teile komplett Ihre Auffassung, dass wir kein Ebenenspielchen machen sollten. Ich glaube auch nicht, dass die Kreise schlechte Arbeit leisten. Ich glaube, dass die Kreise in dem Moment, indem die Zahlen durch die Decke gehen, einfach zum Teil nicht mehr hinterherkommen. Die Gesundheitsämter stellen ja auch Überlastungsanzeigen. Insofern ist es nicht aus der Luft gegriffen. In dem einen

(Eka von Kalben)

Kreis ist die Situation noch anders als in anderen. Ich kann es nur für meinen Kreis sagen: Da weiß ich, dass das Gesundheitsamt überlastet ist.

Ich wollte auf einen anderen Punkt hinaus: Was wissen eigentlich die Bürgerinnen und Bürger in den Kreisen? - Bei uns gelten zum Beispiel im Moment andere Regelungen in Bezug auf die Kontaktbeschränkungen. Das Interessante ist aber: Wenn man rumfragt, welche denn nun gelten, welche Fünfer-Regelungen, dann stellt man fest, dass die Mehrheit es nicht weiß: Ist es die Bundesregelung, oder ist es die halbierte Landesregelung? - Ich sage jetzt nicht, wer das sonst noch alles nicht wusste.

Das sind genau die Dinge, die es so kompliziert machen. Wenn ich auf eine Karte gucke und eine Inzidenz von über 50 in Nordfriesland sehe, dann denke ich doch: Oh, hier gelten jetzt die 50er-Inzidenz-Regeln. Wenn es aber - das war mein Punkt - ein Clusterausbruch zum Beispiel in einem Altenheim ist, gelten die nicht unbedingt. Da haben Sie ja vollkommen recht: Warum soll man da in der Grundschule eine Maske aufsetzen? - Das ist das Problem. Wir können nicht eine Karte malen, und wenn da „50“ steht, weiß jede Bürgerin oder Bürger, was er oder sie zu tun hat. Es muss von den Gesundheitsämtern vor Ort ganz genau bewertet werden. Darauf wollte ich hinaus, nicht auf irgendeine schlechte Arbeit der Kreise.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie haben eben nichts anderes beschrieben als die Angemessenheitsprüfung, zu der jede Verwaltung verpflichtet ist, weil sie sonst vor dem Verwaltungsgericht baden geht. Die Kreise machen das. Nach meiner Erinnerung stimmt das, was Sie jetzt gesagt haben, nicht so ganz mit dem überein, was Sie vorher über die Kreise gesagt haben. Das können wir ja sicherlich nachlesen, ich habe ein ganz gutes Gedächtnis.

Abgesehen davon haben Sie nichts anderes beschrieben, als das wir eine verbesserte Kommunikation brauchen. Das ist genau das, was Herr Dr. Stegner gesagt hat. Das sind überraschende Dinge. Alle Kommentatoren, in den Tagesthemen und so weiter, fanden es

überraschend. Diese Überraschungen sind nicht förderlich. Das war der Sinn unserer Rede: Mit überraschender Kommunikation schaffen Sie noch mehr Verwirrung. Sie haben im Kleinen beschrieben, was wir im Großen kritisiert haben. Ich kann den Unterschied nicht erkennen.

(Beifall SPD)

- Sie haben recht, Herr Dolgner, dass wir eine sehr gute Kommunikation brauchen. Ich möchte aber deutlich machen, dass es sehr wohlfeil ist, zu sagen: Die da oben machen das mit der Kommunikation alles schlecht, und das muss alles anders sein. - Eine gute Kommunikation ist in einer Lage kompliziert, bei der wir regional unterschiedlich vorgehen und nicht alles über einen Kamm scheren wollen, sondern wirklich gucken wollen: Wo ist ein Cluster, wo ist ein Hotspot? Gucken Sie sich doch einmal an, was die Landesregierung macht. Die haben tausend FAQs, die haben eine App gestaltet. Auch mein Kreis hat auf seiner Homepage entsprechende Informationen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Wenn ich aber rumgehe und frage, welche Regel bei uns gilt, wissen es viele Menschen nicht. Ich fände es spannend, wenn man hier im Haus einmal fragen würde, ob wir alle es ganz genau wissen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD] - Heiterkeit)

- Wir können aber nicht Kai Dolgner mit einem Infostand auf jeden Marktplatz stellen. Das wäre total hilfreich, dafür müsste man aber Sie, Herr Dolgner, klonen.

(Heiterkeit und Zurufe - Widerspruch und Heiterkeit Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Es wäre für ihn auch reichlich kalt.

Die Erwartungshaltung ist klar: Wir sollen regional reagieren, aber so einfache und klar verständliche Regelungen haben, dass sie gut kommunizierbar sind. Bei diesem Punkt haben Sie, liebe SPD, recht. Es wissen aber auch alle: Wir müssen noch besser erklären und kommunizieren. An der Stelle treffen wir uns dann inhaltlich.

Wir müssen schnell reagieren, weil die Zahlen sich ständig ändern, und gleichzeitig müssen wir Ruhe bewahren. Herr Koch hat es gesagt: Wir haben als Norddeutsche eine gewisse Ruhe ausgestrahlt, und das war bisher auch gut so. Gleichzeitig gehen aber die Zahlen durch die Decke. Das sind Dilemmata, in denen wir stecken, und mit denen wir umgehen müssen.

(Eka von Kalben)

Wir interpretieren täglich die Zahlen und müssen gleichzeitig schon gucken, was diese Zahlen für die Situation in zwei Wochen bedeutet. Die heutigen Zahlen sind die Ansteckungszahlen von vor zwei Wochen. Gleichzeitig sind die heutigen Zahlen die Zahlen, die wir im Hinblick auf die Zahl der zukünftigen Intensivbettenpatienten bewerten müssen. Auch diese Frage ist kompliziert und komplex. Das ist insofern nicht immer ganz einfach zu kommunizieren.

Wir kommen zu einem letzten Punkt, den ich gern ansprechen möchte, nämlich die bundesweit einheitlichen Lösungen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir einheitlich vorgehen sollten, und zwar vor allen Dingen aus zwei Gründen. Zum einen glaube ich, dass es das einzige ist, was die Menschen wirklich nachvollziehen können und damit auch leichter verstehen können. Zum anderen glaube ich, dass wir gerade über die Feiertage so viel Reiseverkehr und Mobilität im Land haben werden, dass es merkwürdig wäre, wenn man an bestimmten Stellen Ausnahmen macht und an anderen nicht.

Wir befinden uns jetzt in einer Situation, in der wir wieder starke Zuwächse haben. Wir müssen auf Expertinnen und Experten, auf die Menschen in den Pflegestationen und Intensivstationen hören und Herrn Günther die Botschaft mitgeben: Setzen Sie sich bei der Ministerpräsidentenkonferenz für einen klaren Lockdown - spätestens nach Weihnachten - ein. Unsere Fraktion würde dies sehr unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der festen Überzeugung, dass die Akzeptanz von schwierigen politischen Entscheidungen in einer Krise wie dieser dann besonders hoch ist, wenn effektive und nachvollziehbare Entscheidungen getroffen

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

und diese dann auch klar kommuniziert werden. Man kann und sollte sich natürlich auch immer korrigieren, wenn die Lage es erfordert, aber es wirkt eben nicht besonders souverän und überzeugend,

wenn bundesweite Vereinbarungen alle paar Tage - teilweise im Tages- und Stundentakt - immer wieder verändert werden. Vor allem dann ist es schwierig, wenn es sehr überraschend geschieht. Ich glaube, das ist ein Punkt, über den man in der Tat sprechen muss.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Die Menschen wünschen sich zu Recht mehr Verlässlichkeit, auch wenn das in einer solchen Krise natürlich nicht immer einfach zu gewährleisten ist. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Die Ministerpräsidentenkonferenz - bekanntermaßen kein Verfassungsorgan, sondern ein Abstimmungsgremium von Bund und Ländern, ein sehr wichtiges Abstimmungsgremium; aber die Entscheidung muss am Ende in den Ländern selbst getroffen werden - hatte sich Ende November 2020 nach umfangreichen Diskussionen in den Tagen zuvor auf ein Paket geeinigt. Man kann sagen, das sei nicht ausreichend gewesen, aber es gab ein Paket. Sieben Tage später wurde ziemlich überraschend der Zeitplan verändert. Man hatte sich vom 15. Dezember 2020 auf den 4. Januar 2021 vertagt, und die Verordnungen sollten einfach bis zum 10. Januar 2021 verlängert werden. Für Schleswig-Holstein hatte das ehrlich gesagt letztlich erst einmal keine allzu großen Auswirkungen, weil wir die Verordnung im Dezember sowieso ändern wollten und weil wir Hotels und Gaststätten für den Jahreswechsel wenig Hoffnung gemacht hatten. Aber man sollte auch beachten, dass das Infektionsschutzgesetz, das die gesetzliche Grundlage für die Verordnungen hier in den Ländern ist, für diese eine Laufzeit von vier Wochen vorsieht. Das kann man natürlich verlängern, das ist auch sinnvoll, aber das bereits im Vorhinein zu tun, ist doch etwas ungewöhnlich, um es einmal so auszudrücken.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD und Beifall Werner Kalinka [CDU])

Dann kam am letzten Wochenende eine Sondersitzung des Kabinetts in Bayern - am Nikolaustag, einen anderen Termin gab es wohl nicht -, und man verkündete neue Maßnahmen und forderte auch einen neuen MPK-Termin - am Sonntag vor Weihnachten -, den man erst am Mittwoch wieder gecancelt hatte. Ich glaube, das ist das Problem, über das man durchaus sprechen muss.

Aber wenn wir ehrlich sind und uns die Entwicklungen der letzten Tage anschauen, ist das alles auch schon wieder fast Schnee von gestern. Ich halte es für absolut notwendig, dass die bundesweiten

(Christopher Vogt)

Vereinbarungen zukünftig dennoch eine längere Halbwertszeit haben.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD und Beifall Werner Kalinka [CDU])

Angesichts der Dynamik erscheint mir auch eine MPK in den nächsten Tagen oder Anfang der kommenden Woche absolut sinnvoll.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP], Dr. Maret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Lage ist in Deutschland sehr ernst, auch in Schleswig-Holstein, und der Winter hat noch gar nicht richtig angefangen. Auch das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen. Ich habe großes Verständnis dafür, dass die besonders betroffenen Länder wie Sachsen oder Bayern kurzfristig zu schärferen Maßnahmen übergehen. Ich muss sagen, ich finde das sogar in weiten Teilen überfällig. Bei einzelnen Maßnahmen wundert man sich als Schleswig-Holsteiner auch, dass diese dort erst jetzt ergriffen werden, zum Beispiel im Sport- und Kulturbereich.

Ich staune auch immer wieder - meine Vorliebe an der Stelle ist ja bekannt - über den bayerischen Ministerpräsidenten und seine breitbeinigen Auftritte. Dass er immer wieder fordert, es müsse bundesweit etwas geschehen, bevor er selber in Bayern handelt, erklärt sich mir nicht. Niemand hält diesen Menschen davon ab, in Bayern frühzeitiger einzugreifen. Es ist überfällig, dass er reagiert.

(Beifall FDP, CDU, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, man hat bei der vorletzten MPK darüber gesprochen, dass man eine Hotspot-Strategie brauche. Das Problem ist: Man hat das nicht wirklich mit Leben gefüllt. Man hat gesagt, ab einer Inzidenz von 200 müsse irgendetwas passieren; aber was passieren muss, hat man nicht gesagt. Dementsprechend wurde da auch nichts gemacht. Das ist das Problem.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das holt uns jetzt bundesweit wieder ein, wenn wir ehrlich sind. Das ärgert mich auch massiv, um das deutlich zu sagen.

In Schleswig-Holstein ging das Infektionsgeschehen bis letzte Woche ganz langsam zurück, sodass wir rund drei Wochen unter dem berühmten Grenzwert der Siebentagesinzidenz von 50 pro 100.000 Einwohner lagen, dessen Überschreitung ein Bun-

desland zum Risikogebiet macht. Aber in den letzten Tagen haben wir trotz des Teil-Lockdowns, der auch bei uns auf Dauer leider nicht die Wirkung entfaltet hat, die gewünscht war, eine negative Entwicklung, eine Überschreitung des Grenzwertes. Wir wissen noch immer nicht überall ganz genau, woran es liegt, wir können es aber erahnen, und es gibt auch deutliche Hinweise.

Ein Problem ist sicherlich, dass ein Teil der Bevölkerung nicht oder nicht mehr so diszipliniert ist, auch wenn sich die allermeisten Menschen weiterhin vorbildlich verhalten. Auf diesen negativen Trend in Schleswig-Holstein müssen wir in geeigneter Form reagieren. Das steht außer Frage.

Schleswig-Holstein wird gern von außen ein sehr lockerer Kurs angedichtet, was entweder Unkenntnis oder Unterstellung sein muss. Wir haben stets früh, umsichtig und möglichst zielgenau agiert. Das ist ein wichtiger Teil unseres bisherigen Erfolgs. Geografische Lage und Mentalität helfen uns sicherlich, aber sie sind eben nicht alles. Wir werden in Schleswig-Holstein konsequent bleiben. Einen Kontrollverlust, den wir in einigen Regionen beobachten müssen - das muss man mittlerweile so nennen -, wie zum Beispiel in Sachsen, wollen wir hier verhindern.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall Werner Kalinka [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Am Wichtigsten ist und bleibt natürlich der Schutz der besonders verletzlichen Gruppen in unserer Gesellschaft. Wir brauchen in der Tat noch mehr Tests in den Heimen. Es steht außer Frage: Dort haben wir die schweren Verläufe, und dort haben wir auch einen Großteil der Todesfälle. Das kann uns nicht kaltlassen. Darauf müssen wir reagieren.

Wir nehmen die Hinweise aus der Wissenschaft - gerade in Schleswig-Holstein mit dem Expertenrat und mit vielen Gesprächen auch hier im Landtag - sehr ernst. Aber entscheiden müssen natürlich am Ende wir als politisch Verantwortliche selbst. Der Teil-Lockdown hat in vielen Regionen nicht den erhofften Erfolg gebracht und ist nicht nur deshalb keine überzeugende Dauerlösung. Das gilt vor allem für den Südosten der Republik, aber auch für uns.

Die enge Einbindung der Parlamente haben wir bisher in Schleswig-Holstein sehr gut hinbekommen. Das ist auch kein Orchideen-Thema, wie man den Eindruck haben kann, wenn man beispielsweise einige Journalisten, Experten oder teilweise selbsternannten Experten hört: Gerade in der Krise erhöht

(Christopher Vogt)

eine enge Einbindung der Parlamente die Akzeptanz von schmerzhaften Beschlüssen.

Meine Damen und Herren, ich will eines sagen: Transparenz bei einer Ministerpräsidentenkonferenz heißt für mich nicht, den Live-Ticker von „Bild-online“ zu füttern, sondern dass man sich vorher in den Parlamenten und transparent für die Gesellschaft eine Zustimmung geholt hat.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Ganz entscheidend für die Akzeptanz sind auch angemessene Hilfen für unsere Unternehmen, die stark beeinträchtigt sind oder sogar geschlossen werden müssen, obwohl sie nicht für die Situation verantwortlich sind. Auf die zugegebenermaßen sehr üppigen November- und Dezemberhilfen mit einer Erstattung von 75 % des Umsatzes soll jetzt keine Januarhilfe folgen, sondern es soll die Überbrückungshilfe III geben, die dann nur noch Fixkosten erstattet und auf 200.000 € gedeckelt ist. Für viele mittlere Betriebe - das müssen wir deutlich sagen - ist das schwierig.

Noch schwieriger ist aber, dass der Bund die Abwicklung der November- und Dezemberhilfe einfach nicht auf die Reihe bekommt. Es kann nicht sein, dass es so lange dauert, dass man überhaupt einen Antrag stellen kann. Das ist immer noch nicht gelöst. Das gefährdet die Zahlungsfähigkeit vieler Unternehmen. Die Erhöhung der Abschlagszahlungen auf 50.000 €, die Herr Altmaier jetzt angekündigt hat, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber für viele Unternehmen leider nicht ausreichend. Da muss dringend noch einmal vonseiten der Bundesregierung nachgebessert werden.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Immerhin scheint die mögliche Beteiligung der Länder, die von einigen Bundespolitikern gefordert wurde, zumindest medial jetzt erst einmal vom Tisch zu sein. Es würde auch unsere Leistungsfähigkeit überfordern. Wir haben uns bereits mit milliardenschweren Paketen an der Bewältigung dieser Krise beteiligt. Das sollte man in Berlin auch anerkennen.

Was wir alle dringend haben wollen, sind Perspektiven. Planungssicherheit ist in einer solchen Krise schwierig, aber dennoch erstrebenswert. Wir werden auch gleich über die Impfstrategie debattieren. Die Leopoldina hat gestern übrigens nicht nur einen kurzen, harten Lockdown über den Jahreswechsel

gefordert, sondern auch eine politische Einigung auf ein klares, mehrstufiges, bundesweit einheitliches System von Regeln.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mehrstufig bedeutet natürlich auch, dass man angemessen auf die jeweilige Lage reagieren muss. Ein solches System hatte die FDP bereits bei der Debatte über das Infektionsschutzgesetz im Bundestag vorgeschlagen. - Herr Ministerpräsident, ich bin der Meinung, dass man auch über diesen Vorschlag bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz unbedingt sprechen muss und dass das auch vereinbart werden sollte, denn so einen Larifari-Beschluss wie Ende November 2020 für die Hotspots darf es nicht wieder geben.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Herr Stegner, ich verstehe auch den Vorschlag der Inzidenzampel der SPD genau so. Das macht Sinn. Es ist in der Tat nicht die Zeit für Glühwein. Ich glaube trotzdem auch und bleibe dabei, dass man bei den Schulen schauen muss, zumindest für die älteren Jahrgänge Hybridunterricht zu ermöglichen, wo es sinnvoll ist. Ich höre zurzeit auch immer wieder: Das Virus wird keine Weihnachtspause machen. - Das stimmt. Aber viele Menschen wollen ihre Familie an diesen wichtigen Feiertagen dennoch treffen. Das ist ohne Frage ein Risiko, aber wir müssen jetzt ganz genau darauf achten, dass wir die Menschen nicht durch lebensfremde Vorgaben in eine Situation bringen, wo sie in große Schwierigkeiten kommen. Ich glaube, da müssen wir sehr sensibel sein und darauf sehr achten.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Ein normales Weihnachten wird es dennoch nicht geben. Auch Reisen aus Hochinzidenzgebieten nach Schleswig-Holstein sind momentan nicht angezeigt.

Es gibt immer Nebenwirkungen bei harten Maßnahmen, und damit meine ich nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen und psychischen. Das müssen wir dringend beachten. Auch sogenannte Ausgangssperren finde ich, ehrlich gesagt, zweifelhaft. Wir haben im Frühjahr, wo wir für zwei Monate sehr drastische Maßnahmen ergriffen haben, deshalb bewusst darauf verzichtet. Ich finde, dass sollten wir auch weiterhin tun.

(Beifall FDP)

Ich gehe davon aus, dass es zeitnah eine MPK geben wird. Auch deshalb ist diese Debatte wichtig.

(Christopher Vogt)

Eine enge Einbeziehung des Parlaments ist für uns eine Selbstverständlichkeit, und ich habe keine Zweifel daran, dass unsere Landesregierung das genauso sieht. Wir brauchen sinnvolle Regelungen, wir müssen die Regeln einhalten, wir brauchen auch immer Eigenverantwortung und möglichst wenig Kontakte. Darauf müssen wir selber achten: Nicht nur die Einhaltung der Regeln ist wichtig, sondern wir müssen auch selbst Verantwortung übernehmen.

Abschließend möchte ich sagen: Die Lage ist ernst. Es gibt keinen Grund zur Panik, aber wir müssen besonnen und konsequent reagieren. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Landtagssitzung haben wir eine gemeinsame Vorgehensweise beschlossen. Wir haben gesagt, wir wollen als Parlament beteiligt werden, haben im Prinzip auch eine Absprache mit der Landesregierung mit dem Ziel getroffen, dass wir immer dann, wenn Maßnahmen geändert oder neu in Gang gesetzt werden sollen, darüber eine entsprechende Information bekommen. Es ist nun einmal so, dass wir bei der letzten Maßnahme, nämlich der Verlängerung des Teillockdowns, diese Information nicht bekommen haben. Insofern ist es auch gerechtfertigt, wenn die SPD eine Aktuelle Stunde genau zu diesem Thema beantragt.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, es gibt genügend Möglichkeiten, uns auch unterschwellig, also außerhalb einer Parlamentssitzung, zu informieren. Beispielsweise kann das in Ausschusssitzungen passieren; manchmal reicht aber auch einfach eine SMS an die Fraktionsvorsitzenden, sodass alle informiert sind. Ich glaube, hätten wir eine solche bekommen, hätten wir alle gesagt: Bis zum 10. Januar 2021, das ist völlig okay - danke schön. Fertig. - Dann würden wir heute über dieses Thema nicht reden. Ich wünsche mir, dass wir wieder zu dieser Kommunikation zurückkommen.

Natürlich möchte ich jetzt die Gelegenheit nutzen, weil wir hier jetzt zu dem Thema zusammengekom-

men sind, über die politisch diskutierten Dinge zu beraten und unsere Haltung dazu zur Kenntnis zu geben. Es wird - gerade auch aus Bayern - ein verschärfter Lockdown gefordert. Da stellt sich die Frage: Wieso wird von Bayern verlangt, in ganz Deutschland einen Lockdown zu machen, wenn sie es selber Zuhause nicht hinbekommen? Das ist schon sehr merkwürdig.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Selbst wenn man das wollte, geht so etwas gar nicht so einfach. Denn wir müssten die Grenzen schließen. Wir müssten Lieferungen und Leistungen komplett einschränken. Wir dürften die Leute nicht mehr rauslassen.

Man muss sich genau überlegen, ob man das erstens in einem Staat überhaupt machen kann, der von Freunden umringt ist, und zweitens, ob man das will. Denn dabei handelt es sich um Einschränkungen von Bürgerrechten, und zwar um massive Einschränkungen. Das bedeutet auch für die Menschen und Familien etwas, beispielsweise wenn man dadurch auf einmal seinen Job verliert, wenn man auf einmal in Kurzarbeit kommt oder wenn auf einmal das eigene Unternehmen in Schwierigkeiten kommt.

Wenn sich Leute hier hinstellen und sagen: „Wir wollen einen Lockdown haben!“, dann sollen sie bitte schön auch im Vorwege sagen, wie man diesen Menschen helfen möchte. In der Vergangenheit haben wir das so gemacht; die Programme sind gelaufen. Ich habe aber die Befürchtung, dass irgendwann auch uns finanziell die Puste ausgehen wird.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern, klar.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Herr Harms, ich glaube, die Definition von Lockdown ist noch nicht erfunden. Wahrscheinlich gibt es auch unterschiedliche Vorstellungen davon. Ich jedenfalls gehe nicht davon aus, dass deshalb alle Grenzen geschlossen werden müssten. Denn auch unsere Nachbarländer - ich weiß das wegen meiner Familienbezüge von Belgien genau - haben schon mehrfach einen Lockdown gehabt, ohne dass deshalb die Grenzen

(Lars Harms)

geschlossen worden sind. Das ist eine Bemerkung.

Meine Frage ist: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass gerade auch Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler jetzt genau diesen Lockdown fordern, weil die Gefahr, dass Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, viel größer ist, wenn wir noch über Monate in einer Halb-Lockdown-Welt und in einem eingeschränkten Wirtschaftsleben leben, als wenn wir jetzt dadurch wieder in eine Situation kommen, wo wir mit der Pandemie ein relativ normales Leben führen können?

- Zweierlei. Ich habe dieses Beispiel mit den Grenzen bewusst gewählt, weil ich davon ausgehe: Wenn sich ein Land komplett abschotten will, wäre es merkwürdig, wenn Länder, die sich nicht abschotten, trotzdem noch einen Grenzverkehr durchführen, sodass sich das eine Land darüber die Pandemie wieder ins Land reinholt. Wenn, dann sollte es dort eine relativ große Einigkeit geben.

Was die Wirtschaft angeht, gibt es logischerweise - weil die Situation neu ist - völlig unterschiedliche Haltungen auch der Wirtschaftswissenschaften. Das ist für mich aber auch nicht das Entscheidende. Mir geht es um die einfachen und normalen Bürgerinnen und Bürger, die jetzt Angst und Sorge um ihre Zukunft haben. Wenn ich denen sage, du Mensch in der Bauwirtschaft darfst nicht mehr arbeiten, du Mensch im Einzelhandel darfst nicht mehr arbeiten, du Mensch in der öffentlichen Verwaltung darfst nicht mehr arbeiten, dann gibt es bei diesen Menschen unterschiedliche Situationen: Die zwei aus Bauwirtschaft und Einzelhandel werden möglicherweise viel, viel weniger Geld in der Tasche haben, werden möglicherweise sogar arbeitslos, und das passiert dem Menschen in der öffentlichen Verwaltung nicht. Ich muss aber an alle Menschen denken, und ich muss vorher an diese Menschen denken.

Das eine ist, was ich zur Bekämpfung der Pandemie machen möchte, das andere ist, zu bedenken, welche Auswirkungen das auf andere Bereiche hat. Diese zwei Fragen müssen wir trennen. Das erwarte ich beispielsweise auch von einem bayerischen Ministerpräsidenten, dass er sich nicht nur hinstellt und die wahre Lehre für alle anderen verkündet, nur nicht für sich selbst, sondern dann auch den Mut hat zu sagen, was das für die eigenen Bürgerinnen und Bürger bedeutet.

Ich finde, das muss im Vorweg klar sein, vor allen Dingen, wo wir hier noch letzten Monat gestanden

haben und gemeinsam festgestellt haben, dass es sehr, sehr schwierig werden wird, dass sich die Länder noch an irgendwelchen Hilfen beteiligen können. Wenn wir wissen, dass wir das Geld nicht haben, dann sollten wir den Menschen reinen Wein einschenken und ordentlich mit ihnen kommunizieren. Denn es ist eine andere Diskussion, wenn man mit Menschen darüber redet und ihnen sagt: Du wirst jetzt deinen Job verlieren, aber dafür können wir die Pandemie besser in den Griff bekommen! Das mag man politisch vertreten wollen, aber so viel Ehrlichkeit gehört dazu, dass man den Leuten das dann auch ins Gesicht sagt. Ich weiß, was dann hier für eine Diskussion abgehen wird. Die Diskussion müssen wir ehrlicherweise dann auch führen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

Lars Harms [SSW]:

Ja, sehr gern.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich finde es sehr gut, dass Sie hier an dieser Stelle auch auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingehen. Auch ich bin der Meinung, dass man sehr viel über Wirtschaftshilfen redet, da aber mehr die Unternehmen als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Blick hat. Deshalb finde ich das gut. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass die Menschen, die im Krankenhaus und in der Pflege arbeiten, die als Erzieherinnen und Erzieher arbeiten und sich ebenfalls - genauso wie die Lehrerinnen und Lehrer - gewissen Risiken aussetzen, auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind und ebenfalls Antworten suchen.

- Richtig. Da gebe ich Ihnen recht, Frau von Kalben. Auch denen müssen wir Vorgaben machen, damit sie ihre Arbeit so gut wie möglich erledigen können. Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn es darum geht, die Pflegenden ordentlich zu unterstützen, nicht nur Beifall zu klatschen und ihnen möglicherweise 1.500 € zur Verfügung zu stellen.

(Birte Pauls [SPD]: Nicht alle, es sind nur einige!)

Sie haben viel, viel mehr verdient. Da muss viel, viel mehr geschehen.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lars Harms)

Dafür müssen wir auch politisch arbeiten, damit beispielsweise im Krankensystem mehr Geld für die Menschen zur Verfügung steht. Es kann nicht immer nur um die Institutionen gehen. Da sind wir voll an Ihrer Seite. Dazu können wir auch gern politische Initiativen ergreifen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zum eigentlichen Thema, meine Damen und Herren. Wir reden jetzt über die verschiedensten Arten von Lockdowns, Lockerungen und so weiter. Ich denke, es ist sinnvoll, nicht jedes Mal eine neue Sau durchs Dorf zu treiben. Die letzten großen Änderungen, die wir gerade beschlossen haben, sind noch nicht einmal zwei Wochen in Kraft. Man kann auch erst einmal abwarten und sie wirken lassen.

Vielleicht kann man auch erst einmal gucken, ob man diese Regelungen, die man hat und die die Leute schon kennen, nicht möglicherweise noch schärfen kann. Dazu möchte ich Ihnen einige Beispiele nennen.

Die Landesregierung hat beschlossen, dass man über Weihnachten für zwei Tage Übernachtungen im Land zulassen möchte. Eine Verschärfung wäre, dass das nur möglich ist, wenn man einen PCR-Test vorweist, der nicht älter als 48 Stunden ist. Bei allen anderen Reisen ist das so. Ich fände es schon klug zu verhindern, dass jemand, der aus einer anderen Region kommt und möglicherweise den Virus in sich trägt, dieses Virus zu uns transportiert. Es ist wirklich kein Aufwand, sich so einem Test zu unterziehen. Das wissen Sie inzwischen alle, dass das kein Akt ist. Das wäre also eine Schärfung, die relativ einfach umzusetzen ist.

Wir könnten beispielsweise auch noch einmal die Maskenpflicht in der Öffentlichkeit erweitern. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ich glaube, das würde von den Menschen auch relativ leicht akzeptiert werden.

Wir könnten vor allen Dingen, nachdem wir jetzt festgestellt haben, dass das möglich ist, bei Coronaleugner-Demos ein bisschen härter vorgehen. Die Bremer haben die Demonstrationen verboten, und sie haben nicht nur Klagen wegen Landfriedensbruch eingereicht, sondern auch Ordnungswidrigkeiten geahndet, sodass die Menschen auch spüren, dass es nicht mehr in Ordnung ist. Auch daran könnten wir uns ein Beispiel nehmen.

Wir könnten auch bei den verschärften Maßnahmen bei Hotspots mit einem Inzidenzwert über 200 - dazu ist ja vereinbart, dass wir da mehr machen wol-

len - als Land Vorgaben machen, damit klar ist, wie wir das im Land haben möchten, damit die Ministerpräsidenten, wenn sie sich treffen, das dann auch gemeinsam für die gesamte Republik vereinbaren können. Da bin ich sehr nah bei Herrn Dr. Stegner, dass man sagt: Wir schaffen überall vergleichbare Regelungen. Wenn der Inzidenzwert über 200 liegt, dann wissen wir genau, was passiert, beispielsweise muss es dann Sperrstunden geben, dann darf es keinen Alkoholausschank unter freiem Himmel mehr geben, dann muss es möglicherweise Ausgangsbeschränkungen geben, vielleicht müssen auch bestimmte Gewerbebereiche geschlossen werden. Man sollte das im Vorwege festlegen, damit die Leute wissen, worum es geht.

Meine Damen und Herren, mir liegt eines sehr am Herzen: Es gibt auch Gegenden, in denen die Lage noch relativ gut ist. Die befinden sich auch in Schleswig-Holstein. Auch da müssen wir uns überlegen, sollte es ab dem 10. Januar 2021 immer noch so sein, dass wir Gegenden haben, in denen die Zahlen nicht so hoch sind, der Inzidenzwert dauerhaft nicht über 50 liegt, Kinder- und Jugendsport, Jugendarbeit und Jugendzentren eingeschränkt wieder zu erlauben. Das wäre eine Hilfe. Gerade für die Kinder und Jugendlichen wäre es wichtig, dass sie wieder einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen können, dass sie weiterhin eine Struktur haben, dass die Eltern entlastet werden können. Das könnte zumindest in diesen Kreisen geschehen.

(Beifall SSW)

Sie sehen, es gibt genug Möglichkeiten, wo wir die Dinge, die wir bereits jetzt beschlossen haben, die akzeptiert sind, die klar sind, ein kleines bisschen schärfen können.

Es wäre der richtige Weg, dass sich die Leute endlich einmal darauf verlassen können: Bis zum 10. Januar 2021 gilt das, was jetzt gilt, manchmal gibt es eine kleine Verschärfung in der Umsetzung - das ist okay -, und ab dem 10. Januar 2021 können wir uns - gern im Vorwege - wieder darüber unterhalten, ob andere Maßnahmen notwendig sind.

Immer wieder nach vier, fünf, sechs Tagen etwas Neues auf den Markt zu schmeißen, sollten wir als Schleswig-Holsteiner nicht mitmachen. Wir sind eigentlich ganz gut damit gefahren, dass wir auf Sicht, aber auch weitsichtig gehandelt haben. Das muss man der Landesregierung zugestehen. Sie hat auch oft mit uns als Opposition gemeinsame Beschlüsse gefasst. Das war immer gut; das ist immer gut; das sollten wir auch beibehalten.

(Beifall SSW und SPD)

(Lars Harms)

Am Ende geht es um Zuverlässigkeit - eine richtig schöne alte Tugend - und Nachvollziehbarkeit in der Kommunikation, sodass die Leute wissen, woran sie sich zu halten haben. Gleiches, Zuverlässigkeit und Nachvollziehbarkeit, gilt auch für die Maßnahmen. Man muss wissen, was man machen soll, und man muss es verstehen und einsehen. Es muss auch eine Einsicht dahinterstecken.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Derzeit ist das bei den Maßnahmen so. Das sollten wir uns nicht immer durch wildes politisches Gerede, nur weil irgendwelche Leute aus dem Süden irgendeinen Unsinn verzapfen und ihren Laden nicht im Griff haben, versauen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat Ministerpräsident Daniel Günther. - Entschuldigung, Herr Ministerpräsident. Das ist hier übersehen worden.

Der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD leistet zuerst einen Beitrag - Herr Abgeordneter Schaffer. - Das stand hier nicht; pardon.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schön, dass auch die SPD nun aufgewacht ist und feststellt, dass es in Deutschland einen Souverän gibt, und zwar einen, der nicht kleinen Kindern gleicht - das waren Ihre Worte, Herr Dr. Stegner -, die von Frau Merkel und den 16 Ministerpräsidenten gesagt bekommen wollen, dass elementare Freiheitsrechte eingeschränkt bleiben, dass Fristen hierzu Schall und Rauch sind und dass weitere Einschränkungen hinzukommen werden.

Es freut mich zwar, dass Sie meinen Hinweis auf den Souverän und die Beantwortung des Parlaments vom 27. November 2020 aufgenommen haben;

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ganz bestimmt nicht!)

die hier zur Schau getragene Entrüstung ist allerdings wenig glaubwürdig.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ganz bestimmt nicht!)

Vorsichtiger, weil in eine Koalition eingebunden, hat sich die FDP positioniert.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Man fühlte sich in der Beteiligung des Parlaments schon einen Schritt weiter. Herr Vogt, richtig? Ganz offenbar ist der 27. November 2020, der Tag der außerordentlichen Landtagssitzung, an Ihnen allen vorbeigegangen, ohne dass Sie zwei wirklich bedeutsame Anträge wirklich wahrgenommen haben.

Da wäre zum einen der jamaikanische Antrag, wonach der Landtag so zeitnah wie möglich über beschlossene Coronamaßnahmen informiert werden möchte und der ansonsten das Agieren der Landesregierung in der Coronakrise rundweg begrüßt. An keiner Stelle in diesem Antrag wurde eine Debatte oder gar ein Beschluss über Grundrechtseinschränkungen hier im Landtag gefordert. Sie haben der Landesregierung einen Persilschein ausgestellt und sich so eben aus jener parlamentarischen Verantwortung gestohlen, die Ihnen Verfassungsrechtler doch so unmissverständlich zugeschrieben haben.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Wer sich aber parlamentarisch derart bereitwillig auf den Rücken legt, wie Sie es hier getan haben, darf sich hinterher eben nicht beschweren, wenn die Landesregierung hier wenig befriedigend handelt. Das gilt mit Ausnahme der AfD für die gesamte Opposition und die regierungstragenden Fraktionen gleichermaßen. Sie hätten sich beschweren dürfen und nur dann wären Ihre öffentlichen Statements glaubwürdig gewesen, wenn Sie dem zweiten Antrag gefolgt wären, denn dieser zweite Antrag, der Antrag der AfD, zielte eben darauf ab, dass vor jedem Kabinettsbeschluss zu Coronamaßnahmen der Landtag damit zu befassen ist. Das ist genau das, was Sie heute hier auch schon mehrfach gefordert haben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Bei derart weitreichenden Grundrechtseinschränkungen ist es nach unserer Auffassung das Mindeste, das Parlament einzubeziehen und Regierungshandeln zu legitimieren, und zwar jedes Mal, wenn Sie beabsichtigen, Grundrechte einzuschränken.

In einer solchen Debatte habe ich die Erwartung, dass sich geplante Coronamaßnahmen ausschließlich daran ausrichten, ob diese wirksam, geeignet und im verfassungsrechtlichen Sinne auch verhältnismäßig sind. Hier geht es eben nicht nur um die Idee, man könnte hier oder da vielleicht Coronamaßnahmen nachschärfen, sondern ich erwarte, dass auch einmal belegt wird: Wirken sie, oder warum wirken sie nicht? Daran müssen sich die Maßnahmen orientieren.

(Claus Schaffer)

Die Zeit der außerparlamentarischen Eilentscheidungen ist vorbei. Sie haben mit der ersten Welle ein Ende gefunden. Die Menschen erwarten nun evidenzbasiertes, angemessenes und verfassungsgemäßes Regierungshandeln, das überprüfbar, transparent und durch den Souverän zumindest mittelbar getragen ist. Das ist parlamentarische Verantwortung, und das ist auch unsere Aufgabe hier im Haus. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Jörg Nobis [AfD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Coronaleugner!)

- Erzählen Sie doch nicht permanent so einen Quatsch, Herr Dr. Stegner. Von uns hat niemand Corona geleugnet.

Präsident Klaus Schlie:

Die Redezeit ist offensichtlich vorbei, Herr Abgeordneter.

Nunmehr hat das Wort für die Landesregierung Ministerpräsident Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will am Anfang feststellen, dass der Grund, aus dem wir in Schleswig-Holstein einigermaßen ordentlich durch diese Pandemie kommen, nicht der ist, dass wir einen besonders lockeren Weg gehen, sondern dass wir einen besonderen strengen Weg gehen und den übrigens immer wieder gemeinsam miteinander verabredet haben.

Ich will zu der Diskussion hier sagen: Ja, wir haben in der letzten Woche einen Gipfel gehabt. Dort sind zwei Entscheidungen getroffen worden. Die eine ist, dass der Bund jetzt die Dezemberhilfe bis zum 31. Dezember 2020 zahlt. Die zweite ist, dass die nächsten Verordnungen bis zum 10. Januar 2021 begrenzt sein sollen.

Nun kann man mit mir darüber streiten, ob ich über den Zeitpunkt 10. Januar 2021 hätte sprechen müssen. Ich weise einmal darauf hin, dass wir keine Verordnung beschlossen haben, sondern dass wir das Regelwerk auf Bundesebene verändern. Auf Landesebene haben wir noch nicht einmal eine Verordnung vorgelegt. Deswegen kann ich an dieser Stelle nur sagen: Selbstverständlich wird das Verfahren genauso ablaufen, wie wir es vereinbart haben und wie es auch beim letzten Mal der Fall gewesen ist. Wir werden die Verordnung miteinander diskutieren. Wir werden die Opposition einbinden. Bei dieser Ministerpräsidentenkonferenz wurde

nichts beschlossen, das in irgendeiner Weise unsere Zusammenarbeit beeinträchtigt hätte.

(Zurufe: Bitte näher ans Mikro! - Die Mikrofonanlage fällt aus)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, wir klären das. Wir haben offensichtlich hier ein Mikrofonproblem.

(Zuruf SPD: Kommunikationsstörung! - Heiterkeit)

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Dr. Stegner meint, meine Kommunikation kritisieren zu müssen.

Präsident Klaus Schlie:

Ich glaube nicht, dass das von den Sitzplätzen aus gesteuert wurde.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wenn, dann geben wir es nicht zu! - Serpil Midyatli [SPD]: Kai kann alles! - Weitere Zurufe)

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Geht es jetzt wieder?

Präsident Klaus Schlie:

Nein, tut mir leid. - Die Befürchtung ist, dass Herr Direktor Dr. Schliesky das jetzt selber macht.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Geht es wieder? - Bin ich wieder zu hören?

(Zurufe: Ja!)

Wo, bei welchem Punkt, gerade eben war ich noch zu hören?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Dass alles gut ist! - Heiterkeit)

Wir waren bei dem Punkt, dass wir in dieser Zeit alles miteinander besprechen.

An dieser Stelle frage ich: Wäre es denn von mir verantwortungsbewusst gewesen, wenn ich nach dem Gipfel gesagt hätte, wir seien bei einem Inzidenzwert unter 50 und behielten uns vor, große Ausnahmen zu machen?

Das wäre das Gegenteil von dem gewesen, was ich in meiner Regierungserklärung hier erklärt habe. Ich frage mich an der Stelle schon: Warum berichte ich denn in einer Regierungserklärung über die Hal-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

tung der Landesregierung? Warum kündige ich denn an, dass die Leute nicht mit Lockerungen über Weihnachten rechnen sollen? Warum kündigen wir an, dass wir über Weihnachten weiter bei unseren strengen Kontaktregeln bleiben, wissend, dass die Verordnung bis dahin nicht geht, aber um den Leuten Klarheit zu geben? Das war doch der Anspruch.

Bernd Buchholz hat viele Gespräche geführt. Ich habe von Hotels und Gaststätten nicht gehört, dass dort gesagt wurde: Das ist ja furchtbar, dass ihr jetzt schon über die Verordnung hinausgehend redet, sondern es wurde gesagt: Danke für die Planungssicherheit und dafür, dass ihr ankündigt, dass wir nicht damit rechnen können. Nichts anderes habe ich nach der Ministerpräsidentenkonferenz an dieser Stelle weiter vertreten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sprechen wir natürlich auch miteinander. Ich sage aber auch: Wir sind nicht nur deshalb gut durch diese Krise gekommen, weil wir eine tolle Parlamentsarbeit machen, sondern ich nehme für unsere Landesregierung auch in Anspruch, dass wir einen Anteil dazu beigetragen haben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir werden jetzt nicht darauf warten, bis uns eine Verordnung vom Parlament vorgelegt wird. Es ist vielmehr unsere Verantwortung, an dieser Stelle Vorschläge zu machen. Ich finde, es wäre dann, wenn man kritisiert, dass ich den 10. Januar 2021 vorgeschlagen habe, fair gewesen, zu sagen, ob es Alternativüberlegungen hier im Parlament gegeben hat. Ich habe bisher kein einziges Argument gehört, das gegen den 10. Januar 2021 gesprochen hat. Ich finde es im Übrigen auch nicht schlau, wenn wir den 3. Januar wählen. Was wäre das für eine Idee, unmittelbar nach Silvester wieder Veränderungen anzukündigen? Das heißt: Wenn wir über den Weg streiten wollen, dann muss man auch sagen, in welchen Bereichen man Veränderungen will.

Ich sage Ihnen an der Stelle in aller Deutlichkeit, damit Sie wissen, wie wir als Landesregierung uns den weiteren Weg vorstellen: Ich beurteile die Lage in Deutschland deutlich ernster, als ich das in manchem Debattenbeitrag eben wahrgenommen habe. Wir haben heute über 600 Tote. Wir haben in Schleswig-Holstein heute nur zwei Tote - bisher. Ich sage aber an dieser Stelle sehr klar: Unser Ziel ist, Menschen zu schützen. Unser Ziel ist, dass wir hier nicht in diese Lage anderer Länder kommen. Deswegen sage ich für diese Landesregierung: Wir werden nicht darauf warten, bis die Situation in

Schleswig-Holstein so dramatisch ist wie in anderen Ländern, sondern wir werden uns rechtzeitig und jetzt damit beschäftigen müssen, dass unsere Maßnahmen nicht ausreichen. Deshalb müssen diese schärfer werden, und dafür werde ich mich auch bundesweit einsetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Dr. Stegner, ich würde gern in der Aktuellen Stunde meine Rede als Ministerpräsident halten.

(Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Ich bin an der Stelle schon kritisiert worden, aber die Situation ist dramatisch. Deswegen müssen wir handeln. Deswegen sage ich auch: Wir müssen konsequent sein, aber wir müssen auch an die Menschen appellieren, dass sie sich wieder konsequenter an die Regeln halten. Wir haben in Schleswig-Holstein ein deutliches Ausbruchsgeschehen.

Ich habe noch in der vorletzten Woche hier im Parlament gesagt, dass wir eine Trennung haben, die durch das Land geht. Wir müssen doch miteinander beobachten, dass die Zahlen von Süden nach Norden jetzt anwachsen. Wir loben Kai Dolgner immer für vieles, aber ich empfehle, wirklich einmal das durchzulesen, was er auch bei Facebook schreibt.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birte Pauls [SPD])

Dann haben Sie viele Anhaltspunkte dafür, zu welcher Entwicklung wir kommen. Wir sind mittlerweile auf einen Pfad gekommen, der härtere Maßnahmen unausweichlich macht.

Ich sage Ihnen: Ich beobachte im Einzelhandel, dass wir wieder Sorglosigkeit haben und dass mit einer Selbstverständlichkeit Glühwein to go ausgeschenkt wird. Die Leute stehen wieder eng zusammen, und nach dem zweiten Glühwein redet man halt intensiver miteinander. Deswegen sage ich heu-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

te schon: Wir werden das in Schleswig-Holstein schnell unterbinden. In Schleswig-Holstein wird es in Zukunft keinen Alkoholausschank mehr an diesen Ständen geben, Alkohol in der Öffentlichkeit wird es in Schleswig-Holstein nicht geben, und das werden wir durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Wir können uns auch nicht davon lösen, dass wir bundesweit weit über die Maßnahmen, die wir hier diskutieren, hinausgehende Maßnahmen sprechen müssen. Haben Sie gelesen, was man uns von der Leopoldina ins Stammbuch geschrieben hat und was wir an Maßnahmen ergreifen müssen?

Nur damit Sie wissen, wofür ich mich auf Bundesebene einsetzen werde, und ich bin auch offen dafür, das in Schleswig-Holstein umzusetzen: Ich halte dieses Zwei-Stufen-Modell für richtig, übrigens auch, um schon mit der ersten Stufe deutlich zu machen: Es ist jetzt nicht die Zeit, noch einmal einige Kontakte zu haben und zu sagen, dann können wir uns später beschränken, sondern wir müssen sofort damit anfangen. Das ist übrigens auch der Grund dafür, warum wir bei uns in Schleswig-Holstein immer gesagt haben: Weihnachten ist kein Sonderfall, auch Silvester nicht. Dann ist das Coronavirus nicht weg, sondern die Ansteckungsgefahr ist eher größer, weil man sich in privaten Räumen ganz anders einander nähert. Deswegen müssen wir in dieser Kommunikation jetzt präzise sein.

Man merkt, dass wir mit strengen Regeln erfolgreich sind, weil der erste Schritt der Leopoldina in Schleswig-Holstein eigentlich schon Verordnungssache ist. Das haben wir in Schleswig-Holstein umgesetzt. Wir haben darüber gesprochen. Wir haben auch Kritik von Sportvereinen bekommen, weil wir beispielsweise Gruppenaktivitäten im Kultur- und Sportbereich eingeschränkt haben. Das wird dort vorgeschlagen. In vielen Ländern sind diese erlaubt. In Schleswig-Holstein haben wir sie verboten, gegen alle Kritik. Ich kann jeden verstehen, der fragt: Warum können unsere Kinder keinen Sport machen? Ja, das ist so, weil wir Menschenleben schützen müssen. Deswegen sind wir so konsequent in den Bereichen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, worüber wir sehr sorgsam miteinander sprechen müssen, ist die Frage der Schule. Ich finde, der Vorschlag, die Schulpflicht in der nächsten Woche schon aufzuheben, geht ein bisschen über das hinaus, was in Schleswig-Holstein - so glaube

ich - der richtige Weg ist. Ich glaube, wir sollten uns darüber unterhalten, wie wir die Quarantänephase vor Weihnachten einhalten und dafür sorgen, dass die Zurückhaltung groß ist. Wie können wir regeln, dass dies auch in den Schulen gewährleistet ist? Aber wir müssen diese Maßnahmen ergreifen. Wir dürfen nicht warten. Wenn sich eine Entwicklung erst einmal so verschärft, dann haben wir als politisch handelnde Menschen die Verantwortung, die Menschen bestmöglich zu schützen.

Deswegen sage ich für die Zeit ab Weihnachten auch in aller Klarheit: Ja, ich halte es für richtig, jetzt einen harten Lockdown in diesen Zeiten zu machen, weil es niemandem, übrigens auch nicht der Wirtschaft, hilft, wenn wir jetzt so wuselig über Weihnachten und Neujahr kommen und am 10. Januar 2021 mit leicht dramatischen Zahlen dastehen. Wenn wir dann entweder den Teillockdown noch einmal verlängern müssen und ganze Bereiche wirklich demotivieren oder dann einen Lockdown machen, dann wird doch jeder sagen: Sagt mal, was habt ihr eigentlich über die Weihnachtszeit gemacht? Dann sind alle Schulen geschlossen, das heißt, die Betreuung ist weitestgehend sichergestellt, warum habt ihr diese Phase nicht genutzt?

Nur damit wir uns darauf einstellen, was wir vorhaben und was wir für eine Verordnung vorlegen wollen, sage ich: Wir wollen diese harten Maßnahmen jetzt ergreifen, um unser Land bestmöglich zu schützen. Ich glaube, wir kommen aus dieser Krise nur heraus, wenn wir diesen harten und deutlichen Weg in Schleswig-Holstein weitergehen. Ich bitte alle herzlich um Unterstützung und darum, bei diesem Weg mitzumachen. Dann werden wir als Schleswig-Holstein gestärkt aus dieser Herausforderung hervorgehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Oppositionsführer.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich schon großen Wert darauf lege, dass die Unterschiede so beschrieben werden, wie sie sind, und nicht so, wie sie nicht sind. Wir hatten Anlass, die Aktuelle Stunde hier zu beantragen, weil ich finde, dass die Kommunikation nicht so war, wie sie hätte sein können oder sollen.

(Dr. Ralf Stegner)

Darauf haben der Kollege Harms und - mit anderen Worten - der Kollege Vogt genauso hingewiesen wie ich.

Herr Ministerpräsident, wo es ausdrücklich keinen Unterschied gibt und wo wir diesen auch nie hatten, ist, dass der Gesundheitsschutz der Bevölkerung absoluten Vorrang hat. Wir haben immer gesagt: Gesundheitsschutz ist für uns das Argument Nummer eins. Ich habe auch immer darauf hingewiesen, dass man die erschreckend hohen Todeszahlen nicht einfach nur nüchtern zur Kenntnis nehmen darf, denn das sind unsere Eltern und Großeltern, und wir haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass nicht noch mehr Menschen gefährdet werden oder sterben müssen. Da sind wir vollständig einer Meinung.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich begrüße auch ausdrücklich, wenn Sie sagen, in welche Richtung das generell gehen soll. Es ging da nicht sozusagen um kleinkarierte Kritik in der Frage, welche Verordnung das ist. Wir wollen Ihnen auch die Arbeit nicht abnehmen, denn Verordnungen sind Arbeit der Regierung.

Über das, was Sie über einen harten Lockdown gesagt haben, kann man reden. Ich glaube trotzdem, dass das die zweitbeste Lösung bundesweit ist. Man sollte das nicht verklären, und Lockdown-Ankündigungen sind eine schwierige Sache, wenn man sie nicht gleich umsetzt, denn das wirkt immer nach dem Motto: Ihr dürft jetzt noch einmal, dann schauen wir anschließend. Das ist schwierig.

Da es aber eine Weile dauern wird, bis die Wirkung der Impfung eintritt, glaube ich, Herr Ministerpräsident, dass wir - unabhängig davon, ob der Lockdown kommt oder nicht - ein konkretes, abgestuftes und verbindliches System zum Umgang mit der jeweiligen Infektionssituation brauchen. Dieser Umgang kann von nur wenigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens bis hin zu einem harten Lockdown reichen. Ein solches System werden wir brauchen.

Ich nehme doch wahr, dass die Ministerpräsidenten - ich füge hinzu: andere mehr als Sie - eine solche Weise der Kommunikation haben, dass die Bundesbürger nicht mehr wissen, woran sie sich eigentlich orientieren sollen. Das darf nicht sein. Das ist der Teil, den wir wirklich miteinander leisten müssen; denn wir schaffen den Kraftakt, von dem Sie gesprochen haben, nur, wenn die Menschen wissen, was wir tun, warum wir es tun und dass es auch Sinn hat.

Ich bin übrigens wirklich optimistisch, dass wir dann, wenn die kalte Jahreszeit vorüber ist und die Impfung wirkt, aus dieser Situation wieder herauskommen werden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber bis dahin müssen wir aufpassen, dass nicht noch mehr Menschen krank werden oder gar sterben müssen. Wir haben Egoismus und Rücksichtslosigkeit - auf die es übrigens kein Grundrecht gibt; das füge ich hinzu - entgegenzutreten. Insofern haben wir eine ganze Menge Gemeinsamkeiten.

Sie werden registriert haben, Herr Ministerpräsident, dass sich 80 % meiner Rede vorhin damit befassten, was wir konkret vorschlagen, damit es diese Gemeinsamkeit hier im Parlament weiterhin gibt. Darum ging es mir. Insofern hatte die Aktuelle Stunde durchaus ihren Sinn. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es für angezeigt, dass dieses Parlament über die Lage diskutiert. Wenn wir in der Verabredung, von der wir hier sprechen, auf Seite 5 lesen: „Mit der Verlängerung der bestehenden Maßnahmen soll bis zum 20. Dezember 2020 eine bundesweit signifikante Verbesserung und Entlastung bei relevanten Indikatoren - R-Wert, Intensivkapazitäten, Gesundheitsrate und Inzidenz - erreicht werden“, dann verstehe ich darunter, dass wir zumindest in die Nähe dieses Datums kommen müssen, um beurteilen zu können, was sich daraus ergibt.

Zu den Fragen, die mich beschäftigen - das will ich zum Ausdruck bringen -, gehören die folgenden: In welchem Verhältnis stehen Risikoschwerpunkte zu Inzidenzen? Ich hätte dazu gern bundesweite Angaben, aber möglichst auch solche, die sich auf die einzelnen Kreise beziehen.

Ferner: Welche Schwerpunkte gibt es in Alten- und Pflegeheimen? Hierzu hat dieses Parlament übrigens einen Beschluss gefasst.

Eine weitere Frage lautet: Welche Wirkung haben die privaten Zusammenkünfte und die städtischen

(Werner Kalinka)

Bereiche mit räumlicher Enge, zum Beispiel der ÖPNV? Wir haben im Zusammenhang mit der Diskussion über die Schlachtindustrie gesehen, dass wir etwas machen können.

Auf diese Fragen brauchen wir fundierte Antworten, die möglichst auf die Kreise herunterzubrechen sind; denn erst dann können wir auch die Wirksamkeit der Folgemaßnahmen bewerten.

Worte und Wirklichkeit müssen in Übereinstimmung stehen. Ich muss Ihnen für meinen Teil - ich sage es nur für mich - wirklich deutlich sagen: Ich wünschte mir, dass Herr Söder weniger Belehrungsinterviews gäbe, sondern stattdessen bessere Zahlen aus Bayern mitbringen würde. Das wäre sicherlich für uns alle angemessener.

(Beifall Lukas Kilian [CDU], BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, es geht um Vertrauen und Planbarkeit; dazu bedarf es einer Stabilität im Handeln. Es geht um viele Existenzen. Und es geht um Grund- und Bürgerrechte; das sollten wir in dieser Diskussion nicht ganz vergessen. Wir befinden uns ein Dreivierteljahr nach Beginn dieser Entwicklung. Das jedenfalls beschäftigt mich in erheblicher Weise.

Wichtig ist für mich auch die Frage, ob denn die Kontaktnachverfolgung in allen Kreisen Deutschlands sichergestellt ist. Ich halte die Kontaktnachverfolgung für das A und O im Sinne der Wirksamkeit der Maßnahmen. Wie steht es darum in den einzelnen Kreisen? Ich weiß es nicht. Ich weiß es noch nicht einmal für Schleswig-Holstein genau! Das müssen wir aber wissen, um die Hebel richtig ansetzen zu können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen Gedanken vortragen: Auch wenn es nicht möglich ist, das Problem innerhalb kurzer Zeit zu lösen, so müssen wir uns zumindest längerfristig mit der Frage beschäftigen, welchen Zusammenhang es zwischen Impfungen und Lockdown beziehungsweise Einschränkungen geben soll. Christopher Vogt hat es richtig angedeutet; ich bin der gleichen Meinung. Über diese Frage müssen wir im Zusammenhang sprechen.

Da ich in meiner Redezeit sehr begrenzt bin, lassen Sie mich nur noch einen letzten Gedanken hinzusetzen: Es ist nicht nur eine Selbstverständlichkeit, dass das Parlament diskutiert. Es ist auch an der Zeit, dass wir einmal darüber diskutieren, was wir finanziell noch leisten beziehungsweise nicht leis-

ten können. Auch damit sollten wir uns beschäftigen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Zu welchen Ergebnissen wir kommen werden, kann ich noch nicht sagen. Aber dass wir uns mit dieser Frage zumindest beschäftigen, erwarte ich eigentlich von uns Parlamentariern. Wir sollten von der Schuldenbremse und ähnlichen Themen nicht nur dann reden, wenn wir keine konkreten Probleme haben, sondern auch genau dann, wenn insoweit eine Enge da ist.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Werner Kalinka [CDU]:

Ja, Herr Präsident, Sie haben recht. - Danke.

(Heiterkeit - Vereinzelter Beifall CDU, Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Soweit ich den Eindruck hatte, dass einige Kolleginnen und Kollegen noch einmal eine Orientierung in der Geschäftsordnung brauchen: Die Diskussion, die wir vorhin geführt haben, bezog sich auf § 32 Absatz 8 der Geschäftsordnung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Mündlicher Bericht zur Umsetzung der Impfstrategie

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2629

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse also zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, die Debatte, die wir gerade geführt haben, hat gezeigt - das muss man auch den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern sehr deutlich sagen -, dass vor uns die schwierigsten und herausforderndsten circa drei Monate dieser Pandemie liegen; denn der Winter hat gerade erst begonnen.

Auch wenn in Großbritannien gestern der sogenannte V-Day begonnen hat, also der Verimpfungstag oder die Zeit des Verimpfens, so wird es auch im Vereinigten Königreich genauso wie im Rest von Europa eine ganze Weile dauern, bis nennenswerte Teile der Bevölkerung durchgeimpft sein werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gleichwohl bieten die Meldungen über die voraussichtlich bevorstehende Zulassung eines wirksamen Impfstoffes gegen das SARS-CoV-2-Virus sehr wohl Anlass zum Optimismus. Optimismus und Hoffnung können die Menschen in dieser Zeit wahrlich gebrauchen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir stehen in der Europäischen Union kurz vor der Zulassung eines Impfstoffes. Aktuell gehen wir davon aus - mit „wir“ meine ich die 16 Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister sowie den Bundesgesundheitsminister -, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA bis zum 29. Dezember 2020 über die Zulassung des Impfstoffes des Mainzer Unternehmens BioNTech und seines US-amerikanischen Partner Pfizer in Europa entscheiden und die Europäische Kommission im Anschluss für alle Mitgliedstaaten den entsprechenden Einsatz genehmigen wird. Der Impfstoff wird ein wesentlicher Baustein auf dem Weg aus dieser Pandemie sein. Daher sind selbstverständlich zu Recht große Hoffnungen damit verbunden.

Meine Damen und Herren, dass der Impfstoff überhaupt so schnell verfügbar sein wird, ist das Ergebnis eines herausragenden weltweiten Zusammenwirkens von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, übrigens auch von Parlamenten; denn die finanziellen Anstrengungen allein durch die Europäische Union und die Bundesregierung waren noch nie so groß wie die zur Entwicklung eines Impfstoffes in dieser Pandemie.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Bis zu 375 Millionen € hat allein der Bund für die Entwicklung des BioNTech-Impfstoffes zur Verfügung gestellt. Die Zulassung des Impfstoffes erfolgt im Rahmen eines sogenannten rollierenden Zulassungsverfahrens. Unternehmen wie BioNTech und Pfizer teilen bereits seit Oktober 2020 der Europäischen Arzneimittel-Agentur Informationen aus den Testreihen mit. Das bedeutet, auch in dieser Pandemie werden die Studiendaten fortlaufend bewertet und in das Zulassungsverfahren eingespeist. Dabei spielt die Risikobewertung auch des mRNA-Impfstoffes von BioNTech Pfizer selbstverständlich stets eine Rolle.

Fakt ist: Sobald die EMA den Impfstoff zugelassen hat und die Auslieferung des Impfstoffs erfolgt ist, werden wir auch in Schleswig-Holstein mit dem Impfen beginnen können. Noch ist nicht genau bekannt, wie viele Impfdosen in Deutschland tatsächlich in der allerersten Zeit geliefert werden. Klar ist aber heute schon, dass der Impfstoff zunächst sehr begrenzt verfügbar sein wird.

Für die Verimpfung bauen wir seit mehreren Wochen die entsprechenden Strukturen auf. Wir benötigen spezielle Impfzentren in Kombination mit mobilen Impfteams, um den besonderen Anforderungen an Lagerung und Logistik des Impfstoffs von Biontech gerecht werden zu können. Dieser Impfstoff - das wissen Sie - kann derzeit nur bei minus 70 °C gelagert werden. In normalen Kühlschränken wird er also in wenigen Tagen unbrauchbar. Deswegen hat die Landesregierung rechtzeitig sogenannte ULT-Gefriereinheiten nicht nur bestellt, sondern sie sind auch schon da.

Zudem muss der Impfstoff zweimal im Abstand von mindestens drei Wochen verimpft werden. In jeder Einheit befinden sich fünf sogenannte Impfdosen. Nach Anbruch einer solchen Einheit ist ein solches sogenanntes Multidosenbehältnis nur noch für wenige Stunden haltbar. Und damit ist klar, dass relativ zügig an mehrere Personen verimpft werden muss.

In Schleswig-Holstein werden voraussichtlich insgesamt 29 Impfzentren eingerichtet. Mitte Dezember 2020 wird jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt über mindestens ein einsatzfähiges Impfzentrum verfügen. Danach sollen sukzessive weitere Impfzentren betriebsbereit werden. Das Ganze - deswegen betone ich das so - vollzieht sich immer in Abhängigkeit von der jeweils verfügbaren Menge des Impfstoffes. Meine Damen und Herren, in Abhängigkeit dieser Menge werden wir gemeinsam mit den Kommunen über das Hochfahren der dann weiteren Zentren entscheiden. Voraussichtlich wird

(Minister Dr. Heiner Garg)

nach der derzeit zu erwartenden Impfstoffmenge zunächst Anfang Januar 2021 in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Impfzentrum an den Start gehen, auch hier vorausgesetzt: der Impfstoff ist dann Anfang Januar auch in Schleswig-Holstein.

Das Land hat für die Impfzentren längst das notwendige Impfmateriale beschafft, also beispielsweise Spritzen, Kanülen, Abwurfbehältnisse, Alkohol-tupfer und so weiter und so fort, alles was zum Impfen ebenfalls gebraucht wird.

Ich will an dieser Stelle auch darauf hinweisen: Es handelt sich um eine freiwillige Impfung, die für jede Bürgerin und jeden Bürger kostenfrei sein wird, die oder der sich für das Impfen entscheidet.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn der Impfstoff in ausreichenden Mengen verfügbar ist, sollen die Impfzentren an allen Wochentagen geöffnet sein. In allen Impfzentren wird es einen komplett standardisierten Ablauf nach einem sogenannten Einbahnstraßensystem geben. Jede Person, die sich impfen lässt, die sich für die Impfung entscheidet, wird in Schleswig-Holstein ärztlich über die Impfung aufgeklärt.

Die Impfung wird nur möglich sein, wenn ein Termin vereinbart wurde. Grundsätzlich wird sich die Zahl der verfügbaren Termine selbstverständlich an der Anzahl der verfügbaren Impfdosen orientieren. Ein Termin soll sowohl über ein Online-Portal als auch über die bekannte Rufnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes vereinbart werden können. Für die Terminbuchung wird selbstverständlich ein Extra-Callcenter zugeschaltet, um die Überlastung der bekannten Rufnummer 116 117 von vornherein zu vermeiden.

Den Starttermin wird die Landesregierung abhängig von der Bereitstellung des Impfstoffes gesondert ausreichend kommunizieren.

In den Impfzentren werden bis zu 90 Ärztinnen und Ärzte parallel arbeiten können. Das Gute ist - das erfüllt mich wirklich mit unglaublicher Dankbarkeit -: Der ambulante Sektor zeigt in dieser Pandemie erneut seine große Bereitschaft, in Schleswig-Holstein anzupacken und mitzumachen. Dem Aufruf der Kassenärztlichen Vereinigung sind 2.900 Ärztinnen und Ärzte in Schleswig-Holstein gefolgt, die bereit sind, unsere Bevölkerung zu verimpfen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, das, was Sie gerade an Respekt den Ärztinnen und Ärzten entgegengebracht haben, gilt genauso für das nichtärztliche Personal; denn auch hier haben sich inzwischen fast 2.000 Frauen und Männer zum Einsatz gemeldet.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will auch an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an alle diejenigen sagen, die sich bei dieser unglaublichen Mammutaufgabe in den letzten Wochen bewährt haben. Denn der Aufbau der Impfzentren gelingt nur deswegen so schnell und auch weitgehend reibungslos, weil Land, Kommunen, Kassenärztliche Vereinigung, Bundeswehr, das Technische Hilfswerk und die Hilfsorganisationen, wie beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz, exzellent zusammenarbeiten, konsequent an einem Strang in dieselbe Richtung ziehen. Dafür sage ich von Herzen Dank, übrigens auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meinem Haus.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der ersten Phase muss die Impfung priorisiert werden - auch das haben Sie inzwischen zahlreich der Presse entnommen -, da am Anfang eben nur eine sehr begrenzte Menge zur Verfügung stehen wird. Die Ständige Impfkommision hat dazu mit dem Deutschen Ethikrat und der Nationalen Akademie der Wissenschaften, der Leopoldina, ein gemeinsames Positionspapier entwickelt und dazu am Montag eine erste Empfehlung zur Priorisierung abgegeben, zu der die Länder und Verbände bis morgen ihre Stellungnahmen abgeben können. Demnach sollen zunächst Personen, die ein besonders hohes Risiko für einen schweren oder kritischen Krankheitsverlauf bei einer Covid-19-Infektion haben oder einem besonderen beruflichen Expositionsrisiko ausgesetzt sind, geimpft werden. Dazu gehören Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeeinrichtungen, Menschen über 80 Jahre und Personen, die im medizinischen und pflegerischen Bereich tätig sind, und dort häufig Kontakt zu Angehörigen der Risikogruppen haben. Ich sage ausdrücklich: Das ist nicht einrichtungsbezogen, sondern professionsbezogen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Abschluss des Stellungnahmeverfahrens werden die STIKO die Empfehlungen veröffentlichen und das Bundesgesundheitsministerium eine Rechtsverordnung erstellen. Im Verlauf der Zulassung des Impf-

(Minister Dr. Heiner Garg)

stoffes kann es bei der Empfehlung natürlich noch zu Anpassungen kommen. Auch danach wird es je nach Verfügbarkeit des Impfstoffes und nach Verfügbarkeit weiterer Daten und auch weiterer Impfstoffe unterschiedliche Impfstoffkandidaten geben. Sie wissen, in den Zulassungen befinden sich sowohl mRNA-Impfstoffe als auch vektorbasierte Impfstoffe. Das heißt, diese Priorisierungsempfehlungen werden im Laufe des Verfahrens weiter angepasst werden, weil sie angepasst werden müssen.

Auf die zu erwartende Priorisierung bereiten wir uns in Schleswig-Holstein vor. Für die Impfungen in Pflegeeinrichtungen werden mobile Impfteams eingerichtet. Diese sollen auch die Pflegeheimbewohnerinnen und Pflegeheimbewohner auf den Inseln impfen. Für die anderen Inselbewohnerinnen und -bewohner wird es Impfkationstage auf den Inseln geben.

(Beifall FDP)

Die Krankenhäuser sollen die Impfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigenständig organisieren. Dazu befindet sich das Land im engen Austausch und in enger Abstimmung mit den Kliniken, um auch hier innerhalb der Kliniken ein entsprechendes Priorisierungskonzept durchzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich muss es Ziel bleiben, die Impfung gegen das Coronavirus möglichst bald, also nach einigen Monaten, in die Regelversorgung zu überführen. Das hängt insbesondere von der Verfügbarkeit des Impfstoffs und von den Lager- und Transporterfordernissen an den Impfstoff ab. Damit aber in Zukunft breite Teile der Bevölkerung geimpft werden können, ist aus meiner Sicht die Verimpfung später über das Regelsystem der Hausärztinnen und Hausärzte erforderlich.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, es besteht der Wunsch der Frau Abgeordneten Pauls, Ihnen eine Frage zu stellen. - Bitte.

Birte Pauls [SPD]: Herr Minister, vielen Dank für die Ausführungen. - Gelobt haben wir Sie ja schon im Ausschuss für das, was in den letzten Wochen alles passiert ist. Ich habe jetzt aber noch eine fachliche Frage, die sich an dieser Stelle stellt, weil wir in dem Sinne keine Sozialausschusssitzung mehr haben werden und viele Leute sich diese Frage stellen.

(Werner Kalinka [CDU]: Doch, haben wir!)

- Ja, wir haben eine online, aber ja nicht - -

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

- Das weiß ich.

Präsident Klaus Schlie:

Sie dürfen Ihre Frage stellen, Frau Abgeordnete.

Birte Pauls [SPD]: Viele Leute stellen sich die Frage, wie die Priorisierung ablaufen soll. Klar ist, wie das in Krankenhäusern und in den Pflegeheimen ablaufen soll. Aber wer sagt dann wem die Anzahl oder nennt die Risikopatienten? Dieser Weg ist vielen noch nicht so ganz klar.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Pauls, abschließend beraten wir gerade darüber. Eines ist klar: Es wird über öffentliche Aufrufe, und zwar auf sämtlichen Kanälen, also nicht nur Social-Media-Kanälen, geschehen, weil wir wissen, dass insbesondere diese Zielgruppe wahrscheinlich auf Instagram und Facebook weniger unterwegs ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Abgeordneter Stegner, ich gehe davon aus, dass es auch welche gibt, die dort unterwegs sind. Aber es wird die entsprechenden Aufrufe über sämtliche Kanäle geben, insbesondere beispielsweise über Hörfunk. Wir arbeiten gemeinsam mit dem Bund genau an dieser Frage, wie die entsprechenden Zielgruppen rechtzeitig erreicht werden können, damit sie wissen, dass sie berechtigt sind und einen Termin vereinbaren können.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage: Wir haben am Samstag eine mehrstündige Sonder-GMK ausschließlich zum Thema Impfen. Da werden wir uns auch mit dieser Frage hoffentlich abschließend, jedenfalls vorerst abschließend, beschäftigen.

(Birte Pauls [SPD]: Danke schön!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, der ausschussbasierte Fragebedarf geht weiter. Die Kollegin Röttger möchte auch gern eine Frage stellen.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Selbstverständlich.

Anette Röttger [CDU]: Herr Minister, wenn wir schon bei den fachlichen Fragestellungen sind: Ich werde immer wieder von Menschen angesprochen, die bereits an Corona erkrankt waren und unter Umständen Antikörper aufgebaut haben. Haben wir dazu eine Strategie, über Antikörpertestungen dieser Gruppe eventuell sagen zu können, dass sie nicht geimpft werden muss?

- Auch das wird sich im Zweifel in der STIKO-Empfehlung, und zwar nicht in der, die als Vorabdruck in irgendwelchen Printmedien erscheint, sondern in der tatsächlichen STIKO-Empfehlung wiederfinden. Auch diese Frage ist für Samstag vornotiert. Dass per Pricktest getestet werden kann, ob Antikörper entstanden sind, wissen Sie. Das heißt, das ist zum Glück feststellbar. Ob es für diese Menschen dann eine priorisierte Impfempfehlung gibt, wenn sie zu der jeweiligen Gruppe gehören, wird ebenfalls Teil der Impfempfehlung sein müssen.

(Anette Röttger [CDU]: Vielen Dank!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben es fast geschafft. Ich sehe da vorne, dass ich 7 Minuten überzogen habe, das heißt, alle anderen können sich danach richten und sich Zeit lassen.

(Zuruf FDP: Zeitgenerator!)

Ich will mit den Worten schließen: Das ist der große Schritt, um aus dieser Pandemie herauszukommen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will noch einmal sagen: Die Maßnahmen, die in der vergangenen Debatte richtigerweise in Aussicht gestellt worden sind, beziehungsweise die Diskussionen, die zuvor geführt werden und dann zu Maßnahmen führen, ist ja nichts, was man sich üblicherweise vor dem Weihnachtsfest wünscht. Aber ich will einmal sagen: Die Tatsache, dass es bald eine zugelassene Impfung geben wird, gibt Hoffnung und gibt Mut, darf aber auch nicht zu Übermut führen. Wir werden auch mit dem Beginn des Verimpfens eines wirksamen Impfstoffes weiterhin Rücksicht aufeinander und Verantwortung füreinander übernehmen müssen und uns auch im kommenden Jahr weiterhin zunächst mit den Vorsichtsmaßnahmen und den Hygieneregeln nicht nur auseinandersetzen, sondern sie befolgen müssen, um insbeson-

dere unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, unsere kranken Mitbürgerinnen und Mitbürger und alle diejenigen zu schützen, die durch schwere Krankheitsverläufe aufgrund einer SARS-CoV-2-Infektion besonders gefährdet sind. Es gehört in einer zivilisierten Gesellschaft einfach dazu, Rücksicht aufeinander zu nehmen und Verantwortung füreinander zu übernehmen.

Ich sage sehr deutlich: Es gibt im Moment Menschen, die meinen, sie könnten sich die Maske im öffentlichen Personennahverkehr herunterreißen, sie müssten sich nicht daran halten, weil das alles unsinnig sei. Diese Menschen, diese wenigen Menschen, reichen aus, um das Infektionsgeschehen bedauerlicherweise wieder in die Höhe zu treiben. Diese Menschen benehmen sich rücksichtslos, und ich ärgere mich darüber. - Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich, dass Sie mir so viel Zeit gegeben haben.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 9,5 Minuten überzogen. Die stehen nun auch allen anderen zur Verfügung.

Es steht dem Präsidium nicht an, in irgendeiner Form zu bewerten. Ich würde es aber schon für dringend geboten halten, dass wir angesichts der Besonderheit der Themen Notwendigkeit von längeren Berichten der Landesregierung im Ältestenrat längere Redezeiten miteinander vereinbaren und das nicht hier so ad hoc machen, weil das dazu führt, dass andere wichtige Tagesordnungspunkte nicht mehr entsprechend beraten werden können. Das ist mein dringender Appell an die Landesregierung. Es gibt ja auch die Möglichkeit, rechtzeitig die Ausschüsse zu informieren und da zu diskutieren.

Jetzt eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Keine Angst, ich werde die Redezeit von 13 Minuten und 46 Sekunden nicht in Anspruch nehmen. Aber ein bisschen mehr Zeit gönne ich mir auch, und darüber bin ich ganz froh.

Ich sage ganz herzlichen Dank, lieber Minister Heiner Garg, für diesen tollen Bericht, der uns wirklich

(Katja Rathje-Hoffmann)

Mut schöpfen lässt, was den Umgang mit dieser Pandemie angeht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Denn die Pandemie hat Deutschland, Europa und eigentlich auch die ganze Welt fest im Griff. Überall infizieren sich Menschen, überall werden Menschen krank und überall - das ist leider so - sterben auch Menschen an Covid-19, an diesem Erreger, der so heimtückisch ist. Vor nicht einmal einem Jahr konnten wir uns kaum vorstellen, wie sich unser Leben durch diese Pandemie verändert, wie sie unser Miteinander bestimmt, wie sie bestimmt, wie wir leben und wie es der Wirtschaft geht. Tatsache ist aber, wir müssen lernen, mit diesem Virus umzugehen. So ist es für uns normal geworden, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, uns akribisch die Hände zu waschen, Abstand zueinander zu halten und natürlich auch zu lüften. So manches Mal wird einem ziemlich kalt - ja, das ist auch Corona. Wir befinden uns mitten in der zweiten, heftigen Coronawelle, und wir müssen im Lockdown auf Urlaubsreisen, Restaurantbesuche, Kino, Theater und vieles mehr verzichten, weil wir hohe Infektionszahlen haben.

Doch es gibt Grund zur Hoffnung auf Besserung unserer Situation. Die Forschungen der Pharmafirmen haben Impfstoffe gegen Covid-19 entwickelt, und sie schaffen es auch, sie herzustellen. Großbritannien ist da Vorreiter. Am 2. Dezember 2020 wurde der Impfstoff der deutsch-amerikanischen Kooperation BioNTech/Pfizer dort zugelassen, und seit gestern wird er verimpft.

Hier bei uns in Schleswig-Holstein - es ist gut, dass wir das hören - werden wir eventuell ab Mitte/Ende Dezember 2020 Menschen impfen können, und zwar - wir haben es gehört - in 29 Impfzentren. Darüber bin ich sehr dankbar. Ich möchte mich ganz besonders dafür bedanken, dass in der Stadt Norderstedt ein Impfzentrum etabliert werden soll, das auch für Hamburg, für die gesamte Metropolregion, zuständig ist.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich danke Heiner Garg noch einmal ausdrücklich dafür, dass das so möglich ist.

Das Ziel, bis zum 15. Dezember 2020 in allen Impfzentren startklar zu sein, wird, glaube ich, erreicht. Wir haben gehört, dass es auch davon abhängig ist, wie viele Impfdosen wir überhaupt haben.

Durch den Aufruf der KVSH, der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein - dazu muss ich auch sagen: das ist ganz toll - haben sich 2.900 Ärztinnen und Ärzte und - Stand, glaube ich, Anfang dieser Woche - 1.900 medizinische Fachkräfte gemeldet, die in den Impfzentren helfen wollen, diese Pandemie in den Griff zu kriegen. Das ist ganz großartig.

Die Bundeswehr und das THW unterstützen logistisch beim Transport der Impfstoffe und bei der medizinischen Ausrüstung. An dieser Stelle auch noch einmal ein herzlicher Dank an die Bundeswehr und an das Technische Hilfswerk.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Zuteilung des Impfstoffs wird in der Anlaufphase streng reglementiert sein. Vorrangig, so heißt es - wir haben es eben auch vom Minister gehört -, sollen das medizinische und pflegerische Personal sowie Menschen, die direkten Zugang zu Covid-19-Erkrankten haben, und natürlich Menschen in Heimen und über 80-Jährige geimpft werden. Die kostenlosen Impfungen werden in Impfzentren, in sogenannten Impfstraßen, durchgeführt. Dafür wird es, wie wir gehört haben, eine Einladung geben, oder man muss sich extra anmelden.

Was den Ablauf in der Impfstraße angeht, so hört sich das Wort „Impfstraße“ ein bisschen abstrakt an; ich kannte es vorher auch nicht: Da werden die Personalien aufgenommen, und es wird die Temperatur gemessen; da gibt es ein Aufklärungsgespräch durch einen Arzt; dann wird die Impfung durchgeführt, und danach muss man sich dort noch eine Viertelstunde für den Fall aufhalten, dass es Impfreaktionen geben sollte.

Im Grunde müssten sich in Schleswig-Holstein rund 2 Millionen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gegen das Coronavirus impfen lassen, um die sogenannte Herdenimmunität zu erreichen, die große Sicherheit bietet.

Die Impfbereitschaft ist in Norddeutschland nach einer repräsentativen Umfrage der Uni Hamburg mit 63 % vergleichsweise hoch, jedoch noch nicht hoch genug für die eben genannte Herdenimmunität. Deswegen begrüßen wir die Planungen zu einer breit angelegten Impfkampagne des Bundes und der Länder, denn Impfschutz funktioniert nur, wenn möglichst viele mitmachen.

Erschütternd und völlig unverständlich sind die Äußerungen von Coronaleugnern, Anhängern von Verschwörungstheorien, Rechtsextremen, Reichsbür-

(Katja Rathje-Hoffmann)

gern und sogenannten Querdenkern. Diese zeigen ein erschreckend hohes Gewaltpotenzial. Sicherheitsexperten sprechen von abstrakten Gefährdungen für Impfzentren, Impfstoffproduktionsstätten, -transporte und -lager. Das gilt es zu verhindern. Aber eines ist sicher: Unsere Impfzentren sind gut gesichert und geschützt.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nur mit einer flächendeckenden Impfung werden wir es schaffen, unser altes Leben wieder zurückzubekommen, und das ist unser Ziel.

Meine Damen und Herren, mit all den Maßnahmen, mit Disziplin, mit Hoffnung und Zuversicht werden wir auch diese Krise gemeinsam überstehen. - Danke schön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche sind laut Angaben des RKI 2.200 Menschen an Covid-19 und seinen Folgen gestorben. Das bedeutet, alle vier Minuten haben Familienangehörige geliebte Menschen verloren, eine Schwester, einen Bruder, eine Mama, einen Papa. Herr Ministerpräsident, Sie sagten vorhin, wir haben heute zwei Todesopfer in Schleswig-Holstein zu beklagen; ein Opfer stammt aus meinem näheren Familienkreis.

Das sind Menschen, die ohne dieses Virus noch leben würden. Es ist daher unsere Verantwortung, Sorge dafür zu tragen, dass die Zahlen nicht weiter steigen. Diese Verantwortung richtet sich nicht nur an alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Wir können Regeln erlassen, Verordnungen schreiben, wirtschaftliche Hilfen bereitstellen. Aber am Ende können wir dieses Virus nur gemeinsam besiegen.

(Beifall SPD, vereinzelt FDP und SSW)

Wir, indem wir vernünftig sind, wir, indem wir zu Hause bleiben, wir, indem wir Kontakte minimieren - und ja, indem wir uns impfen lassen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Noch zu Beginn der Pandemie lautete die Prognose, es werde Jahre dauern, bis ein Impfstoff gefunden wird. Dann hieß es, es werde weitere Jahre dauern, bis der Impfstoff zugelassen wird. - Und worüber reden wir heute: Knapp neun Monate nach dem Ausbruch der Pandemie reden wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag über eine Impfstrategie! Das ist eine großartige Leistung unserer Wissenschaft, eine großartige Leistung unserer Forscherinnen und Forscher.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn die Berichte über die Werte des Impfstoffes stimmen, ist das ein Quantensprung in der Medizin. Genau diese Nachrichten brauchen wir jetzt, die uns Hoffnung geben, die uns Zuversicht geben, dass wir in den nächsten Monaten durch die Krise kommen werden.

Was wir nicht brauchen, ist Angstmacherei, was wir nicht brauchen, ist Hoffnungslosigkeit, und was wir auf keinen Fall brauchen, ist Sorglosigkeit, die insbesondere von der AfD in diesem Land geschürt wird.

(Beifall SPD, Dennys Bornhöft [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der Bund setzt sich für die Beschaffung des Impfstoffes ein; Minister Garg hat das ausgeführt. Wir wissen schon jetzt, dass Impfstoff nicht in ausreichender Menge für alle vorhanden sein wird. Wir verlassen uns da auf die STIKO, die Ständige Impfkommision, die für uns ein verlässlicher Partner ist. Ihre Empfehlungen werden ein Maßstab dafür sein, welche Personengruppen zuerst geimpft werden.

Minister Garg, Sie sind auf die Personengruppen eingegangen. Ich finde es sehr gut nachvollziehbar, dass wir zu Beginn insbesondere auf die vulnerablen Gruppen, ältere Menschen in den Pflegeeinrichtungen, aber auch die Beschäftigten eingehen. Viele Beschäftigte, die in Alten- und Pflegeeinrichtungen arbeiten, gehen jeden Tag mit der Angst davor zu ihrem Job, dass in den Pflegeeinrichtungen etwas passiert. Ihnen diese Angst zu nehmen und die Risikogruppen zuerst zu impfen, ist nachvollziehbar. Daher vielen Dank dafür, Minister Garg.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Minister Garg, ich möchte Ihnen ausdrücklich den Dank der gesamten SPD-Fraktion aussprechen. Dank ihrer zügigen Umsetzung werden wir bald 29 Impfzentren im Land haben. Für die Organisati-

(Serpil Midyatli)

on ist nämlich das Land zuständig, für die Beschaffung der Bund. Wir sind in einer sehr guten Position: Sobald der Impfstoff da und die Zulassung erfolgt ist, können wir umgehend und sehr schnell starten.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Daher ist eine frühzeitige Kommunikation zur Impfstrategie sehr wichtig. Auch entsprechende Kampagnen des Bundesministeriums für Gesundheit wird es dazu geben. Und vor allem wird es wichtig sein, aufzuklären und zu informieren

(Ein Handy klingelt)

- nein, ich kann jetzt nicht rangehen -, damit keine Fragen offenbleiben. Wir haben schon im Plenum gemerkt, welche Fragen sich bei uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern ergeben. Es gilt, diese Fragen mit einer breiten öffentlichen Kampagne zu klären, damit wir so viele Menschen wie möglich erreichen. Dazu müssen auch wir in Schleswig-Holstein unseren Beitrag leisten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das schaffen werden.

Kollegin Rathje-Hoffmann, ich teile Ihre Besorgnis - und das ist nicht nur abstrakt, es gibt dazu eine Einschätzung des BKA -, dass es notwendig sein wird, die Impfbereitschaft zu schützen und zu sichern. Es besteht die konkrete Gefahr von Impfgegnern, Coronaleugnern und Verschwörungsideologen. Da trägt die Hetzerei der AfD tatsächlich Früchte.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Jetzt hören Sie mal auf damit!)

Ich will hier deutlich sagen: Ich bin gegen eine Impfpflicht, aber ich werde überall ausdrücklich dazu auffordern, sich impfen zu lassen.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das dient nicht nur unserem eigenen Schutz, sondern vor allem dient es denjenigen, die sich aus medizinischen Gründen gar nicht impfen lassen können. Dabei wird es wichtig sein, dass wir zur einer klaren Erkenntnis kommen. Bush, Clinton, Obama und Biden haben kürzlich erklärt, dass sie sich öffentlich impfen lassen werden. Damit wollen sie deutlich machen, dass sie Vertrauen in Forschung und Medizin haben und vor allem auch Vertrauen und Zuversicht in den Impfstoff.

Ich wünsche mir auch von uns ein klares Bekenntnis, wenn wir nach den Empfehlungen der STIKO an der Reihe sind, wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch. Ich bin fest davon überzeugt, dass

das noch mehr Vertrauen in der Bevölkerung schafft.

Der Impfstoff ist unser schärfstes Schwert gegen das Virus. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Schwert durch einen Sturm von Fake News und Gerüchten stumpf wird. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung. Lassen Sie uns die Kampagne gemeinsam zum Erfolg führen! - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir die nächsten Monate des folgenden Jahres nicht immer wieder über Lockdown und Lockup sprechen wollen, müssen wir uns überlegen, wie es gehen kann, dass wir mehr Freiheiten bekommen. Impfungen sind ein zentraler Baustein in der Bekämpfung der Coronapandemie. Ich freue mich und kann mich dem Dank nur anschließen, dass es die Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, Forscherinnen und Forscher in einem monatelangen Kampf ermöglicht haben, dass schon jetzt ein Impfstoff zur Verfügung steht. Das ist großartig. Ich freue mich riesig darüber.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von Ihnen werden eine kleine Narbe am linken Oberarm haben. Sie haben wahrscheinlich lange gar nicht drüber nachgedacht. Sie hat Ihnen aber vielleicht das Leben gerettet. Das macht es bei Impfungen so kompliziert: Wenn es gut verläuft, ist es selbstverständlich, und wir denken nicht darüber nach. Die Möglichkeit, dass es nicht gut verläuft, schürt aber ganz stark Ängste und Sorgen. Die müssen wir ernst nehmen. Das respektiere ich auch.

Aber überlegen Sie einmal: Vor Jahren gab es noch eine Kinderlähmung. Die Polio-Impfung kennen viele von Ihnen noch. Überlegen Sie mal, was es für unsere Gesellschaft bedeutet hat, als es noch keine Pockenimpfung gegeben hat. Denken Sie auch einmal darüber nach, was es global bedeutet. In vielen anderen Ländern würden die Menschen sich freuen, wenn sie Zugang zu Impfstoff hätten. Ich finde es gut und richtig, dass versucht wird, bei diesem Vi-

(Dr. Marret Bohn)

rus, der ja nicht vor Landesgrenzen und internationalen Grenzen Halt macht, zu versuchen, in einem großen Akt der Solidarität, in einem großen Kraftakt, überall Impfstoff zur Verfügung zu stellen. Es ist richtig und gut, dass wir uns daran beteiligen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Der Impfstoff selbst ist schon an 40.000 Personen verimpft worden. Natürlich sind das in der Regel nicht diejenigen, die einer Risikogruppe angehören. Das ist klar, weil natürlich zunächst einmal gesehen werden muss, wie der Impfstoff funktioniert. Es ist auch klar, dass wir einen Impfstoff brauchen, der so sicher und wirksam wie möglich, gut getestet und jetzt - wie wir in Großbritannien sehen - offiziell zugelassen ist.

Jeder einzelne Impfstoff, ob von BioNTech/Pfizer, Moderna oder AstraZeneca, ist eine Chance, die wir ergreifen sollten. Es wird im Moment mit Hochdruck daran gearbeitet, dass wir, ähnlich wie in Großbritannien, mit den Impfungen anfangen können.

Lieber Heiner Garg: Vielen Dank an das Ministerium und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an die Ärztinnen und Ärzte und das medizinische Personal, das sich freiwillig gemeldet hat. Einmal mehr zeigen wir in Schleswig-Holstein: Wenn es hart auf hart geht und der Wind richtig von vorne kommt, halten wir zusammen und kriegen das hin. Klasse, vielen Dank dafür!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Eine persönliche Anmerkung im Namen meiner ganzen Verwandtschaft und meiner Freunde: Vielen Dank, dass es mit den mobilen Impfzentren für die Inseln und Halligen klappt. - Foole tunk deerfor!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist klar: Die zur Verfügung stehenden Impfdosen werden am Anfang nicht reichen. Wir unterhalten uns jetzt in verschiedenen Runden viel über Kritik am Impfstoff. Ich glaube, dass es umgekehrt sein wird: Es wird ganz viele Menschen geben, die sich so schnell wie möglich impfen lassen wollen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Das finde ich gut, denn sie schützen sich, und sie schützen andere.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz wichtig, dass im Bericht der Ständigen Impfkommission beim Robert-Koch-Institut Prioritäten gesetzt werden. Es ist doch klar: Wenn der Impfstoff nicht gleich für alle da ist, muss erst einmal der Reihe nach geguckt werden, wer diesen Impfstoff am dringendsten braucht. Die Risikogruppen sollen zuerst geimpft werden, das hat die Kollegin Katja Rathje-Hoffmann schon gesagt, und das medizinische und pflegerische Personal, das zu Covid-19-Patienten Kontakt hat. Das ist auch richtig. Es nützt ja nichts, am Anfang der Pandemie zu klatschen. Wir müssen ihnen nicht nur Schutzausrüstung geben, sondern sie auch mit einer Impfung schützen, die zur Verfügung gestellt wird. Ich bin mir ganz sicher, dass in diesem Bereich die Akzeptanz sehr groß sein wird.

Eines ist mir noch ganz wichtig: Die Impfung ist freiwillig. Sie ist freiwillig! Das ist für die Akzeptanz nach meiner festen Überzeugung sehr wichtig, dass wir alle immer wieder darauf hinweisen: Die Impfung ist freiwillig.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann auch verstehen, dass es Sorge vor Impfreaktionen gibt. Bei den Impfreaktionen ist es in der Regel aber so, dass sie für ein oder zwei Tage unangenehm sind, dann aber weg sind. Was nicht weg ist, sind die Spätfolgen von Covid-19. Gucken Sie sich die Berichte der Patientinnen und Patienten an, die Covid-19 überleben, mit welchen Spätfolgen diese Patientinnen und Patienten zu kämpfen haben. Da kann ich aufgrund meines beruflichen Hintergrundes als Ärztin nur raten: Legen Sie das in eine Waagschale, auf der einen Seite: „Was kann ich für mich und andere gewinnen?“ und auf der anderen Seite: „Welches Risiko gehe ich damit ein?“ - Ich glaube, die Waagschale wird sich ganz deutlich für das Impfen aussprechen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt das Wort.

(Lukas Kilian [CDU]: Wird der nicht heiser?)

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hallo, Lukas Kilian: Ich mache nicht alle Tagesordnungspunkte, keine Sorge, und werde die Redezeit auch nicht komplett brauchen.

(Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Ich möchte dem Minister ganz herzlich für seinen Bericht zur Impfstrategie danken.

(Beifall FDP)

Wir hatten darum gebeten, diesen Bericht prominent in dieser Sitzung zu geben. Es ist wichtig, dass wir in dieser Phase bei allen Gelegenheiten über dieses Thema sprechen. Ich habe großes Verständnis für die Zeitüberziehung, Herr Minister - heute mehr denn je. Ich muss auch deutlich sagen: Es ist im Ältestenrat nicht an der Landesregierung gescheitert, dass wir nicht mehr Redezeit eingeplant haben. Es war absolut angemessen, und als Mitglied des Ältestenrates unterstütze ich es sehr, dass Sie lange und ausführlich dazu gesprochen haben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Besonders dankbar bin ich, dass wir in Schleswig-Holstein auf die bevorstehende Zulassung des Impfstoffes, die ja offenbar Ende Dezember 2020 ansteht, sehr gut vorbereitet sind. Es wurden sehr frühzeitig die benötigten Kühlgeräte und weiteres Material bestellt, die 29 Impfzentren im Land sind ebenfalls frühzeitig geplant und sehr schnell aufgebaut worden. In Schalten mit Länderkollegen habe ich festgestellt: Als wir hier darüber schon gesprochen hatten, hatten die das Thema noch gar nicht berührt. Das zeigt wieder, dass Schleswig-Holstein sehr schnell war.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist an dieser Stelle auch wichtig, ganz besonders den Kommunen zu danken, der Kassenärztlichen Vereinigung, unserer Bundeswehr und den vielen Freiwilligen, die sich bereits gemeldet hatten. Die Zahlen, die Heiner Garg genannt hat, sind wirklich beeindruckend. Viele Menschen, die der Materie nahestehen, sind offenbar überzeugt, dass sie sich einsetzen müssen, und melden sich freiwillig. Ich halte das wirklich für beeindruckend und hätte es mir vor wenigen Wochen noch nicht vorstellen können. Ganz herzlichen Dank für diese hohe Bereitschaft!

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Serpil Midyatli [SPD])

Es gibt auch viele Ehrenamtler, die sich - wieder einmal - hier einbringen, vor allem vom Technischen Hilfswerk, das bei der Einrichtung vielerorts eine große Hilfe war. Es hätte wenig Verständnis dafür gegeben, wenn die Kreise erst irgendwelche Ausschreibungen machen müssten, um beispielsweise diese Sichtschutzwände und anderes aufzubauen. Das haben viele THWler ehrenamtlich am Wochenende, binnen weniger Tage gemacht. Sie haben Sachen und Material eingekauft und aufgebaut. Im Lauenburgischen habe ich gehört, wie es gelaufen ist: Es ist wirklich beeindruckend, wie die Menschen binnen weniger Tage eine solche Leistung geschafft haben. Auch dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

In der Tat macht die Impfung sehr vielen Menschen große Hoffnung, dass wir die Pandemie irgendwann im kommenden Jahr - vielleicht eher Ende nächsten Jahres - in den Griff bekommen können und damit unsere gewohnte Freiheit und unsere Art zu leben zurückbekommen. Frau Midyatli hat es gesagt: Es gibt eigentlich keine bessere Möglichkeit. Wenn wir uns den Besteckkasten angucken, den die Menschheit derzeit zur Verfügung hat, dann gibt es keine bessere Möglichkeit, als die Pandemie über einen Impfstoff wieder in den Griff zu bekommen.

Auch ich gehöre zu den Menschen, die große Hoffnung in diesen Impfstoff setzen. Ich sage sehr deutlich: Ich habe mich schon dazu entschieden, dass ich mich impfen lassen werde, wenn ich an der Reihe bin.

Die Impfung muss in der Tat freiwillig bleiben. Ich hoffe sehr, dass viele Menschen die Möglichkeit der Impfung wahrnehmen werden. Die Kollegin Bohn hat es gesagt: In anderen Teilen der Erde würden die Menschen sich freuen, wenn sie eine solche Impfstoffverfügbarkeit wie in Deutschland hätten.

Es ist aber selbstverständlich immer eine Abwägungsfrage. Es gibt noch eine Reihe an offenen Fragen, wir haben es heute beim Bericht des Ministers gesehen. Es gibt sehr viele fachliche und logistische Fragen. Diese Fragen müssen schnellstmöglich und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet werden. Die schnelle Entwicklung der Impfstoffe ist eine herausragende Leistung. Wer das im Frühjahr so vorausgesagt hätte, wäre für verrückt erklärt worden. Das gehört zur Ehrlichkeit auch dazu.

Ich muss aber auch deutlich sagen: Meiner Meinung nach muss noch mehr erklärt werden. Was

(Christopher Vogt)

jetzt schon erklärt werden kann, muss erklärt werden. Was in den nächsten Wochen an Fragen beantwortet werden kann, muss so offen und klar beantwortet werden, wie es möglich ist.

(Beifall FDP)

Viele Menschen sagen: Wie kann es möglich sein, einen Impfstoff innerhalb von wenigen Monaten zu entwickeln, wo es bei anderen Krankheiten über Jahrzehnte nicht gelingt? Die Menschen sind auch nicht unbedingt vom Fach. Ich glaube, man muss es erklären. Beim gewählten Verfahren der Firma BioNTech - es gibt ja auch noch andere Impfstoffe, die vielleicht nicht eine ganz so hohe Wirksamkeit, aber durchaus auch eine Wirksamkeit haben - muss man ganz genau erläutern, warum es möglich war und dass es auch für andere Krankheiten ein Verfahren sein kann. Es hat hier gepasst. Das muss man in den Medien noch einmal deutlicher erklären - überall, wo es möglich ist -, damit da mehr Vertrauen aufgebaut werden kann. Vertrauen kann durch große Offenheit und Transparenz aufgebaut und vertieft werden. Schleswig-Holstein ist auch hier bisher vorbildlich. Es wurde früh darüber gesprochen.

Ich habe angesichts dieser schnellen Entwicklung großes Verständnis für die Skepsis vieler Menschen. Ich muss es deutlich sagen: Es ist am Ende immer eine persönliche Entscheidung. Ich meine nicht die Radikalen, die Corona sowieso leugnen und eh meinen, der Staat, das sei irgendwie alles ganz merkwürdig und dubios. Diese Verrückten meine ich nicht. Ich meine ganz normale Menschen, die einfach Sorgen haben, und diese Sorgen müssen wir ihnen nach Möglichkeit nehmen, und das sollten wir tun.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich lese auch immer mit großer Freude und Interesse die Erläuterungen des Kollegen Dr. Dolgner auf Facebook. Man muss natürlich an der Stelle auch festhalten: Es gibt einfach unendlich viele Menschen, denen man mit Statistiken und Daten nicht kommen kann. Das ist einfach so. Damit müssen wir umgehen. - Herr Dr. Dolgner, wenn es jemand schafft, dann Sie, aber wir müssen einfach damit umgehen, dass Statistiken und Daten viele Menschen nicht überzeugen. Wenn viele Menschen geimpft sind, wird das Vertrauen auch bei dieser Gruppe wachsen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Das hoffe ich zumindest.

Ich staune an der Stelle auch darüber - jeder Mensch ist halt anders -, dass es nicht wenige Menschen gibt, die wenig oder keine Angst vor einer Covid-19-Erkrankung haben, aber eine horrende Angst vor einer Impfung. Das geht für mich persönlich in meinem Kopf nicht ganz zusammen, aber das muss man trotzdem ernst nehmen. Fake News, die schon jetzt massiv verbreitet werden - übrigens schon, bevor der Impfstoff entwickelt war, das ist auch erstaunlich -, müssen wir massiv auf allen Ebenen entgegentreten.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sprechen auch über eine ganz wichtige ethische Frage, nämlich über die Priorisierung bei der Verteilung des Impfstoffes. Das muss jetzt zügig geklärt werden, der Minister hat es ausgeführt. Für mich steht außer Frage, dass vor allem die besonders verletzlichen Gruppen Vorrang haben müssen. Ich glaube, da gibt es auch einen breiten Konsens. Hinzukommen müssen vor allem medizinisches und pflegerisches Personal, aber absehbar auch andere Menschen, die aus meiner Sicht in der Gesellschaft an der Front stehen. Das sind zum Beispiel Polizisten und Feuerwehrleute. Auch die müssen sinnvoll eingereiht werden. Das sollte man an dieser Stelle auch deutlich machen. Das ist nicht so einfach angesichts der Millionen auch älterer Menschen, die wir in Deutschland haben. Aber ich glaube, es muss trotzdem beachtet werden, dass das sinnvoll eingereiht wird.

Eine besondere logistische Herausforderung - der Minister hat es angedeutet - ist die Impfung der sehr vielen Menschen, die zu Hause gepflegt werden, die also nicht ins Impfzentrum kommen können und die nicht im Pflegeheim geimpft werden können. Das hat natürlich mit der notwendigen Kühlung des Impfstoffes zu tun. Übrigens gibt es auch da schon gute Nachrichten. Der BioNTech-Gründer hat auch gesagt, dass sie schon an einer zweiten Generation arbeiten, die aber erst in einigen Monaten verfügbar sein wird, wo man die Kühlung nicht braucht. Das würde natürlich viele logistische Herausforderungen deutlich kleiner machen.

Es deutet bisher alles darauf hin, dass Nebenwirkungen sehr überschaubar sein werden. 100-prozentige Garantien kann aber niemand geben. Deshalb wird man alles genau beobachten müssen. Ich finde es auch wichtig, dass in den Impfbetrieben stets eine Aufklärung stattfinden wird. Eine spannende Frage wird dabei zum Beispiel auch die Dauer der Immunität sein, was natürlich für notwendige Nachimpfungen entscheidend ist. Da ist die Frage:

(Christopher Vogt)

Ist es ein Jahr, sind das fünf Jahre und so weiter. Diese Fragen werden noch zu beantworten sein.

Abschließend möchte ich sagen: Wichtig ist mir auch, dass die Impfstoffe international angemessen verteilt werden. Im vereinten Europa und einer globalvernetzten Welt darf es keinen Impfnationalismus - so nenne ich es einmal - geben. Das ist natürlich schwierig, aber ich glaube, man muss damit umgehen, dass es fair verteilt wird. Wir können meiner Meinung nach auch ein bisschen stolz darauf sein, dass der erste bei uns wohl zugelassene Impfstoff in Deutschland entwickelt wurde - das ist eine gute Nachricht -, übrigens von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Da sei nur am Rande erwähnt, aber auch das sollte man an der Stelle einmal beachten, weil viele Debatten in andere Richtungen gehen. Auch das sollte man bemerken und anerkennen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD und SSW)

Wir sollten das Impfen weiterhin konzentriert vorbereiten, offen und respektvoll darüber kommunizieren und dabei auch keine unnötige Zeit verlieren, dann werden wir diese Krise hoffentlich bald hinter uns lassen. Lassen Sie uns auch an der Stelle zusammenhalten, dann wird das ein gutes Ende nehmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung für die Einrichtung dezentraler Impfzentren in Schleswig-Holstein halte ich für überzeugend. Die Wege werden auf diese Weise verkürzt, und die Impfung kann vor Ort stattfinden. In Flensburg ist man zum Beispiel schon ganz gut davor. Das Gelände in Mürwik wird derzeit entsprechend ertüchtigt. Die Stadt Flensburg hat der Ratsversammlung die Arbeitsweise des Flensburger Impfzentrums erläutert. Danach ist geplant, an sieben Tagen der Woche entlang von vier Linien circa 300 Menschen täglich zu impfen, sodass nach einem halben Jahr und der zweiten Impfung schätzungsweise 27.000 Personen über einen effektiven Impfschutz verfügen. Erst dann können wir auch in Flensburg etwas aufatmen und allmählich daran denken, das gewohnte Leben wiederaufzunehmen.

Während die technische Vorbereitung der Impflinien, der Abläufe und der Logistik weitestgehend im Zeitplan liegen, gibt es mit Stand heute noch keine abschließende Empfehlung der Impfkommision. Bei der Covid-19-Impfung ist die gerechte Verteilung der Impfstoffe aber zum anderen besonders wichtig. Zum einen sind die Impfstoffmengen begrenzt, aber eben auch die Infrastruktur. Darum müssen wir nachvollziehbare Kriterien entwickeln, die zur bestmöglichen Vermeidung von schweren Erkrankungen und Todesfällen beitragen: In welcher Bevölkerungsgruppe ist der Nutzen der Impfung am höchsten? Wie können alters- und berufsspezifische Risiken abgewogen werden? Und zuletzt die Frage: Welche Risikogruppen zeigen einen schweren Verlauf von Covid-19 und müssen deswegen vorrangig geimpft werden? Diesen ethischen Fragen müssen wir uns auch als Politik stellen.

Ich verhehle nicht, dass ich die Menschen in Alten- und Pflegeheimen sowie die dort Beschäftigten zuerst geimpft sehen möchte, weil nur so die soziale Isolierung in den Heimen endlich aufgehoben werden kann. Menschen mit vielen Kontakten, zum Beispiel in Krankenhäusern oder aber auch im Rettungsdienst oder in Kitas, sollten ebenfalls vorrangig geimpft und damit geschützt werden. Die Ständige Impfkommision wird gemeinsam mit anderen Institutionen alle Daten bewerten und darauf basierende Empfehlungen sehr kurzfristig vorlegen. Derzeit liegt ein Entwurf vor, der noch in Abstimmung beziehungsweise im Stellungnahmeverfahren ist. Wir können aber wohl noch in diesem Jahr mit einer entsprechenden Priorisierung rechnen.

Warum ist das so wichtig? - Wir dürfen bei aller Euphorie über die blitzschnelle Entwicklung des Impfstoffes nicht vergessen, dass in den letzten Jahren eine ernstzunehmende Impfskepsis gewachsen ist. Viele Eltern lassen sich von ominösen Warnungen verunsichern und verweigern die Impfung ihrer Kinder auch gegen Röteln, Masern und Mumps. Sie wollen diesen die angeblich schlimmen Impffolgen ersparen. Was sie aber tatsächlich tun, ist, das Aufblühen eigentlich ausgerotteter Krankheiten zu schüren.

(Beifall Lars Harms [SSW], Birte Pauls [SPD], Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennys Bornhöft [FDP])

Diese Angst wegen der Nebenwirkungen müssen wir deswegen offen ansprechen, gerade bei Covid-19.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Richtig!)

(Christian Dirschauer)

Die Impfstoffproduzenten BioNTech und Pfizer geben zwar an, dass sie bei ihren Tests praktisch keine ernstesten Nebenwirkungen bis auf Müdigkeit und Kopfschmerzen feststellen konnten, die Langzeitfolgen sind aber angesichts der kurzen Zeit noch unerforscht. Die Forschungen stehen erst noch an, und zwar weltweit an immerhin 150 Orten. Allerdings können auch heute schon erste Rückschlüsse aus Forschungen in der Vergangenheit gezogen werden.

Bis dahin müssen die Menschen vertrauen, und die allermeisten Menschen machen das. Das ist gut so. Auch ich vertraue. Genau das könnte aber auch zur Herausforderung werden. Ich gehe davon aus, dass wir an den Impfböden Demonstrationen von Menschen zu erwarten haben, die auch in Zeiten von Abstandsgebot und Kontaktbeschränkung gegen die Maßnahmen demonstriert haben. Das haben sie in vielen Orten getan - Menschen, die sich in den letzten Monaten in noch nie gesehener Weise unglaublich schnell radikalisiert haben. Ein einziger Klick in die sozialen Medien, und man trifft auf eine Person, die gegen Corona wettert und hinter der Krankheit eine globale Verschwörung vermutet.

Wie gehen wir mit diesen Personen um? - Wir werden die Impfböden schützen müssen. Wir werden die Impfungen und das Gesundheitspersonal schützen müssen. Die Publizistin Katharina Nocun hat am Wochenende noch einmal auf das Gewaltpotenzial der verschwörungsideologischen Milieus hingewiesen. Wir müssen das ernst nehmen und einen effektiven Schutz organisieren. Am besten denken wir das auch von Anfang an mit, bevor die ersten Demos stattfinden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für den Bericht zur Impfstrategie. Es ist aus meiner Sicht eine stellenweise doch eher theoretische Betrachtung, denn die zu erwartende Praxis stößt an zwei Stellen auf die Wirklichkeit.

Zum einen sind zum erwarteten Impfstoff noch wirklich viele Fragen offen. Das haben auch Vordredner hier schon angesprochen. Viele Fragen sind

unbeantwortet. Das wird ein Problem werden. Auch wenn die Zulassungen im Schnellverfahren nach und nach Wirklichkeit werden - wie aktuell in Russland oder auch in Großbritannien; zu erwarten auch in der EU -, so kann doch derzeit niemand mit Sicherheit sagen, ob und wie ein beispielsweise auf mRNA-Basis erstellter Impfstoff wirklich wirken wird, wie lange er wirksam bleibt und welche Folgen diese Impfung haben kann.

Erste Studien werden in der Öffentlichkeit mit 90 % bis 95 % Wirkung vorgestellt. Dabei wird außer Acht gelassen, dass diese Studien den Wirkungsgrad anders berechnen, als die veröffentlichten Daten die Bevölkerung vermuten lassen. Infektionsraten werden vermutlich zu vermindern sein, Krankheitsverläufe möglicherweise nicht. - Auch hier viele Fragen offen.

Eine Immunisierung wird für die Dauer von drei bis sechs Monaten erwartet, so beispielsweise die Angabe für den Moderna-Impfstoff. Andere sprechen von bis zu einem Jahr; wir hörten vorhin: fünf Jahre. Auch diese Frage wird nicht beantwortet. Es stellt sich dann die Folgefrage: Was folgt nach dem Ende der Immunisierung?

(Beate Raudies [SPD]: Neu impfen!)

Sind das dann weitere Impfungen mit demselben Impfstoff?

Da ist sie dann, die Erkenntnis, dass man zwar Entwicklung und Forschung parallel betreiben und so erheblich beschleunigen kann - das war in der Tat eine wirklich respektable Leistung, die die Unternehmen erbracht haben -, aber sie können eben nicht die Ergebnisse von dringend erforderlichen Langzeitstudien verkürzen. Die Auskunft über frühe oder späte Folgen einer Impfung sind hier zu klären und haben hier zu erfolgen. Deshalb stelle ich mich hier auch sehr, sehr kritisch zu dieser ganzen Frage der Impfung.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Denn es besteht - das ist ja nicht nur meine Befürchtung - auch aus wissenschaftlichen Kreisen die Befürchtung, dass hier das größte Humanexperiment der modernen Geschichte betrieben wird. Das ist die Titelzeile eines Fachmagazins.

(Beate Raudies [SPD]: Wir können auch zusehen, wie jeden Tag Hunderte Leute sterben!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

Claus Schaffer [AfD]:

Nein, ich möchte jetzt gern meinen Beitrag weiter fortsetzen. - Die Fachzeitung „Der Arzneimittelbrief“ kritisiert ganz konkret - hier zitiere ich mit Ihrer Erlaubnis -:

„Durch die Verkürzung üblicher Beobachtungszeiträume erhöht sich das Risiko, dass Nebenwirkungen während der klinischen Prüfung unerkannt bleiben.“

Und weiter:

„Auch wird ein sehr wichtiger Wirksamkeitsendpunkt der Impfstoffe, die ‚sterile Immunität‘, in den laufenden Studien kaum berücksichtigt. Würde durch eine Impfung eine anhaltende sterile Immunität erreicht – die ideale Wirkung einer Impfung –, könnten Infektionsketten unterbrochen werden. Die bisher publizierten Ergebnisse der laufenden Impfstudien lassen das aber kaum erwarten.“

Dann sind wir damit tatsächlich auch schon beim zweiten Aspekt der Wirklichkeit. Denn die Menschen sehen das, und sie vertrauen dem Impfstoff aktuell noch nicht. Das ist ein wirkliches Problem.

(Beate Raudies [SPD]: Da helfen Sie ja gerade auch wirklich weiter!)

Die Akzeptanz eines Impfstoffes lässt sich eben nicht herstellen, wenn man einen Impfstoff, seine Wirksamkeit und die Folgen für die Gesundheit nicht wirklich kennt. Wir würden uns ja wünschen, dass es einen Impfstoff gibt, der uns von dieser Coronapandemie erlöst.

Frau Dr. Bohn, Sie haben vorhin die Waagschale genannt. Sie wissen nicht, was Sie in die eine Seite der Waagschale werfen. Sie haben auf der anderen Seite Folgewirkungen von Corona, von Covid-19-Erkrankungen, aber Sie wissen nicht, was in der anderen Waagschale ist.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Herrn Wieler aus dem RKI - mit Ihrer Erlaubnis -:

„Also, wir gehen alle davon aus, dass im nächsten Jahr Impfstoffe zugelassen werden. Wir wissen nicht genau, wie die wirken, wie gut die wirken, was die bewirken, aber ich bin sehr optimistisch, dass es Impfstoffe gibt.“

Ja. - Meine Damen und Herren, diesen Optimismus teile ich leider nicht. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Unter einer Strategie versteht man gemeinhin eine umfassende längerfristige Maßnahmenkombination zur Erreichung bestimmter Ziele. Das, was soeben als Umsetzung der Impfstrategie vorgetragen worden ist, wird dieser Definition nicht gerecht. Denn es kann ja wohl nicht darum gehen, vorrangig Informationen über Formalien zu bekommen, wenn andere Fragen nur ansatzweise oder nicht einmal ansatzweise berührt werden. Und zwar geht es um die Fragen, welches Ziel denn genau durch die Massenimpfung erreicht werden soll, zweitens, ob die Impfungen sicher und wirksam sind, und drittens um die Frage: Wie wird sichergestellt, dass aus dem Impfangebot nicht quasi eine Impfpflicht, also ein Impfwang, wird?

(Beate Raudies [SPD]: Mein Gott!)

Ich habe gerade erfahren, dass meine Redezeit kürzer ist als ich dachte. Deshalb werde ich mich auf diesen dritten Punkt beschränken.

Es ist angeklungen, dass die Begründung für die Lockdown-Maßnahmen stets die war, dass man gesagt hat: Ansonsten wird das Gesundheitssystem überfordert werden. Das Gesundheitssystem ist aber durch Covid-19 nicht überfordert worden. Sie alle kennen die Zahlen über die belegten Intensivbetten und die freien Kapazitäten, die wir noch haben. Davon konnte gar keine Rede sein. Wenn jetzt wieder mit der gleichen Begründung argumentiert wird: Wir brauchen eine Massenimpfung, weil das Gesundheitssystem sonst überfordert wird, dann ruft das selbstverständlich in weiten Teilen der Bevölkerung Skepsis hervor.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Zu der Frage der Wirkung des Impfstoffes möchte ich den Vorsitzenden der Deutschen Arzneimittelkommission, Wolf-Dieter Ludwig, zitieren: Bei allem, was wir derzeit wissen, finde ich einen solchen Satz unüberlegt - und er bezog sich auf Frau Karliczek, die sagte, man müsse sich keine Sorgen machen -, die Langzeitnebenwirkung kann heute na-

(Dr. Frank Brodehl)

turgemäß niemand beurteilen. Alles, was uns vorliegt, sind Pressemitteilungen der Hersteller. Das erlebe ich zum ersten Mal in den vielen, vielen Jahren, in denen ich klinische Studien zu Arzneimitteln bewerte. - Haben Sie gehört, was dieser Mann sagt? Er sagt, alles was vorliegt, sind Pressemitteilungen der Impfstoffhersteller. Das ist einfach nicht zu akzeptieren. Da kann ich die Skepsis der Bevölkerung verstehen.

Meine Damen und Herren, es sollte uns aufrütteln, wenn die von mir gestellten Fragen in den Berichten zur Impfstrategie vollkommen unberührt bleiben. Vielleicht befürchtet man ja, dass die Impfbereitschaft der Bevölkerung zurückgehen könnte. Machen wir uns nicht vor: Ein Großteil derer - es klang bereits an, es sind etwa 60 % der Bevölkerung -, die sich impfen lassen wollen, tun das nicht nur aus Sorge vor Corona, sondern aus Sorge davor, ausgegrenzt zu werden, aus Sorge davor, ihre persönlichen Freiheiten zu verlieren oder aus Sorge davor, als unsolidarisch gebrandmarkt zu werden.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, haben Sie die Redezeit im Blick!

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Ich komme zu meinem letzten Satz. - Wenn wir heute so tun, als existierte diese Fragestellung nicht, dann nimmt man eine Zweiklassengesellschaft in der Medizin in Kauf, man forciert sie sogar: Privilegien für Geimpfte, Einschränkungen für nicht Geimpfte.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vorüber.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Das ist eine unvorstellbare Vorstellung. - Danke sehr.

(Beate Raudies [SPD]: Märchenstunde! - Zuruf CDU: Märchen enden aber meist gut!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort auf den Blödsinn, den

die AfD hier eben wieder produziert hat, überlasse ich herzlich gern anschließend dem Kollegen Kai Dolgner.

Ich habe noch einmal einen ganz anderen Aspekt. Der Impfstoff hat nämlich nicht nur eine gesundheitliche Bedeutung, sondern eben auch soziale Komponenten. Der Impfstoff ist der Schlüssel, der die Türen wieder öffnen kann.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Corona hat unfassbar viele Menschen einsam gemacht. Viel zu viele ältere Menschen isolieren sich vor Angst zu Hause. Sie haben kaum Kontakte, machen nur kurz Besorgungen. Aber die Treffen mit Freunden im Singkreis, in der Handarbeitsgruppe, beim Sport, in der Kirchengemeinde, in der Kultur und in den Parteien - alles das ist seit März ausgefallen.

Der Impfstoff öffnet auch die Türen der Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe wieder. Was wir den Bewohnerinnen und Bewohnern im Frühjahr zugemutet haben, darf sich nicht wiederholen.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Insassen zu isolieren, den Zugehörigen den Besuch zu verweigern, hat sehr viel Leid auf beiden Seiten ausgelöst. Für die demenziell Erkrankten und ihre Angehörigen war es eine besondere Herausforderung. Das Vergessen von Gesichtern wurde beschleunigt.

Der Impfstoff öffnet auch die Haustüren derer, die Zuhause pflegen und gepflegt werden. Manche haben die Besuche von ambulanten Diensten in dieser Zeit aus Angst vor Infektionen schlichtweg abgelehnt. Welche zusätzliche Belastung das mit sich bringt, ist kaum ersessbar.

Nicht zuletzt öffnet der Impfstoff auch die Türen der beruflich Pflegenden. Sie haben in diesen Monaten unfassbar viel geleistet. Sie haben neben der ohnehin hohen Arbeitsbelastung in den Einrichtungen zusätzlich den Besuch kompensieren müssen, Besuche organisieren müssen. Jetzt müssen sie auch noch Schnelltests machen. Das alles geht von der eigentlichen Arbeitszeit weg. Es betrifft in gleichem Maße die Arbeit in den Krankenhäusern.

Die psychische Belastung, die die Pflegenden ertragen mussten, wenn die Angehörigen die Pflegenden in schweren Stunden nicht begleiten dürfen, ist ebenfalls nicht zu ermessen. Dies muss aber liegenbleiben, weil man es einfach nicht mehr schafft.

(Birte Pauls)

Über all dem schwebt immer die ständige Angst, sich selber zu infizieren oder eine symptomfreie Infektion in die Einrichtung zu bringen - und das über Monate, zu jeder einzelnen Schicht.

Es gibt viele im Gesundheitsbereich Tätige, die sich in den letzten Monaten in eine Art Tunnelquarantäne versetzt haben: der Weg zur Arbeit, nach Hause und umgekehrt.

Alle - das gilt auch für alle anderen im Gesundheitsbereich Tätigen -, Ärzte, Rettungsdienste, MTAs, Therapeuten und so weiter, die seit März unter diesem enormen Druck stehen, verdienen weitaus mehr als warme Worte und Bonuszahlungen, die noch nicht einmal überall angekommen sind. Für sie alle ist diese Impfung der Schlüssel für mehr Entlastung.

Das Ganze hat auch sehr viel mit Solidarität zu tun. Für Egoismus, der hier von dieser Seite geprägt wird, ist kein Platz mehr. - Danke schön.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD] unterhält sich mit Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

- Der Herr Abgeordnete Dr. Dolgner übernimmt jetzt die Restredezeit der SPD-Fraktion von 7 Minuten 15 Sekunden.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die 15 Sekunden sind hier auf der Uhr vergessen!)

- Die stehen da nicht, aber das rechnen wir aus. - Danke.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist genau das Typische: Man nimmt aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, teilweise Monate alt,

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Vor drei Tagen!)

und tut so, als sei es der derzeitige Zustand.

Keine Zulassungsbehörde, schon gar nicht die amerikanische Zulassungsbehörde - das stellt man fest, sieht man sich das dortige Verbraucherschutzgesetz an -, macht eine Zulassung aufgrund von Pressemit-

teilungen. Das ist Quatsch, und das wissen Sie auch.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Also bleibt als einzige Erklärung opportunistische Propaganda.

Das gilt übrigens auch für diejenigen, die sagen: Ich mache mir aber so viel Sorgen, dass Leute Angst haben. - Damit schürt man selber die Angst.

Das ist so, als ginge man mit einer Fackel zum Benzinlager und fragt: Oh, warum hält mich jetzt keiner auf?

(Heiterkeit)

Genau das ist es. Es wird kein Licht hineingebracht, sondern Sie schüren Angst und verdunkeln.

Herr Kollege Vogt - er kann mir jetzt leider nicht zuhören -, ja, es ist ein großes Problem, dass Mathematik nicht dasselbe Standing wie Deutsch hat. Keiner würde damit kokettieren, nicht Lesen und Schreiben zu können. Aber Mathe nicht zu verstehen, damit kokettiert diese Gesellschaft, und zwar seit Jahrhunderten. Das fällt uns auf die Füße, und zwar nicht nur bei Corona, sondern auch bei all den Trickbetrügereien und so weiter. Nähme man einmal einen Taschenrechner in die Hand und bediente ihn, würden fast alle Anlagebetrüger arbeitslos.

(Heiterkeit)

Es geht hier aber nicht um Anlagebetrug, sondern es geht im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod.

Ich versuche einmal an einem Beispiel, die Sinnhaftigkeit von Impfungen deutlich zu machen. Stellen Sie sich 200.000 Menschen vor, die Sie in zwei Gruppen einteilen, 100.000 auf der einen Seite und 100.000 auf der anderen Seite. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die geimpft werden. Was passiert nach heutigem Erkenntnisstand? - Es gibt etwa 5.000, bei denen die Impfung nicht die gewünschte Wirkung hat. Bei einer Maximalausbreitung von Corona von 70 % werden von den 100.000 3.500 Corona bekommen, und bei der sehr niedrig - sehr niedrig! - angesetzten Sterberate von 0,3 % werden von diesen 100.000 Menschen leider 7.000 Menschen sterben müssen.

(Zurufe)

- Entschuldigung: sieben, nicht 7.000! Sieben müssen sterben.

(Dr. Kai Dolgner)

Also, von den 100.000 müssten statistisch maximal sieben sterben, wenn man davon ausgeht, dass die Impfung komplett versagt und den Krankheitsverlauf nicht abmildert. Nach den Studien hat es keinen einzigen Toten auf der geimpften Seite gegeben. Aber ich rechne großzügig.

Jetzt kommen wir zu den anderen 100.000. Davon bekommen 70.000 Corona. Bei einer Todesrate von 0,3 % - sehr niedrig gerechnet; die haben ja keine Impfung - gibt es 210 Tote. Nebenbei gibt es übrigens 3.500 mit langfristigen Nebenwirkungen, wenn man dafür 5 % ansetzt.

Jetzt frage ich jeden vernünftigen Menschen, wenn er sich entscheiden kann, was er tun würde: Stellen Sie sich entweder in die eine Gruppe, von der Sie wissen, dass sieben Menschen sterben werden, oder in die andere Gruppe, von der Sie genau wissen, dass mindestens 210 sterben werden und mindestens 3.500 schwere Langzeitschäden haben werden?

Dann kommt die AfD an und sagt: Aha, was ist denn mit dem Impfrisiko? Das haben Sie gar nicht berechnet.

Dann kommen wir jetzt einmal zum Impfrisiko. Natürlich - das ist bei jedem neuen Medikament so - können Sie Abschätzungen über Langzeitfolgen nur aus der Vergangenheit schließen. Berücksichtigt man Langzeitfolgen, rate ich dazu, überhaupt kein Medikament zu nehmen, das in den letzten 20 Jahren zugelassen wurde. Für die gibt es nämlich auch keine Langzeitstudien - außer, Sie hätten eine Zeitmaschine.

Wir haben bei normalen Impfungen nicht tödliche Impfschäden von ungefähr 1:1.000.000 - abnehmend, weil wir viel schonendere Impfstoffe haben. Wir haben keine Lebendimpfungen mehr und so weiter. RNA ist das Schonendste, was man überhaupt machen kann.

(Claus Schaffer [AfD]: Deshalb gibt es schon so viele Zulassungen!)

- Die sind übrigens alle mit der gleichen Zahl der Probanden nach Phase 3 zugelassen worden.

(Claus Schaffer [AfD]: Ich denke, es gibt keine Zulassungen!)

Ich versuche trotzdem, Sie weiter mitzunehmen. - Die schlimmsten Nebenwirkungen, die wir bei einem Impfstoff in den letzten 20 Jahren hatten, waren die beim Schweinegrippe-Impfstoff, bei dem man bei einer Quote von 1:100.000 die Schlafkrankheit vermutet. Das Problem ist: Wenn Sie den

Virus bekommen - es handelt sich um das gleiche Protein -, bekommen Sie die gleiche Schlafkrankheit. Aber ich lasse mich gern auf einen Faktor von 1:100.000 ein - kein Thema.

Jetzt kommt die große Entscheidung bei der Annahme, dieser Impfstoff hat Nebenwirkungen von 1:100.000. Ich lasse mich sogar auf 1:10.000 herunterhandeln. Wir haben schon 40.000 Probanden.

Jetzt machen wir die Ergänzung. Sie haben also die Auswahl, Sie gehen in die Gruppe mit den sieben Toten und zehn Menschen mit langfristigen Nebenwirkungen durch die Impfung oder Sie nehmen die Gruppe mit 210 Toten und 350 langfristigen Nebenwirkungen.

Das ist ziemlich einfach und eindeutig. Das nennt sich Risikoabschätzung, wie Sie das immer machen. Wenn Sie morgens ins Auto steigen, haben Sie eine große Todesgefahr, zumindest eine viel größere, als Sie durch jede Impfung erreichen können. Wenn Sie hier im Landeshaus die Treppe statt des Paternosters nehmen, steigern Sie Ihre Todesgefahr - schlicht und ergreifend. Ganz viele Menschen sterben jedes Jahr auf der Treppe, keiner im Paternoster.

(Heiterkeit)

Sie sehen schon, wie es läuft. Die persönliche Angst kann man nur überwinden, indem man die Menschen über die tatsächlichen Risiken aufklärt. Ich kann jedem Angst machen. Ja, ich habe Respekt davor, wenn Menschen wirklich Angst haben. Ich habe Respekt davor, wenn Menschen Flugangst haben. Dann muss man ihnen zeigen, dass der Weg zum Flughafen das Gefährlichste ist, um ihnen zu helfen, die Angst zu überwinden.

Aber es kann doch keine Lösung sein, den Menschen noch mehr Angst zu machen. Und es kann bestimmt keine Lösung bei einer Epidemie sein, die inzwischen an jedem Tag in Deutschland so viele Tote fordert wie zwei Flugzeugabstürze. Das sind die weiteren Fakten. Deshalb glaube ich: Wenn man das alles nachverfolgt und vielleicht noch etwas anders erklären kann, dann ist die Entscheidung - sieben Tote auf der einen Seite und 210 Tote auf der anderen Seite - relativ einfach.

Was wir aber natürlich nicht machen dürfen, ist zu sagen, es gibt überhaupt kein Risiko bei dieser Impfung. Das hat auch gar keiner behauptet. Das ist ein Pappkamerad, der immer aufgestellt wird.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Kai Dolgner)

Ich sage Ihnen aber eines: Bei jeder OP mit einer Vollnarkose haben Sie eine Chance von 1:30.000, dabei zu sterben. Bei jeder Hüft-OP haben Sie eine Chance von 1:300, daran zu sterben. Übrigens, zum Thema nicht zugelassene Medikamente: Ganz viele Medikamente auf dem deutschen Markt haben nie diese ganzen Testungen durchlaufen. Das wissen Sie wahrscheinlich gar nicht, denn sie sind in einer Zeit zugelassen worden, in der es noch gar keine Zulassungsverfahren gab. Die haben Nebenwirkungen in Bereichen, über die wir jetzt gar nicht reden wollen.

Damit haben Sie keine Probleme, aber eine Impfung, durchgeführt nach modernsten wissenschaftlichen Erkenntnissen mit einer entsprechenden Probandenanzahl, die andere Impfungen nicht hatten, zu verweigern, ist entweder Unwissenheit, oder Sie versuchen, hier Ihr Süppchen zu kochen. Die Konsequenz Ihrer Redebeiträge ist doch: Wir sollen zehn Jahre abwarten, ob es Langzeitfolgen gibt. Dann kommen wir wieder zu dem Thema, zu dem ich schon vor zwei Monaten gesagt habe: Dann entschuldigen wir uns bei den Toten in aller Form, dass wir leider bei der Heilung der Krankheit erst angekommen sind, nachdem die ganzen Menschen schon tot sind. Das ist nach wie vor nicht unser Politikstil. Das überlassen wir anderen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Johannes Callen [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Weil das bisher zu kurz gekommen ist, wollte ich ganz kurz auf die Probandengruppen eingehen und auf die Frage, wer wann geimpft wird. Pro Gruppe sind es immer etwa 7 Millionen Menschen, die bundesweit von der STIKO vorgeschlagen werden. In der ersten Gruppe sind die über 80-Jährigen und diejenigen, die besonders vom Tod bedroht sind, wenn sie Coronaviren bekommen.

In der zweiten Gruppe sind die über 75-Jährigen, an Demenz Erkrankte oder Menschen mit geistigen Behinderungen und so weiter sowie medizinisches Personal, das in besonderer Weise gefährdet ist. Auch das sind wieder etwa 7 Millionen Menschen.

In der dritten Gruppe sind nicht ganz so viele. Das sind über 70-Jährige und sonstiges medizinisches Personal mit mittlerem Risiko, Asylbewerber und

Obdachlose, die ja in besonderer Weise gefährdet sind.

In der vierten Gruppe sind Erzieher, Lehrer und Personen in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Personen, die über 65 Jahre alt sind.

In der fünften Gruppe sind wir, Abgeordnete und Mitglieder der Regierung, Inhaber von wichtigen Schlüsselpositionen, die nicht unmittelbar zu den vorgenannten Gruppen gehören. In dieser Gruppe sind es schon 9 Millionen Menschen. Wir gehören zu diesen 9 Millionen.

In der letzten Gruppe sind dann 45 Millionen Menschen. Das sind alle unter 60-Jährigen, die keine besonderen Krankheiten oder Gefährdungen haben.

Das wollte ich ansprechen, einfach nur, damit das Wissen über dieses Thema komplett ist, denn diese STIKO-Berichte sind veröffentlicht. Wir sollten uns in der fünften Gruppe einordnen. - Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft, der dabei die Restredezeit der FDP-Fraktion nutzen wird.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Kollegen von der AfD und nicht mehr AfD, die aber trotzdem noch mental dort verhaftet sind, haben die große Sorge, dass es in der Bevölkerung keine Akzeptanz des Impfstoffs gebe. Sie beteuern hier, wie schlimm es doch sei, dass es hier keine Akzeptanz gebe. Sie tun aber nichts weiter, um dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen eine Akzeptanz haben können, bei den Schauergeschichten, die sie hier so einseitig darstellen.

Zu den Fragen, die sie aufwerfen: Wie hoch ist die Wirksamkeit? Wie sind die Langzeitfolgen bei diesem Impfstoff? - Das sind Fragen, die bei diesem Coronaimpfstoff nicht neu sind. Diese Fragen tauchten bisher bei wirklich jedem Impfstoff auf, den es gab.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich muss auch sagen: Bei keinem Impfstoff vorher waren die vorangegangene, die laufende und auch die nachgängige Debatte über den Impfstoff und seine Folgen so breit wie in diesem Fall. Das will ich an dieser Stelle einmal feststellen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Brodehl?

Dennys Bornhöft [FDP]:

Ja.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Vielen Dank, das ist sehr freundlich. - Sie haben gerade klargemacht, dass Sie mich für jemanden halten, der die Angst schürt, indem er auf bestimmte Dinge hinweist und somit das Gegenteil erreichen würde.

Wie schätzen Sie denn die Bereitschaft der Bevölkerung ein, sich impfen lassen zu wollen? Und wie schätzen Sie insbesondere die darunterliegende Bereitschaft ein, die sich aus der Befragung von Medizinerinnen und Ärzten ergibt? Deren Bereitschaft liegt nach einer Umfrage noch 10 % unter der allgemeinen Bereitschaft. Würden Sie diesen Ärzten vorwerfen, dass sie mit der Angst spielen oder diese schüren?

- Sagen wir einmal so: Je mehr man Ihnen zuhören müsste, desto geringer wird wahrscheinlich die Akzeptanz vieler sein. Aber dadurch dass wir mehr sind und auch mehr Fakten auf unserer Seite haben, sage ich: Man sollte sich die gesamte Debatte anhören. Dann wird im Zweifelsfall auch die Akzeptanz in der Bevölkerung zum Thema Impfen weiter steigen, und zwar in allen Berufszweigen, Herr Brodehl.

(Beifall FDP)

Ich möchte ganz explizit Ihnen, aber auch Herrn Schaffer etwas zu der Frage sagen: Was sind die Wirkungen und die Auswirkungen eines mRNA-Impfstoffs? Vor allem beziehe ich mich auf die Sorge, die erwähnt wird: Ist dieser Impfstoff dazu in der Lage, das menschliche Erbgut zu verändern? Das hört man ja auch in der Debatte. Es ist daher richtig, dass man darauf eingeht. Kann mRNA das menschliche Erbgut verändern? - Nein. Das kann sie nicht. Sie hat biochemisch überhaupt nicht die Kompetenz und die Fähigkeit, das zu tun. Das lernt man in der Oberstufe im Fach Biologie. Es ist gar nicht möglich.

Um das noch einmal abzugrenzen: Sollte man der Meinung sein, dass ein mRNA-Impfstoff das Erbgut verändert, und sollte man deshalb Sorge vor einem Impfstoff haben, dann sollte man - der Logik weiter folgend - noch viel mehr Angst vor dem Vi-

rus selbst und vor einer Infektion mit dem Virus haben

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

- Herr Kalinka hat aufgepasst, weil das Virus sozusagen seine komplette mRNA in den menschlichen Organismus hineinträgt, während der Impfstoff nur das Oberflächenprotein hat, also nur einen ganz kleinen wesentlichen Teil.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Insofern ist der Impfstoff deutlich harmloser als das Virus selbst in dieser Hinsicht. Es ist daher schade und eher schwierig, dass diejenigen, die die größte Angst vor dem Impfstoff haben, wiederum diejenigen sind, die mit wenig Abstand und ohne Maske gegen Coronamaßnahmen demonstrieren. Das ist inkonsequent, das ist leider Querdenken im Jahr 2020.

Insofern ist es wichtig, noch einmal aufzugreifen, dass der mRNA-Impfstoff und auch ein erweckter Impfstoff, der ein bisschen anders arbeitet, aber auch mit dem Oberflächenprotein des Virus agiert, deutlich sicherer sind als das, was beispielsweise Frau Bohn damals im Zusammenhang mit der Pockenimpfung angesprochen hat. Meine Eltern haben dieses Kreuz auf dem Arm noch, ich nicht. Teilweise wurde damals noch mit Lebendviren gearbeitet. Zu einem späteren Zeitpunkt waren es dann sogenannte Totviren. Wobei ein Virus nicht lebt oder tot ist, aber das ist fast schon Semantik. Mit dem eigentlichen Virus zu arbeiten, das machen wir nicht dank deutscher Forschungstechnik, sondern es wird sozusagen nur das Oberflächenprotein referenziert, damit man so wenig wie möglich Risiken hat.

Insofern haben wir hier wirklich einen sehr sicheren Impfstoff, und ich möchte alle bitten, sich das entsprechend zu vergegenwärtigen.

Falls es für den einen oder anderen neu sein sollte, das in der Debatte zu hören: Lesen Sie noch einmal nach, wie mRNA auf den menschlichen Körper wirkt und was ein solcher Wirkstoff kann oder nicht kann. Dann sind Sie sicherlich auch auf der Seite der Wissenschaft, um zu sagen: Das Risiko bei einem mRNA-Impfstoff ist deutlich geringer als bei so manch anderen Geschichten, die wir im Gesundheitswesen in Deutschland gemacht haben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 19/2629, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. - Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung 13:10 Uhr bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir wollen fortfahren.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung begrüßen wir auf der Tribüne des Landtags die heutigen Gäste. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Polizei gegen Rassismus und Rechtsextremismus stärken

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2630

Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2641

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann.

Tim Brockmann [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Spätestens seit der pauschalen Kritik der SPD-Bundesvorsitzenden Esken, es gebe einen latenten Rassismus in den Reihen der deutschen Polizei, wird in Deutschland bundesweit und in den Ländern über dieses Thema munter und facettenreich diskutiert. Angeheizt wird die Diskussion immer wieder durch das Bekanntwerden von verschiedenen Vorfällen in Teilen der Polizei.

Um es vorwegzunehmen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus dürfen und werden wir in unserer Polizei nicht dulden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Claus Schaffer [AfD])

Alle diese Arten von Vorfällen sind auf das Schärfste zu verurteilen; sie müssen konsequent dienstrechtlich und strafrechtlich verfolgt werden. In unserer Polizei gibt es keinen Platz für solch menschenverachtendes Gedankengut.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das bedeutet: Dort, wo es Vorfälle gibt, muss konsequent gehandelt werden. Die Struktur der Polizei muss sicherstellen, dass menschenfeindliches Verhalten frühzeitig erkannt und entsprechend geahndet wird. Ich bin mir sicher, dass dies auch geschieht.

Diese Maßstäbe gelten, meine Damen und Herren, aber nicht nur für die Polizei, sondern ausnahmslos für alle gesellschaftlichen Bereiche. In der gesamten Gesellschaft darf es keinen Platz für linken oder rechten Extremismus, für Antisemitismus und religiösen Extremismus oder für Rassismus geben.

Aber blicken wir nun nach Schleswig-Holstein: Weder das am 6. Oktober 2020 veröffentlichte Lagebild „Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz noch der - verspätet vorgelegte - Bericht der Polizeibehörden geben Hinweise auf ein latentes Rassismus- oder Extremismusproblem in unserer Landespolizei. Und ich bin überzeugt, dass dies auch so ist.

Unsere Landespolizei agiert umsichtig und abwägend. Es zahlt sich aus, dass in der Ausbildung unserer Polizistinnen und Polizisten viel Wert auf eine weltoffene Bürgerpolizei gelegt wird. Unterstrichen wird dies nicht zuletzt damit, dass die zentrale Ausbildungseinrichtung der Landespolizei in Eutin seit Anfang 2020 Mitglied bei „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ ist und zudem eine enge Partnerschaft mit der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem pflegt.

Natürlich können wir nicht in den Kopf jedes einzelnen Polizisten hineinsehen. Natürlich wissen wir auch nicht, ob jeder seine Grenzen, seinen Übergang, seine Signale so bewacht, dass die Seele nicht erkrankt, wie es Herbert Grönemeyer in seinem Lied „Fall der Fälle“ besingt. Deshalb ist die Ankündigung unserer Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack richtig, die Polizistinnen und Polizisten umfassend zu ihren Werten und Einstellungen zu befragen und die politische Bildung zu stärken. Wir müssen wachsam sein und falsche Entwicklungen

(Tim Brockmann)

rechtzeitig erkennen, damit man diesen entgegenwirken kann.

Dabei dürfen wir uns aber nicht einseitig mit rassistischen und extremistischen Handlungsweisen beschäftigen, sondern wir müssen auch hinterfragen, welches die Ursachen für solches Handeln und Denken sind: Warum verschiebt sich ein Wertekompass, und warum verfestigen sich Vorurteile gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen? Warum sind die Resilienz und die Belastbarkeit der einzelnen Beamten im Dienstalltag unterschiedlich stark ausgeprägt? Solche Fragen dürfen in dieser Debatte nicht ausgeblendet werden.

Wir als Politik und Gesellschaft müssen uns klar hinter unsere Polizei stellen. Der Polizeialltag ist kein Ponyhof. Jeden Tag sind unsere Polizistinnen und Polizisten Gewalt und Respektlosigkeit ausgesetzt. Ich möchte an dieser Stelle nur einmal an die Geschehnisse im Dannenröder Forst erinnern: Dort schlägt den Polizistinnen und Polizisten blanker, militanter Hass entgegen, der zum Teil von Politikern noch angeheizt wird. Auch dieser Hass und diese Gewalt sind menschenverachtend.

Uns darf es nicht egal sein, was so etwas mit unseren Polizistinnen und Polizisten auf Dauer macht. Wir dürfen sie mit solchen Erfahrungen nicht alleinlassen. Wir müssen ihnen Halt geben, ihnen den Rücken stärken.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gleichwohl sind die immensen Belastungen des Dienstalltags keine Rechtfertigung für extremistische oder rassistische Gedanken und Handlungsweisen. Wenn so etwas auftaucht, darf es nicht unter den Teppich gekehrt werden, sondern es gilt - auch von den Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen -, Haltung zu zeigen, nämlich dass solches Gedankengut und solche Handlungsweisen nicht toleriert werden.

Dennoch hat es wenig Sinn - ich finde, es ist auch nicht zielführend -, einseitig oder pauschal mit dem Finger auf die Polizei zu zeigen. Auch andere gesellschaftliche Bereiche sind betroffen. Deshalb ist es richtig, die Polizei nicht singulär zu betrachten, sondern innerhalb des schleswig-holsteinischen Aktionsplans gegen Rassismus. Dabei gilt es, sich mit dem Arbeitsalltag, dem Werteverständnis sowie der Widerstandsfähigkeit der Polizei gegen menschenverachtende Verhaltensweisen zu befassen. Insofern bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Antrag der SPD-Fraktion sagen: Diesen hätten Sie gern zeitiger vorlegen können; dann hätten wir uns schon intensiver damit befassen können. Ich schlage vor, wir überweisen Ihren Antrag in den Innenausschuss und befassen uns dort damit. Aber für heute bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kathrin Bockey das Wort.

Kathrin Bockey [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eines vorwegschicken: Die allermeisten Polizistinnen und Polizisten wählen diesen Beruf, weil sie die Welt ein Stück besser machen wollen. Wir sollten sie darin unterstützen, dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, wenn sie auf zu hartgesottene Kolleginnen und Kollegen und auf schwierige menschliche Einsatzlagen treffen.

Wie in anderen sozialen Berufen sollten Polizistinnen und Polizisten endlich die Möglichkeit bekommen, Supervision zu machen. Insgesamt ist es in der Tat wichtig, auch die Strukturen der Polizeiorganisation zu betrachten. Lösen wir uns von der bedauerlichen Einzelfalltheorie und gehen wir wirklich einmal nüchtern und sachlich an diese Lage heran. Insofern finde ich die heutige Diskussion gut.

Warum sie jetzt mit einem Antrag von Jamaika parallel zu der Diskussion im Bund geführt wird, erschließt sich mir nicht so ganz. Aber dazu werden wir vielleicht an anderer Stelle noch Antworten bekommen.

Ich fand es gestern in der Diskussion interessant, Frau Touré, dass Sie davon sprachen, das Aktionsbündnis gegen Rassismus habe verschiedene Maßnahmen angedacht und die Justiz bekomme ein Projekt. Ich frage mich, was man davon halten soll, wenn die Polizei eine Untersuchung bekommt.

Wir alle wissen, dass es sie in unserer Gesellschaft gibt, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: die Türken, die Obdachlosen, die Schwulen, die Zaken.

Wenn Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe als „anders“, als „fremd“ oder als „unnormale“ gebrandmarkt wer-

(Kathrin Bockey)

den, dann wird aus „ungleich“ schnell „ungleichwertig“. In einem idealen, demokratischen Rechtsstaat kommt es nicht vor.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. - So ist es in unserer Verfassung festgeschrieben. Wir wissen aber auch, dass wir nicht immer in einer idealen Welt leben. Rassismus und Extremismus sind eine permanente Bedrohung für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ganz besonders kritisch wird es, wenn sie sich dort Bahn brechen, wo aufgrund staatlicher Entscheidungsbefugnisse ein Machtgefälle zum Bürger entsteht.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Polizei mit weitreichenden Eingriffsbefugnissen besondere Aufmerksamkeit erfährt. Aber müssen wir nicht auch dorthin schauen, wo die Machtstrukturen nicht so offensichtlich im Blickpunkt der Öffentlichkeit sind?

Lehrer, Justizbedienstete und Finanzbeamte zeigen durch ihre vielfältigen Aufgaben: Unser öffentlicher Dienst in seiner Gesamtheit trägt eine große Verantwortung. Sein Handeln hat Vorbildcharakter. Er schafft die Grundlagen für das Vertrauen der Bürger, dass in unserem Land Recht und Gesetz gelten und dass es gerecht zugeht.

Wir alle wissen, dass es Alltagsrassismus gibt, dass Sexismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht ausgerottet sind. Wenn wir dieses Wissen zugrunde legen, dann ist doch eines auch klar: Es wird derartige Verhaltensmuster auch auf die eine oder andere Weise in allen unseren Verwaltungen geben. Darüber zu sprechen und das zu erforschen, ist keine Zumutung und keine Pauschalverurteilung. Wer das behauptet, verweigert sich der Realität und vor allem der Diskussion, wie wir unsere staatlichen Strukturen möglichst widerstandsfähig aufstellen und wie wir unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen möglichst stark machen können.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dieser Stärke gehört nicht nur, in der Außenwirkung formal korrekt aufzutreten. Dazu gehört auch, nach innen offensiv Haltung zu zeigen und gegen Vorurteile und Verächtlichmachung einzutreten. Mittel und Wege zu finden, das zu befördern, ist nicht nur eine Kulturfrage innerhalb der Polizei, sondern in allen Landesbehörden.

Als SPD-Fraktion möchten wir die unterschiedlichen Herausforderungen in unserem öffentlichen Dienst untersuchen lassen. Dazu gehört ausdrück-

lich auch die Polizei. Demokratiestärkung mag in unterschiedlichen Verwaltungszweigen unterschiedliche Maßnahmen erfordern. Sie zu erkennen und im Sinne des Best Practise zu vergleichen, sollte uns allen ein Anliegen sein.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz noch: Wer diese Parlamentsdiskussion und auch die Anträge dazu ernst nimmt, könnte sich dazu entschließen, beide Anträge in den Ausschuss zu verweisen und dort darüber zu diskutieren. Denn wir haben hier nicht nur zwei leicht variierte Anträge vorliegen, von denen einer weiter gefasst ist, sondern wir haben jetzt auch noch die Bundesstudie vorliegen, die ja doch schon relativ ausdifferenziert ein Maßnahmenpaket zur Gewaltforschung im Bereich der Polizei vorlegt. Dementsprechend glaube ich, wäre dies ein Thema, über das wir in der Tat noch einmal im Ausschuss diskutieren sollten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich persönlich finde, der schwierigste Ort, um über Rassismus und Rechtsextremismus zu sprechen, ist Politik, gerade wenn es dann auch noch um die Polizei geht. Und das aus zwei Gründen: erstens, weil dann gesagt wird, ja, Aminata, Rassismuserfahrung hast du vielleicht „aus deinen Kreisen“ mitbekommen, aber strukturell gibt es dieses Problem nicht, zweitens, weil gesagt wird, man stelle die Polizei unter einen Generalverdacht.

Diesen Argumenten möchte ich einiges entgegnen: Wenn ich mit 30 schwarzen Frauen zusammensitze und viele davon berichten, Vorverdächtigungen erlebt zu haben, mich eingeschlossen, Schwarze und Männer of Color mir von unschönen Ereignissen berichten, dann kann uns das nicht egal sein. Wir sprechen über Bürgerinnen und Bürger dieses Staates, die rassistische Erfahrung machen. Das ist doch genau der Kern der Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

(Aminata Touré)

Das haben wir als Volksvertreterinnen und Volksvertreter ernst zu nehmen und uns darum zu kümmern, weil es um mögliche Grundrechtsverletzungen geht, nämlich rassismussfrei leben zu dürfen.

Wir müssen uns angucken, wo das Problem liegt, wie die Fakten aussehen. Wir müssen wegkommen von den Debatten, die im Ungefähren sind. Das stärkt Bürgerinnen- und Bürgerrechte, so wie es auch die Polizei stärkt.

Wir haben uns die Frage zu stellen, ob nicht wir als Politik es sind, die durch Gesetze Praktiken wie die des Racial Profiling ermöglichen. Deshalb werden wir uns als Grüne massiv dafür einsetzen, dass es Kontrollquittungen geben wird und dass es auch Veränderungen an § 181 unseres Polizeigesetzes geben wird.

Wir Grüne hier unterstützen ausdrücklich den Vorschlag der grünen Bundestagskollegin Irene Mihalic, die Polizei für unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen zu öffnen, und fordern das auch für unseren Aktionsplan gegen Rassismus.

Wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Daten von der Polizei erheben wollen, müssen sie diese beim Innenministerium abfragen. Das erschwert die Forschung. Wieso nicht über einen Forschungserlass nachdenken, so wie es einen Medien-erlass gibt? Dadurch könnten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich direkt an die Polizeidienststellen wenden.

Zum vermeintlichen Generalverdacht gegenüber der Polizei: Wir haben diesen Antrag als Koalition gestellt, weil wir ein hohes Interesse daran haben, unsere Sicherheitsbehörden gegen menschenverachtende Einstellungen zu immunisieren, wie mein Kollege Burkhard Peters immer so schön sagt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Das geschieht nicht aus einem Misstrauen heraus, sondern aus einem Vertrauen in unsere demokratischen Strukturen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vertrauen in unsere demokratischen Strukturen bedeutet aber nicht, einfach wegzusehen. Es bedeutet, sich als Legislative der Verantwortung bewusst zu sein, welchen Rahmen wir für die Exekutive stecken müssen.

Wir tun das nicht im Polizeibereich, wir tun das auch im Justizbereich und haben dort im letzten Haushalt eine Stelle geschaffen. Gemeinsam mit dem Institut für Menschenrechte soll das Projekt

„Rassismus - Stärkung der Strafjustiz“ vollzogen und das Justizpersonal geschult werden. Wir diskutieren das nicht nur selektiv für die Polizei, sondern wollen uns mit allen staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft im Rahmen unseres Aktionsplanes gegen Rassismus auseinandersetzen.

Natürlich gibt es Anlass, über Rassismus und Rechtsextremismus zu sprechen. „ARD Monitor“ berichtet über 25 rassistische Berliner Polizistinnen und Polizisten, vier Mitarbeitende im Verfassungsschutz NRW in einer rassistischen Chat-Gruppe. 60 Polizeibeamte aus NRW stehen unter Verdacht, rechtsextreme Inhalte geteilt zu haben. Es gibt sieben Rechtsextremismus-Vorfälle an der Fachhochschule der Polizei in Brandenburg. In Dresden gibt es einen mutmaßlichen rechtsextremen Polizeibeamten.

Das waren nur die Vorfälle aus dem Oktober 2020. Wenn weitere Fälle von Rassismus und Rechtsextremismus angesprochen werden sollen, dann können wir das tun in Bezug auf NRW, Sachsen-Anhalt, Bayern, Hamburg, Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Brandenburg und Sachsen. Um alle Fälle aus dem Jahr 2020 aufzuführen, reicht meine Redezeit nicht. Was sagt uns das? Es sagt uns, dass wir ein Problem haben. Wir in Schleswig-Holstein sollten nicht auf einen Riesenskandal warten, sondern vorher handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir haben in der Polizeischule Eutin einige Vorwürfe bezüglich Rassismus und Sexismus gehabt. Die Polizeischule hat sich zum Glück selbstkritisch auf den Weg gemacht mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich, gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther Patin dafür zu sein. Ich schätze gemeinsame Termine mit den Polizeischülerinnen und Polizeischülern, wie zuletzt bei der Ausstellung #StolenMemory, bei der es um persönliche Besitzstücke ehemaliger KZ-Häftlinge geht.

Danach haben wir über Antisemitismus und Rassismus diskutiert. In einem Gespräch mit dem Leiter der Polizeischule, Herrn Dunka, haben wir über politische Bildung als festen Bestandteil der Aus- und Fortbildung gesprochen. Das ist nun Teil des Antrags geworden.

Teil des Antrags ist außerdem eine Studie geworden, bei der der Arbeitsalltag, das Werteverständnis

(Aminata Touré)

und die Widerstandsfähigkeit der Polizei gegen menschenverachtende Verhaltensweisen wie zum Beispiel Rassismus untersucht werden sollen.

Abschließend, auch mit Blick auf das, was die GdP heute als Pressemitteilung herausgegeben hat, und das Gespräch, das ich vor der Tür mit Herrn Petersdotter und Herrn Jäger eben gerade geführt habe: Es geht nicht um ein Gegeneinander. Es geht um das Vertrauen und die Stärkung unserer demokratischen Strukturen. Ich bin froh, dass wir uns als Koalition nach vielen intensiven Gesprächen dazu entschlossen haben, diesen Antrag zu stellen, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Staates, für die Polizei und damit für die Stärkung unserer demokratischen Institutionen in unserem Bundesland. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Sommer kamen Berichte hoch, die Rassismus in der Polizei thematisierten. Ich habe das auf meine eigenen Erfahrungen projiziert; denn ich kann aus eigener Erfahrung guten Gewissens behaupten, dass in unserer Landespolizei Schleswig-Holstein eine Null-Toleranz-Strategie gefahren wird. Wir hatten bei uns in der Fraktion auch die Diskussion, ob wir bei einer Respektkampagne diese Diskussion ausblenden können. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass wir das sogar trennen müssen. Wir können für die Polizei nicht auf der einen Seite Respekt einfordern und sie auf der anderen Seite mit dem unterschweligen Vorwurf eines Rassismus- oder Rechtsextremismus-Problems gewollt oder ungewollt in die Ecke stellen.

(Beifall FDP und CDU)

Daher bin ich meiner Fraktion und meinen Koalitionspartnern sehr dankbar, dass sie meinen Argumenten gefolgt sind. So ist es möglich, dass wir bei beiden Punkten getrennt voneinander richtige und gute Akzente setzen können.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die jüngsten Umfragen und Studien belegen, dass die Polizei höchste Zustimmungswerte aus der Be-

völkerung genießt, dass die Bürgerinnen und Bürger gute Erfahrungen im Kontakt mit der Polizei haben, aber auch, dass das Beschwerdewesen in Richtung der Polizeibeauftragten, im Verhältnis zu den tagtäglichen Kontakten betrachtet, verschwindend gering ist. Auch ein Defizit in Sachen Rassismus oder Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein ist nach der Faktenlage nicht belegbar. Das sind die Fakten.

Lässt man diese Fakten bei einer Bewertung außer Betracht, wird man pauschal und erschafft ein Quasi-Feindbild, das der Polizei nicht gerecht wird und dem Urteil aus der jüngst veröffentlichten Dunkelfeldstudie nicht im geringsten Rechnung trägt.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich stelle gleichwohl klar: Man wird nicht alles verhindern können, und es wird diese Fälle geben; dessen müssen wir uns bewusst sein.

Warum also überhaupt dieser Antrag? Damit will ich auch eine Frage der GdP beantworten. Zu dem tief empfundenen Respekt für das Berufsbild der Polizistin beziehungsweise des Polizisten gehört auch, dass wir sie vor Einflüssen schützen, die ihnen und ihrer Reputation schaden können.

(Beifall FDP und CDU)

Ich finde es daher gut und richtig, zielgerichtet zu hinterfragen, wieso es in anderen Teilen Deutschlands oder in den Metropolen anders ist. Ein Vorwurf aus dem polizeilichen Alltag ist beispielsweise, dass „ihr mich nur kontrolliert, weil ich so aussehe“. Wenn aber nach einem Täter südländischen, schwächlichen Typs gefahndet wird, macht es keinen Sinn, einen hellblonden Bodybuilder aus Skandinavien zu kontrollieren. Pauschale Vorwürfe machen also keinen Sinn. Es macht aber Sinn, Fehlverhalten in der öffentlichen Verwaltung und bei der Polizei, sobald es auftritt, strikt zu ahnden. An dieser Stelle möchte ich die vorbildliche, stringente und professionelle Ahndungskultur der Landespolizei Schleswig-Holstein ausdrücklich loben.

(Beifall FDP, CDU, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Es ist ein guter Schritt, wenn das Innenministerium hier gezielt die wesentlichen Eckpfeiler, wie das Werteverständnis und die Grundhaltung der Landespolizistinnen und -polizisten, hinterfragt und eben nicht von vornherein infrage stellt. In § 34 des Beamtenstatusgesetzes, das unmittelbar für die Landespolizei gilt, heißt es unter anderem:

(Jörg Hansen)

„Beamtinnen und Beamte haben sich mit vollem persönlichem Einsatz ihrem Beruf zu widmen. ... Ihr Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes muss der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die ihr Beruf erfordern.“

Damit ist eine wichtige Leitplanke definiert. Die Landespolizei und dieses Haus sind eine Wertegemeinschaft und Wertepartnerschaft. Das ist gut für alle, und das sollte man nicht infrage stellen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichwohl halte ich diese Studie für sinnvoll. Wir erhoffen uns dadurch wertvolle Erkenntnisse für verschiedene Bereiche. Ich zum Beispiel möchte gerne wissen, wo und in welchem Milieu die Polizei, aber auch andere öffentliche Einrichtungen besonders für Einflüsse auf ihre Grundeinstellung empfänglich sind. Ich würde auch gerne erfahren, wie und warum Frustration entsteht, die eine Veränderung der Einstellung zur Folge haben kann. Vielleicht ist es manchmal einfach auch nur ein Hilferuf des Beamten oder der Beamtin. Aber wir müssen uns die Frage stellen: Warum ist das so?

Schließlich möchte ich auch gerne wissen, was wir dagegen tun können. Wir können jetzt diese wichtigen Erkenntnisse gewinnen und die erforderlichen Schritte darauf folgen lassen. Damit tragen wir nach meiner festen Überzeugung einen weiteren Teil dazu bei, den Respekt gegenüber unserer Polizei zu stärken und zu erhalten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und nicht zuletzt: All dies trägt zu einer weiteren Versachlichung der Diskussion bei. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatten der letzten Monate über verschiedene Möglichkeiten für Polizeistudien haben meiner Meinung nach offenbart, wie zwiegespalten wir gesellschaftlich in zweierlei Sachen sind: in unserem Verhältnis zur Polizei und im Umgang mit

Rassismus. Mein Eindruck war oft, dass die individuellen Beiträge zur Polizei vom Entweder-oder geprägt waren, entweder bedingungslose Treue oder systematische Ablehnung, entweder der Polizei das Vertrauen entziehen oder Polizei als Institution nicht kritisieren dürfen. Gleichzeitig gibt es eine irgendwie im leeren Raum wabernde Debatte, weil belastbare Zahlen fehlen. Da hat es nicht geholfen, wie lange sich der Bundesinnenminister dem Vorschlag gegenüber gesperrt hat, die Frage nach strukturellem Rassismus in der Polizei untersuchen zu lassen.

Mir fehlte manchmal der Prozess, einen Schritt zurückzutreten und noch einmal ganz genau darauf zu blicken, wie es bei uns in Schleswig-Holstein tatsächlich ist. Die Landespolizei ist - das ist uns allen etwas schmerzlich bewusst - auch in den letzten Jahren nicht frei von Schlagzeilen gewesen. Die Vorfälle in Eutin 2016 und jüngst veröffentlichte Chats eines hohen Polizeigewerkschafters haben viel Aufmerksamkeit erfahren. Das lässt sich nicht ignorieren; denn auch Einzelfälle können das Bild einer Institution prägen.

Daher geht es uns als SSW nicht um einen Generalvorwurf gegenüber der Polizei; davon bin ich sehr weit weg. Aber es geht um Aufklärung, auch im Eigeninteresse der Polizei. Gibt es in irgendeiner Art Anhaltspunkte für menschenverachtende Haltungen in der Polizei? Gibt es das Dulden rassistischen Verhaltens, oder gibt es strukturelles Wegsehen bei extremistischen Äußerungen?

Bisher kann man glücklicherweise feststellen, dass es in Schleswig-Holstein dafür keine Anhaltspunkte gibt. Die antragstellenden Fraktionen halten es selbst fest: Der Lagebericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden lässt für Schleswig-Holstein kein strukturelles Problem vermuten. Auch unsere Polizeibeauftragte bestätigt das in ihrem Tätigkeitsbericht.

Aber ein tatsächliches Bild der Lage haben wir damit nicht bekommen. Wir wissen nichts über Dunkelziffern, und wir arbeiten immer wieder mit einzelnen Erzählungen statt mit einem wissenschaftlichen Überblick. Für so etwas braucht es eben Studien.

Wie vielschichtig das Forschungsfeld Polizei bereits jetzt ist, habe ich durch meine Kleine Anfrage im November erfahren: Da gab es 24 interdisziplinäre Forschungsfragen seit 2019 zu Themen wie Diversity in der Polizeiausbildung, Krisenkommunikation oder Vorurteilsstrukturen, für die unsere

(Lars Harms)

Landespolizei Daten bereitgestellt, Informationen vermittelt oder beraten hat. Nach Forschungsmüdigkeit sah mir das nicht aus.

Wichtig ist für mich vor allem, dass wir weiter offen über solche Fragen diskutieren können, gerade auch in Institutionen, deren Mitglieder darauf angewiesen sind, einander vertrauen zu können. Unsere Polizistinnen und Polizisten kommen in ihrer beruflichen Laufbahn in Situationen, in denen ihre körperliche Unversehrtheit vom Vertrauen in ihre Kollegen abhängt. Aber Wegsehen und Schweigen oder gar das Deckeln von Verhaltensweisen aus falsch verstandener Solidarität bringen uns gesellschaftlich nicht weiter. Korpsgeist kann auch Vertrauen verspielen.

In Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren viel getan. Hier ist ein Prozess in Gang gekommen, auf den ich politisch stolz bin. Wir haben als Küstenkoalition zum Beispiel das Amt der Polizeibeauftragten eingerichtet,

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

und es wurden die Führung der Polizeischule in Eutin gewechselt und Lehrpläne überarbeitet. Zuletzt hat sich die Schule dem Programm „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ angeschlossen. Das ist genau der richtige Weg.

Unsere Bürgerinnen und Bürger - so ist jedenfalls mein Eindruck - vertrauen unserer Polizei. Aber eines ist eben auch klar: Vertrauen muss man sich immer wieder erarbeiten, und unsere Polizei tut das jeden Tag. Aber die große mediale und gesellschaftliche Debatte des letzten Jahres, die - man könnte schon fast sagen - weltweit geführt worden ist, macht an den Grenzen Schleswig-Holsteins nicht halt. Auch wenn es von einigen als ungerecht empfunden wird, ist es eben von besonderer Wichtigkeit zu zeigen, dass unsere Polizei transparent, integer und empathisch arbeitet. Das staatliche Gewaltmonopol der Polizei benötigt gewissermaßen einen Vertrauensvorschuss der Bürgerinnen und Bürger.

Damit das so bleibt, werden wir beiden Anträgen zustimmen. Wir könnten auch gut damit leben, dass wir das Ganze an den Ausschuss geben. Vielleicht macht es Sinn, zu beiden Anträgen die Meinung der Polizei zu hören. Wir haben jetzt gut über sie geredet, aber vielleicht sollten wir auch mit ihr reden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ja ungewöhnlich, aber das kann man ja mal machen! - Unruhe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte um einen angeblich gar strukturellen Rassismus in der Polizei hat bundesweit mit den Black-Lives-Matter-Demonstrationen einen emotionalen Höhepunkt einerseits und einen rationalen Tiefpunkt andererseits erreicht.

(Anhaltende Unruhe)

In den USA besteht eine vollkommen andere Situation hinsichtlich der Polizei, ihrer Ausbildung und auch der Polizeigewalt. Dennoch wurden unbegründete Vorwürfe von Willkür, Gewalt und Rassismus auf unsere Polizei übertragen. Ohne jede Reflexion wurde so ein ganzer Berufsstand unter Generalverdacht gestellt.

Die in den USA von Extremisten unterwanderte Black-Lives-Matter-Bewegung lieferte der hiesigen Linkenpolitik ein willkommenes Betätigungsfeld. Die Polizei zu schwächen steht bekanntermaßen schon länger auf der Agenda der Linken.

(Anhaltende Unruhe - Glocke Präsidentin)

Es dauerte nicht lange, da tauchten erste Studien auf, die zu belegen versuchten, was politische Zielrichtung war.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Universität Bochum lieferte angebliche Hinweise auf eine rassistische Polizei. Dass in der Studie wissenschaftlich fragwürdige Opferbefragungen ein sehr einseitiges Bild zeichnen, wurde vielfach kritisiert. In der Öffentlichkeit jedoch blieb der Vorwurf des Rassismus an der Polizei hängen.

Dann kam - wie auch heute wieder - der Begriff des Racial Profiling in Umlauf. Weil das englische Wort irgendwie auf ein rassistisches Handeln hinzudeuten schien, war der nächste Vorwurf geschaffen. Betroffen war hier beispielsweise die Bundespolizei, die als eine ihrer Aufgaben die Bekämpfung der illegalen Migration aufweist.

Welche Personen aber kontrolliert man zum Beispiel in deutschen Zügen, wenn man illegale Migration aus Syrien, Afghanistan, Irak oder Nordafrika allgemein als statistisch belegte Hauptherkunftsländer und -regionen erkannt hat? Natürlich sind das Personen, die dem Phänotypus dieser Herkunftsregionen entsprechen. Das ist normale Polizeiarbeit.

(Claus Schaffer)

Das läuft dann unter dem Begriff Racial Profiling. Man ordnet Menschen eben nach dem äußeren Anschein einer regionalen Herkunft zu, mit allen dazugehörigen Fehlern und auch Trefferquoten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Typus der Rechtsradikalen!)

Der Bericht der Polizeibeauftragten hat für unsere Landespolizei keine Hinweise auf Rassismus und schon gar nicht auf einen strukturellen Rassismus ergeben. Ich bin sehr dankbar, dass auch das hier wieder deutlich gesagt wurde.

Nach unserer Auffassung sollte das Thema damit vom Tisch sein, denn alles andere kann die Polizei in sich selbst klären, wie es in der PD AFB bereits der Fall war.

Ihr Antrag - ich bin dankbar dafür - erkennt dies an. Sie machen trotzdem weiter und bereiten so den Boden für die Demontage des Ansehens der Polizei in der Bevölkerung. Damit fördern Sie ein Klima der Verunsicherung in der Polizei. Denn Beamte werden sich künftig genau überlegen, ob es der eigenen Karriere förderlich ist, Recht und Gesetz ohne Ansehen der Person anzuwenden, beziehungsweise ob die politische Bedeutung der Herkunft einer Person über der rechtlichen Bedeutung steht. Das sollten wir auf keinen Fall zulassen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist so eine Unterstellung! - Unruhe)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat das Wort die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

„Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Landesverfassung und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.“

(Vereinzelter Beifall)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Sie alle kennen diesen Satz: Das ist der Amtseid, den alle Beamtinnen und Beamte zu Beginn ihrer Dienstzeit leisten müssen. Er verpflichtet alle, stets zum Wohle unserer frei-

heitlich-demokratischen Grundordnung zu handeln, und er verpflichtet alle, unsere Verfassung jederzeit gegen ihre Feinde zu verteidigen. Das gilt selbstverständlich auch für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Sie verpflichten sich, jederzeit für unseren demokratischen Rechtsstaat einzutreten. Deswegen sage ich ganz klar: Extremisten haben in unserer Polizei oder in anderen öffentlichen Institutionen keinen Platz.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus tolerieren wir nicht. Das schadet nicht nur dem Ansehen unserer Landespolizei, nein, es schadet auch allen korrekt und hart arbeitenden Polizistinnen und Polizisten. Es stellt die Arbeit aller, die sich jeden Tag für unseren demokratischen Rechtsstaat einsetzen, in ein schlechtes Licht.

Aus Gesprächen mit Polizistinnen und Polizisten weiß ich: Wenn Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus oder Rechtsextremismus aus den eigenen Reihen kommen, ist das wie ein Schlag ins Gesicht. Gemeinsam verfolgen wir mit unserer Landespolizei bei fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremistischen Vorfällen eine Null-Toleranz-Strategie. Wir gehen allen Verdachtsfällen konsequent nach.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Schon im Einstellungsverfahren fühlen wir den Bewerberinnen und Bewerbern ganz genau auf den Zahn, um zu vermeiden, dass rechter Hass und Hetze in die Landespolizei kommen. Das geschieht zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die jeden Tag für unsere Freiheit und demokratische Ordnung eintreten.

Als Handwerkszeug haben wir gemeinsam mit unserer Landespolizei unterschiedliche Strategien und Maßnahmen entwickelt. Hierzu gehören das polizei-interne Frühwarnsystem „Radar“, ebenso die „Zentrale Auskunfts- und Ansprechstelle“, die direkt an mein Büro angebunden ist. Sie steht allen Polizistinnen und Polizisten unabhängig von Dienstgrad oder Behörde außerhalb des Dienstweges jederzeit zur Verfügung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

Zusätzlich haben wir das Thema Aus- und Fortbildung stärker in den Blick genommen. Unsere Polizeischule in Eutin hat zum Beispiel eine Partnerschaft mit Yad Vashem. Seit Anfang 2020 ist sie auch Mitglied bei „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das verdanken wir auch dem besonderen Engagement unserer Auszubildenden und Studierenden. Sie haben sich intensiv mit Themen wie Rassismus oder Rechtsextremismus auseinandergesetzt und das Bild einer weltoffenen Bürgerpolizei verinnerlicht.

Meine Damen und Herren, die Innenministerkonferenz steht unmittelbar vor der Tür. Noch heute starte ich mit meinen Länderkollegen und dem Bundesinnenminister in die Beratungen. Natürlich beschäftigen wir uns auch mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus in den Reihen der Sicherheitsbehörden. Hierzu hat der Bundesinnenminister eine Studie vorgeschlagen, die den Polizeialltag näher beleuchten soll. Es geht darum, welche Motivlage angehende Polizistinnen und Polizisten mitbringen, um die Gründe für die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte und um den allgemeinen Berufsalltag.

Die Studie wird sehr umfangreich sein, denn sie deckt viele Fragestellungen ab. Gerade das macht sie so wertvoll. Deswegen werden wir die Studie auch aktiv unterstützen, um am Ende von den Ergebnissen profitieren zu können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jörg Hansen [FDP])

Darüber hinaus plant unsere Landespolizei im kommenden Jahr unabhängig von der zwischen Bund und Ländern vereinbarten wissenschaftlichen Studie, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Werte und Einstellungen zu befragen. Das ist eine Folge der ständigen und auch kritischen Reflexion, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung und der Analyse von Führungsstrukturen und Leitbildern innerhalb der Polizei stattfindet. Das ist ein Vorgehen, bei dem ich unsere Landespolizei besonders unterstütze und ihr den Rücken stärke.

Meine Damen und Herren, ich sage es zum Schluss noch einmal ganz deutlich: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus dulden wir nicht, auch vor dem Hintergrund unserer Geschichte. Es ist das erklärte Ziel dieser Landesregierung, alles zu tun, um Missstände aufzudecken und alle

latent vorhandenen rassistischen oder rechtsextremen Strömungen frühzeitig zu entlarven und im Keim zu ersticken.

Eines ist mir noch ganz wichtig zu erklären: Wir stellen niemanden unter Generalverdacht, denn das haben unsere Polizeibeamtinnen und -beamten erst recht nicht verdient.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Sie leisten jeden Tag hervorragende Arbeit. Dafür danke ich allen Polizistinnen und Polizisten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/2630, sowie den Alternativantrag, Drucksache 19/2641, dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nein! - Serpil Midyatli [SPD]: Das haben wir beantragt!)

- Frau Abgeordnete Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, wir würden dem Antrag gern zustimmen und den anderen Antrag überweisen. Deswegen bitte ich darum, dass Sie die beiden Anträge einzeln aufrufen, damit wir einzeln über sie abstimmen können.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Danke für den Hinweis. Dann wollen wir das tun.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2630 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist die Überweisung mit Mehrheit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Antrag, den Alternativantrag, Drucksache 19/2641, dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Zuruf: Abstimmung in der Sache!)

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das mit einigen wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

(Zurufe)

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2630, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? Dann ist der Antrag bei Enthaltung der SPD mit vier Gegenstimmen angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Finanztransaktionssteuer einführen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2609

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf den Antragsinhalt kurz eingehe, möchte ich die Bedeutung der Finanztransaktionssteuer hervorheben. Es geht hier darum, eine Steuer auf spekulative Finanzgeschäfte zu erheben. Bisher ist die Steuerlast für Geschäfte mit Aktien oder Derivaten oft geringer als die Belastung anderer Geschäfte oder auch der Lohnarbeit. Deshalb muss hier eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden, zumal diese Geschäfte im großen Stil von eher bessergestellten Steuerbürgern durchgeführt werden.

Eine umfassende Finanztransaktionssteuer würde in Deutschland nach Schätzungen zwischen 17 Milliarden € und 36 Milliarden € Steuereinnahmen zusätzlich ergeben. Das würde jedoch nur unter der Maßgabe eintreten, dass nicht nur Aktiengeschäfte, sondern auch hochspekulative Finanzgeschäfte und der Devisen- und Derivatehandel mit einbezogen würden.

Genau hier liegt schon das erste Problem: Bundesfinanzminister Scholz plant derzeit, nur den Aktienhandel mit einer Finanztransaktionssteuer zu belegen. So würden dann je nach Umsetzung nur zwischen 1 % und 10 % des gesamten Handelsvolumens besteuert werden, was an sich schon eine Un-

gerechtigkeit darstellen würde. Selbst das ist noch nicht einmal sicher. Die Bundesregierung verschleppt hier eine Entscheidung und verweist immer wieder auf die EU. Wenn wir aber auf die EU warten, warten wir ewig, und dann bleibt es bei der derzeitigen Ungerechtigkeit. Deshalb brauchen wir jetzt eine nationale Lösung, wie wir sie auch in anderen Ländern innerhalb und außerhalb der EU finden.

Niemand muss sich Sorgen machen, dass dann sämtliche Geschäfte ins Ausland verlagert würden. Man kann es so regeln, dass die Steuer immer bei demjenigen entsteht, der hier ansässig ist. Auch die deutschen Banken im Ausland können verpflichtet werden, hier entsprechend mitzuarbeiten. Das ist kein Problem; andere Länder machen das vor.

Das einzige Problem, das wir haben, ist, dass die Große Koalition im Bund auf Zeit spielt und das Ganze verschleppt. Deshalb wollen wir, dass die Landesregierung hier handelt und einen entsprechenden Anstoß gibt.

Dabei sind uns folgende Dinge wichtig: Im Gegensatz zur Großen Koalition und zur Bundesregierung wollen wir, dass die Steuer auf alle Transaktionen erhoben wird. Damit fällt niemand mehr durch das Raster, und alle Steuerbürger zahlen gleichermaßen diese Steuer auf Transaktionen. Damit erhalten wir eine für alle gerechte Steuer, die vor allem die starken Schultern verpflichtet.

Für Kleinsparer wollen wir eine Bagatellgrenze von 250 € monatlich beziehungsweise 3.000 € jährlich einführen, wie es sie auch in anderen Ländern gibt. Damit entlasten wir weiterhin den normalen Bürger, der beispielsweise in einen aktienbasierten Fonds zur Ergänzung seiner Rente einzahlt. Durch einen solchen Freibetrag wäre es weiterhin möglich, ganz normale Leute Vermögen aufbauen zu lassen, ohne dass ihnen der Staat unangemessen in die Tasche greift.

Natürlich wollen wir nicht auf die EU warten, sondern eine nationale Lösung finden. Das machen andere uns schon vor, und das wäre somit kein Neuland. Natürlich kann es dann später immer noch eine EU-weite Lösung geben, und die sollte man auch anstreben, und der sollte sich Deutschland später auch anschließen. Aber erst einmal sollten wir die Ungerechtigkeit hier abstellen und mangelndes politisches Handeln nicht auf die EU schieben. Dort wird man sich wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht einig werden, und deshalb müssen wir hier, wie schon andere, vorangehen.

(Lars Harms)

Für uns ist es eine Frage der Gerechtigkeit: Spekulationsgeschäfte werden zwar schon jetzt besteuert, aber eben nicht so wie echte Arbeit oder auch echtes Unternehmertum. Es kann nicht sein, dass Kleinunternehmer und Mittelständler unter der Steuer- und Abgabenlast ächzen, dass abhängig Beschäftigte im OECD-Vergleich immer noch eine überdurchschnittlich hohe Steuer- und Abgabenlast haben und dass wir gleichzeitig Spekulanten immer noch Steuervergünstigungen gewähren. Hiermit muss Schluss sein, und deshalb brauchen wir jetzt umgehend eine Finanztransaktionssteuer. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck das Wort.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag des SSW zur Einführung der Finanztransaktionssteuer - auch FTT genannt - gelesen habe, war mein erster Gedanke: „Oh je, eine neue Steuer - und das in der schlimmsten Wirtschaftskrise der Geschichte der Bundesrepublik!“

(Beifall FDP)

Was jetzt gebraucht wird, sind keine neuen Steuern, sondern Anreize für Investitionen und Wachstum. Nur so können wir die Schulden bewältigen, die wir wegen der Coronakrise aufgenommen haben.

(Beifall FDP und Tobias Koch [CDU])

Wirtschaftswachstum ist der Schlüssel, um die Krise zu meistern, und es liegt in unserer Verantwortung, alles dafür zu tun, kommendes Wachstum nicht zu gefährden.

(Beifall FDP)

Forderungen wie die Erhöhung vorhandener Steuern oder sogar die Einführung neuer Steuern führen zu Verunsicherung und bremsen Wachstum aus.

(Beifall FDP)

Darum sind solche Forderungen in dieser Zeit schädlich und müssen aus meiner Sicht dringend vermieden werden.

Jetzt aber direkt zum Antrag des SSW. Sie fordern in Ihrem Antrag eine Finanztransaktionssteuer für

sämtliche Umsätze am Wertpapiermarkt, immerhin für Kleinsparer eine Bagatellgrenze von 3.000 € und - wenn eine EU-weite Einführung nicht funktioniert - eine nationale Einführung. Diese Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer halte ich für nicht zielführend, und ich sage Ihnen auch, warum. Wenn Sie auf sämtliche Umsätze am Wertpapiermarkt eine Steuer erheben, dann treffen Sie auch mit einer Bagatellgrenze von 3.000 € jährlich die Kleinsparer. Sie treffen die Mitte unserer Gesellschaft, diejenigen, die mühsam versuchen, ihre Rente mit privater Vorsorge aufzustocken,

(Beifall FDP und Doris Fürstin von Sain-Wittgenstein [fraktionslos])

und zwar immer dann, wenn jemand sein Geld im Rahmen vermögenswirksamer Leistungen in einen Fonds investiert, einen Riester-Vertrag bedient, Mitarbeiter-Aktien erwirbt oder bei seiner örtlichen Sparkasse, Genossenschaftsbank oder seiner Privatbank mit einem Aktien- oder Finanzplafonds monatliche Altersvorsorge betreibt; denn bei jedem Kauf würde die Finanztransaktionssteuer ein kleines Stück Rendite verzehren, die sich auf lange Sicht zu erheblichen Beträgen aufsummiert. Damit wird sowohl die private als auch die betriebliche Altersvorsorge erschwert.

Das Verrückte dabei ist, dass wir über die Einkommensteuer genau solche Produkte fördern. Das bedeutet, wir würden auf der einen Seite steuerliche Anreize für solche Altersvorsorgeprodukte setzen und sie auf der anderen Seite zeitgleich, und zwar in der Ansparphase, besteuern. Eigentlich sind wir seit 2005 weg von diesem System. Es tut mir leid, lieber SSW, aber das ist aus meiner Sicht kompletter Irrsinn. Da nützt auch Ihre Bagatellgrenze nichts.

(Beifall FDP)

Kaum ein Sparer kauft die entsprechenden Wertpapiere direkt. In den allermeisten Fällen ist ein Dienstleister zwischengeschaltet, und damit greift auch die Bagatellgrenze nicht. In der aktuellen Niedrigzinsphase ist es ohnehin schwierig geworden, für das Alter vorzusorgen. Da sollten wir den Sparern nicht noch die letzte Renditemöglichkeit nehmen.

Jetzt zu Ihrer Forderung, eine nationale Finanztransaktionssteuer einzuführen, also einen nationalen Alleingang zu machen. Haben Sie einmal nach Frankreich geschaut? - Die französische Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,3 % des Transaktionswerts wird bei einem Eigentümerwechsel von Eigenkapitalinstrumenten französischer Firmen,

(Ole-Christopher Plambeck)

schlicht Aktien oder aktienähnlichen Wertpapieren, fällig. Frankreich hat damals mit einem jährlichen Steueraufkommen von 1,6 Milliarden € gerechnet. Tatsächlich ist es die Hälfte geworden, knapp 756 Millionen €. Was ist der Grund? - Der Grund ist genau das, was Sie vorhin versucht haben auszuschließen, nämlich doch die Abwanderung ins Ausland.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

An dem Beispiel sehen wird, dass es nur eine internationale, nur eine gemeinsame Lösung in der Europäischen Union geben kann.

(Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Mit uns als CDU wird es keine Finanztransaktionssteuer geben, die Kleinsparer und Altersvorsorger belastet. Es wird mit uns als CDU auch auf gar keinen Fall einen nationalen Alleingang geben.

(Beifall Tim Brockmann [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Darum ist der Antrag in dieser Fassung nicht zustimmungsfähig.

Aber zur Güte, lieber Lars Harms, kann ich immerhin sagen, dass wir bei der Besteuerung des Hochrisikohandels beziehungsweise des Hochfrequenzhandels im internationalen Rahmen mitgehen würden. Diese Art des Handels hat unter anderem auch die Finanzkrise 2008 ausgelöst. Aber hier darf nicht so getan werden, als wenn in Deutschland seitdem nichts passiert wäre.

(Annabell Krämer [FDP]: Hört, hört!)

Hochfrequenzhändler unterliegen mittlerweile der BaFin-Aufsicht, es wurden Gebühren für die Nutzung entsprechender Handelssysteme eingeführt, und es wurden Mindestpreisänderungsgrößen für die Algorithmen im Hochfrequenzhandel festgelegt. Das sind alles sinnvolle Maßnahmen, die in der jüngeren Vergangenheit in großem Konsens umgesetzt worden sind.

Ja, die Große Koalition kann da auch etwas machen und ist handlungsfähig. Das erkennt man vor allem auch daran, dass insgesamt über die Finanztransaktionssteuer seit Mitte der 1950er-Jahre ohne Ergebnis diskutiert wird. Das zeigt die Komplexität und die Schwierigkeit dieses Themas. Deswegen schlage ich vor, dass wir uns ausführlich im Finanzausschuss mit diesem Thema auseinandersetzen sollten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit der weltweiten Finanzkrise 2007 diskutiert man in der EU und insbesondere in Deutschland über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage: Meine Partei diskutierte schon vorher darüber, da hieß es noch Spekulationssteuer. So ganz neu ist die Idee für uns also nicht.

Diese Finanztransaktionssteuer soll zu einer fairen Besteuerung des Finanzsektors führen, welcher weder der Umsatzsteuer noch einer besonderen Rechtsverkehrssteuer unterliegt. Lieber Kollege Harms, besteuert werden sollen alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen, also nicht nur die spekulativen Geschäfte. Da stimmte gerade die Eingangsvoraussetzung nicht.

Durch diese Steuer sollen Finanzinstitute an den Kosten der Bankenkrise beteiligt werden - so die Ursprungsidee -, und außerdem wollte man das Volumen der kurzweiligen Transaktionen reduzieren. Der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble war ein großer Befürworter dieser Idee.

Das hört sich alles doch erst einmal toll an. Fast alle könnten dazu Beifall klatschen. Wer sollte etwas dagegen einzuwenden haben? - Und doch - es ist schon in den ersten beiden Beiträgen deutlich geworden - sind Sinn, Zweck und Ausgestaltung dieser Steuer nach wie vor ebenso umstritten wie die Einführung. Für eine europaweite Finanztransaktionssteuer gibt es auf europäischer Ebene derzeit keine Mehrheit.

Immerhin: Mindestens zehn Befürworter-Staaten wollen eine solche Abgabe im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit als Vorreiter einführen. Frankreich hat als erster Staat in Europa bereits zum 1. August 2012 eine Finanztransaktionssteuer eingeführt. Beim Kauf zahlreicher französischer Aktien ist seitdem eine Abgabe von jetzt 0,3 % fällig. Dem Beispiel Frankreichs folgend, hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz Anfang Februar 2019 gemeinsam mit dem französischen Minister Bruno Le Maire den anderen europäischen Finanz-

(Beate Raudies)

ministern einen Kompromissvorschlag für genau so eine Aktiensteuer gemacht. Eine harmonisierte Besteuerung von Aktienwerbungen - das wäre immerhin der Einstieg in eine umfassende Besteuerung von Finanztransaktionen und ein erster wichtiger Schritt hin zur angemessenen und gerechten Einbindung des Finanzsektors in die Finanzierung des Staatshaushalts. Wer diesen ersten Schritt nicht unternimmt, kann dem Ziel einer Steuer mit breiter Bemessungsgrundlage nicht näherkommen.

Aber auch dieser deutsch-französische Vorschlag war bislang nicht konsensfähig. Immerhin hat es im Zuge der Verhandlungen über den mittelfristigen Finanzrahmen der EU Vereinbarungen zum Thema Eigenmittel gegeben. In diesem Zusammenhang wird auch wieder über die Finanztransaktionssteuer diskutiert.

Die mittlerweile vorliegende Eigenmittel-Roadmap sieht vor, dass sich die EU-Kommission bemühen wird, auf der Grundlage von Folgenabschätzungen für die Einführung neuer Eigenmittel bis Juni 2024 einen Vorschlag vorzulegen, der auch eine Finanztransaktionssteuer umfassen könnte. Verhandelt wird über die Einführung als neues Eigenmittel zum 1. Januar 2026.

Wir begrüßen diese Entwicklung auf gesamteuropäischer Ebene natürlich. Ich bin sicher, dass sich die Bundesregierung, insbesondere Bundesfinanzminister Olaf Scholz, konstruktiv und zielführend in die Verhandlungen einbringen wird, um einen Abschluss der Verhandlungen auf europäischer Ebene noch vor dem Termin 2024 zu erreichen.

Der Kollege Plambeck hat es gesagt: Nach dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition ist die Einführung einer nationalen Finanztransaktionssteuer im Moment nur im europäischen Kontext vorgesehen. Ich will aber nicht verhehlen: Das alles dauert mir zu lange.

(Beifall SPD und SSW)

Insofern ist es kein Wunder, dass Rufe nach weiteren nationalen Lösungen laut werden, so wie jetzt mit diesem Antrag vom SSW. Aber hilft uns das wirklich weiter?

(Lars Harms [SSW]: Selbstverständlich!)

Ist es zielführend, wenn jedes Land eigene Besteuerungsgrundlagen und möglichst eigene Befreiungstatbestände festlegt? Natürlich würde ein Teil der Geschäfte woandershin verlegt. Wer sollte erfassen und kontrollieren, ob der Wohnsitz des Käufers im Inland ist? Das setzt ein umfassendes Kontroll- und Mitteilungssystem voraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang sei mir der Hinweis erlaubt, dass es bei einer Verkehrssteuer schwierig ist, mit persönlichen Freibeträgen zu arbeiten. Das ist dem Wesen der Verkehrssteuer eigentlich nicht eigen. Da scheint mit der Vorschlag von Olaf Scholz aus diesem Frühjahr, über die Erhöhung des Sparerfreibetrags nachzudenken, doch zielführender, denn die Kleinanleger, für die wir hier jetzt alle reden, erwerben Aktien für die Vermögensbildung, halten sie dementsprechend lange und erzielen auch Einkünfte aus Kapitalvermögen. Die hätten also etwas von einem höheren Sparerfreibetrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die europaweite Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage bleibt für uns, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, eine Kernforderung.

(Beifall SPD)

Es wird höchste Zeit - ich kann jetzt nicht aufhören, aber meine Redezeit ist gleich um -, dass wir die Blockade auf europäischer Ebene überwinden. Darüber, wie wir das machen, können wir gern im Finanzausschuss diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist gerade eine spannende Zeit, um einmal darauf zu gucken, welche Konsequenzen vergangener Krisen eigentlich verschleppt und versäumt wurden, und darauf hinzuweisen, welche Aufgaben damals identifiziert und welche Antworten versprochen wurden, die nie gegeben worden sind. In diesem Sinne spricht der Antrag des SSW zur Finanztransaktionssteuer eben genau eine solche Maßnahme sehr gut an.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Auch zwölf Jahre nach der Bankenkrise wäre eine Finanztransaktionssteuer notwendig, richtig und sinnvoll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damals war das Ziel - das Ziel bleibt aktuell -, die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Finanzindus-

(Lasse Petersdotter)

trie an den Kosten der Krise zu beteiligen. Zwei Aspekte, die umzusetzen uns bis heute nicht gelungen ist.

Besonders spannend ist, dass wir auf der Stabilisierungsebene durch Regulierung Verbesserungen hinkommen haben. Wann aber wurde eigentlich irgendwann einmal die Finanzindustrie an den von ihr erzeugten Kosten auf irgendeine Art und Weise beteiligt? Ich erinnere mich da eher an keine Maßnahme.

Man hat stattdessen Gewinne privatisiert und Verluste vergesellschaftet. Wer meiner Rede bis hierhin gefolgt ist, erahnt, dass wir mit der FDP, unserem Koalitionspartner, in dieser Sache nicht unbedingt einer Meinung sind.

(Beifall FDP und SSW)

Aber es nutzt ja nichts. Das Wesen dieser Koalition ist, gerade dann trotzdem ins Gespräch zu gehen und zu gucken, ob man gemeinsame Lösungen hinkommt. Genau deswegen finde ich es richtig, im Finanzausschuss darüber zu sprechen. Man stelle sich einmal vor, wir kämen zu einem Kompromiss. Was wäre das für ein Fortschritt in dieser sehr festgefahrenen und langwierigen Debatte!

Der SSW ist an den meisten Stellen in seinem Ursprungsantrag schon ganz richtig. Ich würde ihn gern weiterentwickeln. Mal sehen, wie weit wir kommen.

Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, um insbesondere dem Hochfrequenzhandel entgegenzuwirken. Der Hochfrequenzhandel hat als einziges Ziel, dem Markt strategisch Geld zu entziehen. Der Hochfrequenzhandel hat durch seine Spekulationen keinerlei relevante Bedeutung für die reale Wirtschaft. Er ist kein konstruktiver Teil unseres Wirtschaftssystems. Er ist ein Teil von Spekulationen, an denen wenige verdienen. Das ist nicht gesellschaftlich, sondern egoistisch ausgerichtet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jetzt kann ich die Kritik der FDP schon ein bisschen antizipieren. Sie werden sagen, die Kleinanleger würden zu stark belastet. Da möchte ich einmal sagen, dass die Konzepte der Finanztransaktionssteuer immer vorsehen, dass man etwa 0,1 % an Steuern ansetzen würde. Das wäre bei einem Anlagevermögen von 1.000 € 1 € In der Realität kommen Kleinanleger seltener vor als in FDP-Reden. Die Kleinanleger würde man gar nicht so sehr belasten.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das zweite Argument der FDP wird die Gestaltung der privaten Altersvorsorge sein. Auch das ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich halte diese Kritik für falsch und holzschnittartig. Das Problem ist allerdings, dass der Vorschlag von Olaf Scholz ebenso falsch und holzschnittartig ist, dass es sogar so weit kommt, dass die Kritik der FDP richtig wird.

(Beifall FDP)

Spätestens dann habe ich als linker Finanzpolitiker so meine Probleme.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Spätestens dann wird sozialdemokratische Politik ein bisschen zum Verzweifeln. Tatsächlich werden nur Aktienanlagen versteuert und nicht Derivate und andere spekulative Finanzinstrumente. Man besteuert auch nicht Devisen. Der Devisenmarkt ist viel lukrativer, deutlich bedeutender und größer. Nein, stattdessen konzentriert man sich auf die Aktien.

Ausgenommen bleibt zudem der Aktienhandel an einem Tag. Ich habe gerade eben vom Hochfrequenzhandel gesprochen. Da geht es um Millisekunden, nicht um Tage. Wenn man sagt, Aktienhandel, der an einem Tag stattfindet, ist ausgenommen, ist der Hochfrequenzhandel plötzlich völlig raus. Das, was Olaf Scholz nach Jahren der CDU- und SPD-Verschleppung dieser Thematik vorgelegt hat, ist absolut unzureichend und nicht zielführend.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dennis Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW])

Deswegen handelt es sich nur um ein Aktiensteuern und hat nichts mit einer Finanztransaktionssteuer zu tun. Das ist ja schon so ein Wortgebilde, das dazu dient, Politik nicht nachvollziehbar zu machen. Es ist eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte. Wir zahlen auf alles Mögliche Umsatzsteuer. Warum nicht auf Finanzgeschäfte, und zwar auf alle Finanzgeschäfte und nicht nur auf kleine Teile, die dann die Falschen belasten würden?

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gegen eine private Altersvorsorge ist gar nichts zu sagen. Auch meine Generation wird sich Gedanken darüber machen, dass die gesetzliche Rente möglicherweise nicht reichen wird, dass wir Gesetzeslücken vor uns haben werden. Dass wir nebenbei in eine TS anlegen, ist kein Problem. Genau diese Leute wollen wir nicht belasten. Wir wollen den Finanzmarkt dadurch stabilisieren, dass wir auf der

(Lasse Petersdotter)

einen Seite Hochfrequenzhandel erschweren und damit dämpfen und auf der anderen Seite mehr Gerechtigkeit einzieht. Das erreicht die Steuer von Scholz nicht. Für ein besseres Konzept sind wir immer gesprächsbereit. Ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der SSW spricht sich in seinem Antrag für die Besteuerung sämtlicher Umsätze am Wertpapiermarkt aus. Er will zugleich den Kleinsparer verschonen und glaubt, dies mit einer viel zu niedrig angesetzten steuerfreien Bagatellgrenze gewährleisten zu können.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Der SSW beantragt, dass - hört, hört! - jede Privatperson für insgesamt 3.000 € im Jahr steuerfrei traden darf. Das durchschnittliche Ordervolumen beträgt jedoch bereits heute bei Privatpersonen 4.500 €. Meine Damen und Herren, dieser Antrag des SSW ist eine Luftnummer.

(Beifall FDP)

Er hilft Privatanlegern gar nicht. Die Steuerfreistellung gemäß SSW-Antrag betrüge bei einem angenommenen Steuersatz von 0,25 € wie es Scholz will, sage und schreibe ganze 7,50 € im Jahr. Na, Glückwunsch!

Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird die Hoffnung verbunden, schädliche Spekulationen einzudämmen und längerfristige Investments zu begünstigen. Zudem soll der Finanzsektor stärker an der Finanzierung des Staates beteiligt werden.

Das sind alles hehre Ziele, für die aber eine Finanztransaktionssteuer ein wirklich untaugliches Mittel mit beträchtlichen Nebenwirkungen ist. Warum ist das so? Nun, eine solche Steuer unterscheidet nicht zwischen förderlichen und schädlichen Transaktionen. Auch kurzfristige Finanztransaktionen sind für einen funktionierenden Kapitalmarkt zwingend erforderlich.

Über die Sinnhaftigkeit des sogenannten Hochfrequenzhandels kann man sich zweifellos streiten. Wenn Computer vollautomatisch im Millisekunden-

bereich mit Wertpapieren handeln, hat das natürlich kaum etwas mit Realwirtschaft zu tun. Allerdings ist es nicht so, dass dieser Bereich völlig unreguliert wäre und hier ein zwingender Bedarf für weitere Restriktionen und eine lenkende Steuer bestünde.

Auch mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip ist es nicht weit her, denn die Steuer fällt unabhängig davon an, ob eine Finanztransaktion zu einem Gewinn, einem Verlust oder lediglich zu einer Vermögensumschichtung führt. Doch nur ein Gewinn ist mit einem Zuwachs an Leistungsfähigkeit verbunden und dürfte somit besteuert werden.

(Beifall FDP)

Für mich sieht Steuergerechtigkeit anders aus. Zudem stellt sich die Frage, wie effektiv eine Finanztransaktionssteuer überhaupt sein kann, die auf europäischer oder sogar nur auf nationaler Ebene umgesetzt wird. Es muss damit gerechnet werden - wir hörten es -, dass die Finanzmarktakteure einfach auf andere Handelsplätze ausweichen. Diese Erfahrung hat man übrigens in Schweden gemacht und deshalb die einseitig eingeführte Finanztransaktionssteuer 1991 bereits nach wenigen Jahren wieder abgeschafft. Ich meine, wir sollten daraus lernen und es tunlichst unterlassen, mit einer solchen Steuer den heimischen Finanzplatz zu beschädigen.

(Beifall FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich sollten wir uns darin einig sein, Kleinsparer nicht noch zusätzlich zu belasten. Wir Freie Demokraten sehen im Gegenteil sogar dringenden Handlungsbedarf, den privaten Vermögensaufbau zu stärken, um einer wachsenden Altersarmut entgegenzuwirken. Die Deutschen haben relativ hohe Einkommen und relativ kleine Vermögen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Belastung mit Steuern und Abgaben ist hoch, die Wohneigentumsquote extrem niedrig. Die Grunderwerbsteuer ist eine Hürde auf dem Weg zum Eigentum, die wir Freie Demokraten gern senken würden. Leider hat es die Bundesregierung immer noch nicht fertiggebracht, das Steuerschlupfloch bei den Share Deals zu schließen, damit wir die Bürger an anderer Stelle entlasten können.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein weiterer Grund für das niedrige Vermögen der Deutschen ist die geringe Aktienquote. Das Geldvermögen der Deutschen schmilzt in Zeiten negativer Realzinsen wie Schnee in der Frühlingssonne.

(Annabell Krämer)

Je nach Studie besitzen nur 12 bis 16 % der Deutschen Aktien, obwohl eine langfristige und breit gestreute Aktienanlage zu den besten Anlageformen gehört, die es gibt.

(Zurufe)

Es passt ins Bild, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz eine Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen hat, die ausgerechnet Aktienkäufe besteuert, aber Finanzderivate ausspart. Betroffen wären also nicht in erster Linie Spekulanten, sondern Kleinanleger. Auch Lebensversicherungen und Versorgungswerke, die sich um die Altersvorsorge von Millionen Menschen bemühen, wären von dieser Steuer betroffen.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann sich nur an den Kopf fassen, was Olaf Scholz da schon wieder geritten hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine vernünftige Politik für die Mitte sieht aus meiner Sicht anders aus.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was wir stattdessen fordern, ist die Wiedereinführung der Spekulationsfrist, mit der die Gewinne auf Aktien steuerfrei gestellt werden, wenn die Anleger die Wertpapiere eine gewisse Zeitspanne halten. Denn das dürfen wir in dieser Diskussion nicht vergessen: Auf alle Gewinne, die den Sparerpauschbetrag übersteigen, fällt die Abgeltungssteuer an. Mit der Spekulationsfrist könnten wir diejenigen Bürger belohnen, die langfristig anlegen und eben nicht an den Finanzmärkten zocken.

Als Freie Demokraten wollen wir den privaten Vermögensaufbau stärken, nicht behindern. Wir wollen Bürger und Unternehmen entlasten, nicht mit neuen Steuern belasten. Deshalb lehnen wir die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ab. Wenn wir die Finanzmärkte stabiler machen wollen, dann hilft keine Besteuerung. Wir sollten stattdessen den Blick auf die Notenbanken der Welt richten, die ungeheure Geldmengen in die Märkte gepumpt haben. Dieses Geld hat die Vermögenspreise befeuert, die Volatilität der Finanzmärkte vergrößert und Spekulanten reich gemacht.

(Beifall FDP)

Damit wir das anständig diskutieren und vielleicht auch die Kollegen im Wirtschaftsausschuss von unseren Gedanken überzeugen können ebenso wie unsere grünen Koalitionspartner, möchten wir mitbe-

ratend auch im Wirtschaftsausschuss hierüber sprechen. - Besten Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Das Wichtigste vorneweg: Wir brauchen keine neuen Steuern. Wir brauchen weder die am 1. Januar in Kraft tretende CO₂-Steuer noch eine irgendwie geartete Finanztransaktionssteuer. Herr Harms, was wir brauchen, sind Politiker, die mit Steuergeldern sorgsam umzugehen wissen.

(Unruhe - Glocke Präsidentin)

Steuern haben nämlich eine äußerst unangenehme Eigenschaft: Einmal eingeführt, bleiben sie meist für immer. Das beste Beispiel dafür ist die Sektsteuer,

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

im Jahr 1902 vom Reichstag eingeführt, um die kaiserliche Kriegsflotte zu finanzieren. Die Steuer ist immer noch da. Wo zum Teufel ist die kaiserliche Flotte? - Genau, auf dem Grund von Scapa Flow.

(Zurufe)

Also: Nein, wir machen da nicht mit. Auf EU-Ebene gibt es derzeit ohnehin keine Mehrheit für die Einführung, und Deutschland sollte sie auf gar keinen Fall im Alleingang einführen. Auch der Hungerstreik eines französischen EU-Abgeordneten Ende Oktober ändert daran nichts.

Meine Damen und Herren, der Finanzplatz Frankfurt am Main profitiert derzeit vom Brexit. Rund 65 Banken und Finanzdienstleister wechseln von London nach Frankfurt, samt Jobs und Mitarbeitern. Auch das beschert uns Wohlstand und Steuereinnahmen. Eine Finanztransaktionssteuer würde vielmehr zu einer Abwanderung von Finanzdienstleistern aus Deutschland führen, und das kann ja wohl von uns kaum gewollt sein.

Außerdem ist der angestrebte Effekt einer solchen Steuer, nämlich eine Eindämmung des Hochfrequenzhandels, schlichtweg nicht zu erreichen. Hochfrequenzhändler, sogenannte Turbo Trader, würden einfach auf andere Handelsplätze, beispielsweise New York, ausweichen. Von ihrer Konstruktion her ist die Finanztransaktionssteuer auch viel-

(Jörg Nobis)

mehr eine Steuer auf den Vermögensaufbau der kleinen Leute, denn die Finanztransaktionssteuer würde zumindest nach dem Modell von Olaf Scholz zu einer reinen Aktiensteuer werden und von den privaten Aktionären und Anlegern bezahlt werden, und das sehen viele namhafte Volkswirte genauso.

In Zeiten von Nullzinsen ausgerechnet die private Altersvorsorge in Aktien mit einer Steuer zu belegen, ist kontraproduktiv. Eine der wenigen Möglichkeiten, heute noch privat vorzusorgen, belegen Sie mit einer Strafabgabe, und da hilft Ihre Bagatellgrenze kaum weiter, denn spätestens dann, wenn angespartes Portfolio im Alter aufgelöst werden muss, um vielleicht einen Auszahlungsplan oder im Alter in defensivere Papiere umzuschichten, schlägt Ihre Finanztransaktionssteuer unbarmherzig zu. Die Bagatellgrenze von 3.000 € ist vielleicht in der Ansparphase für Kleinsparer relevant. In der Aussparphase, also dann, wenn ausgezahlt wird, ist das überhaupt nicht der Fall.

Anstatt die Menschen zu Vorsorge und zum Aktiensparen zu ermuntern, schrecken Sie sie mit Ihren Steuerplänen ab. Wir lehnen daher die Einführung einer solchen Transaktionssteuer als nicht zielführend und unsozial ab. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Sehr geehrte Damen und Herren! Unabhängig von der Finanztransaktionssteuer möchte ich nach dem letzten Beitrag einmal etwas im Grundsatz sagen: Steuereinnahmen sind im Grundsatz etwas Gutes. Ohne sie würde unser Staat, unser Sozialstaat nicht funktionieren. Sie finanzieren auch unsere Demokratie und, Herr Nobis, im Zweifel sogar Ihre eigene Weihnachtsgans.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, nach der Finanzkrise 2007/2008 war der Druck groß, dass hochspekulative Finanzgeschäfte eingedämmt werden sollen und dass sich die Finanzbranche an den horrenden Kosten der Krise beteiligen sollte. Der damalige Finanzminister Schäuble versprach uns, dass sich der Finanzsektor an den Kosten der Finanzkrise beteiligen werde. Herr Schäuble, darauf warte ich noch

heute. Die Kosten und die Schulden habe ich im Haushalt, die Einnahmen nicht.

Ich will dazusagen, dass es nicht nur Deutschland ist; Europa insgesamt hat in Sachen Finanztransaktionssteuer nicht geliefert. Das ist bitter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Lars Harms [SSW] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Es gab einen guten Start. Es gab Ernsthaftigkeit. Mittlerweile liegt ein Vorschlag vor, der aber unvollkommen beziehungsweise unzureichend ist - das ist schon gesagt worden -, weil eben nicht mehr alles besteuert werden soll. Das ist der Vorschlag von Scholz, der jetzt auf dem Tisch liegt und gerade noch zwischen wenigen Ländern verhandelt wird. Dessen Realisierung würde dazu führen, dass wir nur noch mit rund 1,4 Milliarden € rechnen könnten; so ist die Schätzung von Bundesfinanzminister Scholz. Angedacht - bei der breit angelegten Steuer - waren 12 Milliarden € allein für Deutschland.

Sie sehen, das ist ein meilenweiter Unterschied. Das, was vorliegt, ist so löchrig wie ein Schweizer Käse. So sagt es zumindest die Forschungsdirektorin für Finanzmärkte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Meine Damen und Herren, neben der Frage der inhaltlichen Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer muss natürlich darüber diskutiert werden - das haben Sie hier schon gemacht; das wird im Ausschuss weitergehen -, wie sinnvoll eine nationale Lösung ist. Der SSW spricht sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf nationaler Ebene aus, aber mit dem Zusatz: sollte die Einführung einer EU-weiten Steuer nicht gelingen. - Die erste Frage ist natürlich: Wann ist der Zeitpunkt erreicht, zu dem wir feststellen, dass es nicht gelingt?

(Lars Harms [SSW]: Morgen!)

- Dann wäre nur noch heute Abend Zeit. - Ich hoffe ja immer noch darauf, dass es gelingt. Das wäre das Erste, was man feststellen müsste.

Das Zweite ist natürlich die Frage der Wirkung; auch darüber ist hier schon diskutiert worden. Es ist sinnvoll, sich im Ausschuss noch einmal miteinander anzuschauen, wie die Wirkung wäre, wenn wir es nur auf nationaler Ebene machen würden. Hierzu gibt es sehr unterschiedliche Stimmen von denjenigen, die sich damit intensiv beschäftigt haben. Natürlich gibt es die Sorge, dass eine nationale Lösung schlichtweg zu Ausweichbewegungen in andere Märkte oder Länder führen würde.

(Ministerin Monika Heinold)

Finanzminister Scholz hat zuletzt den Vorschlag gemacht, eine Übergangsklausel aufzunehmen, die es Ländern, die an einer europäischen Lösung mitgearbeitet haben, ermöglichen würde, ihre nationalen Lösungen vorerst beizubehalten. Ob dadurch neuer Schwung in die Verhandlungen und Debatten auf europäischer Ebene kommt, die ja zurzeit eh schwierig sind, weiß ich nicht.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir bei der Finanztransaktionssteuer als Jamaika-Regierung, als Jamaika-Koalition unterschiedlich unterwegs sind; auch das ist hier benannt worden. Die Finanztransaktionssteuer ist kein Jamaika-Projekt. Wir liegen in der Steuerpolitik - das ist bekannt; jeder kann es an den Programmen sehen - oft sehr weit auseinander; da beißt die Maus keinen Faden ab. Aber zu einer funktionierenden Demokratie, zu einer funktionierenden Koalition gehört es, dass diese Differenzen benannt werden, dass wir darüber sprechen, dass wir Argumente austauschen. Deshalb begrüße ich die Überweisung in den Ausschuss.

Passend zur Jahreszeit habe ich Ihnen noch einen Zweizeiler persönlich gedichtet:

(Zurufe: Oh!)

„Jamaika ist hier different. Ich wünsche Ihnen einen schönen Advent.“

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Doris Fürtin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die Redezeit eingehalten. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2609 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dem mehrheitlich zugestimmt worden.

(Kay Richert [FDP]: Und in den Wirtschaftsausschuss!)

- Auch in den Wirtschaftsausschuss, wenn es für alle okay ist. - Super.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Antrag auf Zustimmung des Landtags zu den Zielvereinbarungen zum Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“

Antrag der Landesregierung
Drucksache 19/2320

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/2603

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Abgeordneten Peer Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Vielen Dank. - Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für den Beitrag der Landesregierung hat Minister Claussen in Vertretung für Ministerin Prien.

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Präsidentin hat es schon verraten - die meisten hätten es wahrscheinlich sowieso bemerkt -: Ich bin nicht Karin Prien.

(Zuruf FDP: Noch nicht! - Heiterkeit)

Ich möchte diese Gelegenheit aber wahrnehmen, ihr - wie ich glaube, in unser aller Namen - von hier aus noch einmal gute Besserung und Genesung zu wünschen.

(Beifall)

Jetzt aber zur Sache: „Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ein Fortschritt, Zusammenarbeit ein Erfolg“ hat Henry Ford gesagt. Der Hochschulpakt 2020 ist ein großer Erfolg - ein Erfolg, den Bund und Länder gemeinsam erarbeitet haben; ein Erfolg, der sich in ganz konkreten Zahlen messen lässt. Mehr als 1,5 Millionen zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger haben seit 2007 mithilfe des Hochschulpakts ihr Studium aufgenommen. Wir haben den Frauenanteil am Personal erhöht und sowohl die Fachhochschulen als auch die MINT-Fächer nachweisbar gestärkt. Der Hochschulpakt hat seine Ziele erreicht. Dieses Erfolgsmodell wollen wir gemeinsam verstetigen.

Deshalb freuen wir uns sehr darüber, dass Bund und Länder mit dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ im vergangenen Jahr die dringend notwendige Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt auf den Weg gebracht haben.

(Minister Claus Christian Claussen)

Heute kann der Landtag mit seiner Zustimmung zu den Zielvereinbarungen diesen Zukunftsvertrag mit den Hochschulen in Schleswig-Holstein finalisieren. Im Namen der Landesregierung danke ich - und natürlich Kollegin Prien - an dieser Stelle für die konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Monaten.

Mit dem Zukunftsvertrag fördern Bund und Länder erstmals gemeinsam und dauerhaft Studium und Lehre in Deutschland. Unser Ziel ist es, die seit 2007 im Hochschulpakt aufgebauten Studienkapazitäten zu erhalten und die Qualität in der Lehre zu verbessern. Mögliche Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung können zum Beispiel sein: die gezielte Beratung der Studierenden vor und während des Studiums, um sie möglichst in ihrem ersten gewählten Studiengang zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen; die Stärkung der Lehre durch eine bessere Hochschuldidaktik und Evaluation; die Förderung von Fächern, die besonders im Interesse unseres Landes liegen, zum Beispiel die MINT-Fächer und das Lehramt; die Erweiterung des Studiengangportfolios entsprechend belastbar nachgewiesener zusätzlicher Bedarfe.

So wird an der FH Kiel ein neuer Bachelor-Studiengang Architektur entstehen, und zwar in Abstimmung mit der TH Lübeck, mit der die FH Kiel im Kompetenzzentrum Bauwesen verbunden ist. Des Weiteren wird die FH Kiel - der großen Nachfrage entsprechend - ihr Studienangebot im Bereich Soziale Arbeit um ein Online-Studienangebot erweitern.

Weitere mögliche Maßnahmen sind der Ausbau der Digitalisierung in allen Bereichen der Hochschule - in Lehre, Management, Verwaltung und auch dem Bibliothekswesen -, die Weiterentwicklung von Studienangeboten im Bereich der Internationalisierung sowie die stärkere Berücksichtigung von Themen zur Nachhaltigkeit in den Curricula.

Meine Damen und Herren, nutzen wir gemeinsam die Chance, die nationale wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandorts Schleswig-Holstein zu sichern! Gestalten wir unser Land noch attraktiver für zukünftige Fachkräfte! Packen wir es an, und zwar langfristig! Denn die Mittel des Zukunftsvertrags werden von Bund und Ländern unbefristet zur Verfügung gestellt. Damit schaffen wir wertvolle Planungssicherheit für die Hochschulen und erleichtern den Ausbau dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse in der akademischen Lehre.

Diese Sicherheit war lange nicht gegeben. Bis Mitte 2019 war es ausgesprochen unsicher, ob es ein Nachfolgeprogramm für den im Jahre 2020 auslaufenden Hochschulpakt geben würde.

Die Hochschulen haben deshalb zu Recht in der Vergangenheit Vorsorge für die Auslaufphase des Hochschulpakts von 2021 bis 2023 und darüber hinaus getroffen. Nur so konnten sie sicherstellen, dass der Aufnahmejahrgang des Jahres 2020 weiterhin in einem gut ausgestatteten Hochschulsystem mit einer qualitativ hervorragenden Hochschulbildung versorgt werden kann, unter anderem eben auch mit Masterstudiengängen, die nicht bereits bis Ende 2021 absolviert sein können.

Vor diesem Hintergrund bedauert die Landesregierung die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, im nächsten Jahr einen Teil der vertragsgemäß fälligen Hochschulpaktmittel zu sperren. Die Länder haben die Vereinbarung mit dem Bund eingehalten. Auch Rücklagenbildungen durch die Hochschulen widersprechen dieser Vereinbarung keineswegs. Sie sind fast zwangsläufige Folge der besonderen Bedingungen des Hochschulpakts.

Offenbar ist es aber weder dem Bundesministerium für Bildung und Forschung noch den Wissenschaftsministerien der Länder bislang gelungen, dem Haushaltsausschuss diese Gründe anschaulich darzulegen. Das müssen wir nachholen, um Schaden von unseren Hochschulen abzuwenden, die sich keine Unregelmäßigkeiten vorzuwerfen haben.

(Beifall CDU und FDP)

Klar ist aber auch, dass die Rücklagen nach der Verstetigung der Mittel konsequent abgebaut werden müssen.

Auch wenn wir heute einen wichtigen Meilenstein für unsere Hochschulen und für die gemeinsame Arbeit von Bund und Ländern feiern können, bleibt noch einiges zu tun. Lassen Sie uns dies gemeinsam im Schulterschluss von Landesregierung und Parlament in Angriff nehmen. Dieser Appell richtet sich natürlich auch an die SPD, die ja im Bund mitregiert.

Meine Damen und Herren, Zusammenarbeit ist ein Erfolg. Und diesen gemeinsamen Erfolg dürfen wir jetzt nicht verspielen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den 57.488 im Jahr 2018 eingeschriebenen Studierenden lernten 37.881 an den Universitäten, 961 an den künstlerischen Hochschulen und 18.646 an den Fachhochschulen. Das sind beachtliche Größenordnungen für ein Land wie Schleswig-Holstein. Die Studienerfolgsquote lag 2018 bei immerhin 80,3 % und damit über dem Bundesdurchschnitt.

Unser staatlich finanziertes schleswig-holsteinisches Hochschulsystem besteht aus drei Universitäten in Flensburg, Kiel und Lübeck, zwei künstlerischen Hochschulen in Kiel und Lübeck und vier Fachhochschulen an der Westküste in Heide, in Flensburg, in Kiel mit Rendsburg und in Lübeck.

Der Wunsch nach einem Studium ist weit verbreitet und die Gruppe der Studierenden sehr heterogen. Sie reicht von minderjährigen Abiturienten bis hin zum Meister oder Menschen mit langjähriger Berufserfahrung. Studieren kann man längst nicht mehr nur in den Hörsälen oder in den Laboren, sondern genauso online und weltweit und egal an welchem Ort.

Mit dem vorliegenden Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ geht es um das Nachfolgeprogramm der Hochschulpakete I bis III, die von 2007 bis 2020 neu aufgelegt wurden. In dieser Zeit - so hat es der Minister berichtet - stiegen unsere Studierendenzahlen enorm an.

Unsere Hochschulen haben diesen Aufwuchs mit ihrem Personal gut gemeistert. Sie sind die Katalysatoren, die die Innovationskraft des Landes beschleunigen und dringend benötigte akademische Fachkräfte exzellent ausbilden.

Genau darauf sind wir angewiesen, wenn es gelingen soll, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Landes voranzutreiben, um damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China und den USA zu verbessern.

Um dauerhaft die hohe Zahl von Studierenden im Land auf höchstem akademischen Niveau qualifizieren zu können, werden die Mittel der Hochschulpakete jetzt verstetigt.

(Beifall CDU und Lasse Petersdotter
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der vorliegende Zukunftsvertrag sorgt dafür. Er ermöglicht den Erhalt von Studienplatzkapazitäten, sorgt für Qualitätsverbesserungen in Studium und Lehre und gibt unseren Hochschulen die Chance, das eigene Profil noch besser zu schärfen. Die Fachhochschule Kiel entwickelt zum Beispiel den Fachbereich Architektur und online-gestützte Angebote für den Bereich Soziale Arbeit.

Wenn ich an meine eigene Studienzeit Mitte der 80er-Jahre hier an der CAU in Kiel zurückdenke, waren die Studienplätze bereits sehr begehrt, und die Hörsäle waren voll. Die ersten PCs kamen zum Einsatz, aber von einer Online-Lehre war man noch weit entfernt.

Bei der Berufs- und Studienplatzwahl unserer Kinder erleben wir jetzt eher die Qual der Wahl bei der richtigen und passgenauen Entscheidung. Ihre Herausforderung besteht darin, sich zurechtzufinden in einer immer größer werdenden Angebotsflut. Ein gigantischer Veränderungsprozess hinein in eine globalisierte und digitalisierte Zeit mit einer immer größeren Auswahl an Studienfächern, gepaart mit den aktuellen Herausforderungen der Pandemie, bestimmen den Alltag an Hochschulen. Für die Hochschulen erfordert dieser beschleunigte Weg in die Zukunft stetige und ganz erhebliche Investitionen, die wegweisend sind.

Daher ist es gut, dass sich alle Bundesländer im Juni 2019 mit der Bundeskanzlerin auf eine Bundesländer-Vereinbarung mit einem Bundesvolumen von 1,88 Milliarden € verständigt haben. Auf dieser Basis wird nun die vorliegende Landeszielvereinbarung zum Zukunftsvertrag mit den Hochschulen geschlossen. Damit wird der auslaufende Hochschulpaket durch den Zukunftsvertrag fortgeschrieben und 2024 evaluiert.

Fakt ist, dass sich mit diesem Zukunftsvertrag die Möglichkeit eröffnet, jeden in die Hochschulen investierten Euro aus Mitteln des Landes durch einen zweiten Euro vom Bund zu verdoppeln. Eine zeitliche Begrenzung dafür gibt es nicht. Beides sind bemerkenswerte Verhandlungsergebnisse.

Mein Dank gilt an dieser Stelle allen beteiligten Verhandlungspartnern, allen voran unserer Bildungsministerin Karin Prien, der auch ich von dieser Stelle aus herzliche Genesungswünsche sende, und unserem Staatssekretär Dr. Oliver Grundei.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl
[fraktionslos])

Für unsere Hochschulen hier im Land bedeutet das ein Gesamtvolumen im Haushalt 2021 von 85 Mil-

(Anette Röttger)

lionen € von denen 47 Millionen € aus Bundes- und rund 38 Millionen € aus Landesmitteln veranschlagt werden. Dieses Geld ermöglicht zwar noch keine Wachstumsstrategie, verhindert aber zumindest einen Schrumpfungsprozess. Der Zukunftsvertrag sichert unseren Hochschulen ihre Stabilität und gibt ihnen finanzielle Planungssicherheit.

Über die Einzelvereinbarungen mit den jeweiligen Hochschulen ist die individuelle strategische Weiterentwicklung im Sinne der Hochschulautonomie gut berücksichtigt. Im Rahmen unseres Gesprächs mit den Hochschulleitungen im Bildungsausschuss haben wir diese nicht nur als ein gut aufgestelltes Netzwerk mit einer breiten Übereinstimmung erlebt. Sie haben sich als Vertreter ihrer jeweiligen Hochschule mit klaren Konzepten für praxistaugliche Qualitätsverbesserungen präsentiert und eine deutliche und übereinstimmende Zustimmung zum ausgehandelten Vertrag bekundet. Dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Unsere Hochschulen im Land sind gut aufgestellt. Eine hohe Motivation und ein hohes Engagement am jeweiligen Standort sind Grundlage und Markenzeichen für eine gelingende akademische Ausbildung.

Ich freue mich, dass es mit diesem Zukunftsvertrag gelingen wird, den Studienerfolg weiter zu verbessern und ein Scheitern zu vermeiden. Gute Beispiele geeigneter Maßnahmen sind eine verbesserte Eingangsberatung bei der Studienplatzauswahl oder Propädeutika. Die Lehre verbessert sich, wenn die Rahmenbedingungen gut sind. Daher freuen wir uns über das Bestreben hin zu einer weiteren Entfristung von Verträgen und über Entwicklungen wie zum Beispiel an der Technischen Hochschule Lübeck, die Lehrende durch Mediendidaktik über das Zentrum für digitale Lehre unterstützt.

Nur mit einem nachhaltig gestärkten Wissenschaftsstandort kann Deutschland seine Position im internationalen Wettbewerb verbessern. Mit diesem Zukunftsvertrag sind die Hochschulen auf einem guten Weg.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Professor Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischen 2005 und 2009 konnte sich die Große Koalition, wie bekannt, nicht zu einer Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich durchringen. Wir haben im Landtag mehrfach und einmütig darauf hingewiesen, dass und warum diese Aufhebung erforderlich ist. Gerade im Coronajahr würde die bundesdeutsche Hochschullandschaft völlig auseinanderfallen, wenn jedes Land sich bei der Sicherung von Lehre und Forschung nur auf die finanziellen Kräfte verlassen könnte, die es selbst hat. Die Hochschulpakete tragen seit 2007 dem Ziel des Grundgesetzes Rechnung, die Lebensverhältnisse in ganz Deutschland nicht gleichartig, aber gleichwertig zu gestalten.

Deswegen ist es nun besonders ärgerlich, vor einer Woche lesen zu müssen, dass der Bund 5 Millionen € der insgesamt 34 Millionen € die im kommenden Jahr zu erwarten waren, gesperrt hat. Der Minister hat darauf hingewiesen. Der Grund dafür ist, dass die Hochschulen angeblich zu hohe Rücklagen bilden. Bundes- und Landesrechnungshof hatten vorher schon in dasselbe Horn geblasen und aus den Rücklagen den Schluss gezogen, dass einzelne Hochschulen eher zu viel als zu wenig Mittel erhalten haben. Dies gilt nun ganz sicherlich nicht für die Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Zu einer verantwortungsvollen Hochschulleitung gehört eine einwandfreie Abrechnung darüber, dass Zuweisungen des Landes, des Bundes und anderer sachgerecht und wirtschaftlich verwendet werden. Das schließt aber die Notwendigkeit ein, Mittel zurückzulegen und kumuliert für größere Projekte zu verwenden. Unseren Hochschulen ist nach meiner Kenntnis nicht in einem einzigen Fall vorgeworfen worden, sie würden die ihnen zugewiesenen Gelder nicht sachgerecht ausgeben. Ich kann deshalb nur hoffen, dass es dem Bundesforschungsministerium gelingt, dem Haushaltsausschuss des Bundestages deutlich zu machen, dass die Bildung von Rücklagen gerade kein Beweis für üppige Überfinanzierung, sondern ein Beleg für verantwortungsvolle Haushaltsführung ist.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das Zurückhalten dieser Mittel würde auch den Zukunftsvertrag erheblich tangieren. Mit dem vorliegenden Zukunftsvertrag sollen der Studienerfolg verbessert und die Attraktivität der Lehre gesteigert werden. Das sind wichtige und richtige Ziele, die

(Dr. Heiner Dunckel)

immer wieder in Gefahr geraten, nachrangig berücksichtigt zu werden.

Ein zentraler Baustein ist die Digitalisierung in allen Bereichen der Hochschulen. Wir haben gerade in den letzten Monaten gesehen, wie wichtig dieser Baustein ist, aber auch, wie viel noch zu tun ist. Es ist einfach zu sagen, dass die Hochschulen mehr oder gar vollständig digital lehren sollen. Aus vielen Beispielen weiß ich, dass hier noch erheblicher Nachholbedarf ist. Ein Podcast oder eine WhatsApp-Gruppe ist eben noch keine Digitalisierung. Nicht alle, aber viele Hochschulen und Dozentinnen und Dozenten haben hier noch deutliches Potenzial nach oben. Viele gute Beispiele im Land, aber auch vorbildliche deutsche oder internationale Hochschulen können hier als Orientierung dienen. Ein Blick in das Hochschulforum Digitalisierung mag auch helfen.

Trotz aller Digitalisierung ist festzuhalten: Schon bei vielen interaktiven Lehrveranstaltungen wie Seminaren ist es etwas anderes, ob eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer mit 30 Studierenden interagieren kann oder nur auf dem Bildschirm sieht, ob sich jemand gemeldet hat oder nicht. Eine akademische Diskurs- und Diskussionskultur ist digital sicherlich nicht zu erreichen. Es gibt natürlich auch Lehrveranstaltungen - in den Naturwissenschaften sicherlich häufiger als in den Geisteswissenschaften -, bei denen das Labor oder die Werkstatt nicht einfach auf den Bildschirm übertragen werden kann. Wenn Lehre attraktiver werden soll, dann kann und muss sie analog und digital weiterentwickelt werden. Der Hochschuldidaktik und der Mediendidaktik muss sicherlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass die Erarbeitung und das Aushandeln der Zielvereinbarungen viel Zeit in Anspruch nehmen. Das dem Landtag zugeleitete Paket konnte daher kaum auf die Situation von Lehre und Studium in Coronazeiten eingehen. Die Frage der Studierbarkeit wird aber wichtiger denn je. Niemand von uns will, dass wegen Corona Bildungskarrieren abgebrochen werden. Gar keine Frage: Corona wird dafür sorgen, dass viele Studierende länger an der Hochschule bleiben müssen, als es ohne Corona der Fall gewesen wäre. Dafür sind wir nicht richtig vorbereitet. Da gibt es das immer noch ungelöste Problem der durchaus bescheidenen Studienfinanzierung durch BAföG und einige ergänzende Maßnahmen, die das nicht entsprechend entschärfen. Dass die fortgefallenen Jobs das noch schwieriger machen, wissen wir mittler-

weile auch. Das Bildungsministerium könnte hier in bestimmten Fällen noch mehr machen.

Das seit ewigen Zeiten bestehende Problem, dass die Fristen zwischen dem Ende eines Lehramtsstudiums und der Bewerbung für das Referendariat zu kurz sind, hat sich in diesem Jahr ganz erheblich verschärft. Das liegt nicht an den faulen Studierenden, sondern daran, dass ihnen wesentliche Bestandteile der Infrastruktur der Hochschulen schlicht und einfach nicht zur Verfügung standen - von Beratungen über informellen Austausch bis hin zu den Bibliotheken. Es kann angesichts eines jedes Jahr stärker werdenden Lehrermangels nicht der Weisheit letzter Schluss sein, wenn das Bildungsministerium auf einen zu engen Zeitplan bei der Verteilung der Referendare hinweist und es in Kauf nimmt, dass qualifizierte Nachwuchslehrer und Nachwuchslehrerinnen erst ein halbes Jahr später in den Vorbereitungsdienst einsteigen können. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn diese in andere Bundesländer abwandern.

In den meisten Bereichen sind die vorgelegten Zielvereinbarungen ein tragfähiges Gerüst für die Arbeit unserer Hochschulen. Darauf haben auch die Hochschulen hingewiesen. Wenn man die Autonomie der Hochschulen ernst nimmt - und das tun wir unbedingt -, dann muss man dem Votum der Hochschulen folgen. Meine Fraktion wird den Zielvereinbarungen deshalb zustimmen. Es ist richtig, dass wir uns im Bildungsausschuss einstimmig dafür ausgesprochen haben, den Anteil der unbefristet Beschäftigten, insbesondere auch im Mittelbau, an den Hochschulen bis 2027 auf 40 % anzuheben. Dies wird durch den von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierten Antrag festgehalten. Dem wollen wir gerne zustimmen.

Es bleiben auch noch einige Wermutstropfen. Als Flensburger muss ich auf die schwierige Situation der Fachhochschule in Flensburg hinweisen. Sie hat ein strukturelles Defizit und hat darauf hingewiesen, dass sie die Ziele aufgrund dieses Defizits nicht erreichen kann. Darauf muss schnell und nicht erst 2025 reagiert werden.

(Vereinzelter Beifall FDP und SSW)

Wir haben auch noch das Problem der Lehraufträge zu bearbeiten, insbesondere was die mangelnde Finanzierung und Vergütung dieser Lehraufträge angeht. Dazu findet sich in diesen Zielvereinbarungen nichts. Das müssen wir sehr schnell angehen, um die Lehre in den Hochschulen aufrechterhalten zu können.

(Dr. Heiner Dunckel)

Ferner vermisse ich noch einige Antworten, nämlich einmal auf die Frage der Standorte sowie auf die Frage der Studienplätze für die Pflege. Das ist nicht beantwortet. Zudem möchte ich noch einmal darauf hinweisen - der Staatssekretär hat es im Bildungsausschuss auch gesagt -, dass trotz dieses Zukunftsvertrages das Hochschulsystem in Schleswig-Holstein unterfinanziert ist. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Insgesamt drei Universitäten, zwei künstlerische Hochschulen und vier Fachhochschulen: Schleswig-Holstein hat eine starke und breit aufgestellte staatliche Hochschullandschaft. Rund 11.000 junge Menschen entscheiden sich jedes Jahr für ein Studium in Schleswig-Holstein. Im Vergleich zu 2005, als es etwa 7.000 Personen waren, ist seit der Einführung der Hochschulpakete ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Es gibt also einen deutlichen Anstieg, was die Entscheidung für Schleswig-Holstein angeht. Dies ist ein wichtiger Grundstein für das künftige individuelle Leben. Ich glaube, das ist auch eine sehr gute Nachricht für unsere Hochschullandschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Trotzdem bleibt es richtig, dass wir in Schleswig-Holstein keine aggressive Wachstumsstrategie verfolgen. Natürlich ist es schön, wenn immer mehr Menschen hier studieren möchten, aber wir müssen auch ein bisschen auf unsere Kapazitäten und darauf gucken, wo unsere Talente liegen. Das Wichtigste bleibt weiterhin, dass die aktuell rund 60.000 Studierenden in Schleswig-Holstein gut und gerne studieren. Unser Ziel bleibt auch künftig, genug akademisches Fachpersonal und Fachkräfte für Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft auszubilden. Dafür bildet der Zukunftsvertrag eine sehr gute Grundlage.

Über den Zukunftsvertrag werden bundesweit rund 2 Milliarden € jährlich verteilt. Für Schleswig-Holstein bedeutet das eine Summe von 77 Millionen bis 85 Millionen € im Jahr. Das bedeutet für den Bund jährlich 47 Millionen € für Schleswig-Hol-

stein, und das Land beteiligt sich mit 38 Millionen € - jeder einzelne Euro davon ist sehr gut investiert.

Dazu kommt, dass wir die Hochschulen-Land-Bund-Beziehungen finanziell auf ein neues Finanzierungssystem einstellen, das strategisch ist, das aber auch nachvollziehbarer wird und in den Hochschulen akzeptiert ist. Dass das gelingt, ist nicht einfach. An dieser Stelle möchte ich denjenigen nennen, dem wir das meiner Auffassung nach zu verdanken haben: Der Zukunftsvertrag trägt eine eindeutige Handschrift, auch beim innovativen Ansatz der Finanzierung, und das ist die Handschrift von Oliver Grunde, dem ich für die Arbeit, die er geleistet hat, ausdrücklich danken möchte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Herr Kollege Dunckel hat es angesprochen, in diesem Zusammenhang werden wir weiter über die Protokollnotiz der Hochschule Flensburg sprechen müssen. Die Hochschule Flensburg hat ein finanzielles Problem, dem wir uns widmen müssen. Das ist unsere Verantwortung. Dieses Problem hat viele Ursachen, aber ebenso viele Lösungen wird es geben können. Insofern begrüße ich es sehr, wenn wir uns im kommenden Jahr und in den darauffolgenden Jahren zusammensetzen werden. Dass die Hochschule Flensburg in ihrer Existenz und Fähigkeit gesichert bleiben muss, steht für niemanden hier infrage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Der große Vorteil des Zukunftsvertrags ist, dass die Mittel langfristig angelegt und gesichert sind. Das macht den Unterschied zu den Hochschulpaketen davor aus. Durch die Entfristung bestehen Planbarkeit und Zuverlässigkeit für die Hochschulen. Nur so entsteht ein Rahmen, der Innovation möglich macht und Freiraum zur Qualitätsentwicklung schafft, für die Entfaltung in einer gewissen Ruhe, um weiter voranzukommen. Das alles gilt nicht nur für die Hochschulen im Gesamten, sondern auch für die Dozierenden im Speziellen.

Deswegen ist es gut, dass wir die Ziele, wie die Hochschulen aufgestellt sein sollen, und die Entfristungsquote im parlamentarischen Raum deutlich ambitionierter gestaltet haben. Mit einer Entfristungsquote von 40 % senden wir eine klare Ansage an die Beschäftigten in den Hochschulen. Darüber freue ich mich sehr; damit stärken wir den Hochschulstandort. Das ist auch zehn Jahre nach Beschluss des Templiner Manifests der Gewerkschaft

(Lasse Petersdotter)

für Erziehung und Wissenschaft ein wichtiges Zeichen in die richtige Richtung.

Wir stärken die Hochschulen auch mit der Auflage, dass jede Hochschule bis 2024 ein Diversity-Audit durchgeführt haben oder eine Diversity-Strategie erstellt haben muss. Die meisten Hochschulen haben das bereits getan und sind auf einem guten Weg, andere werden nachziehen. Wenn wir ehrlich sind: Eine Hochschule, die international ernst genommen werden möchte, muss so etwas vorweisen können; das gehört 2020 einfach zum guten Ton.

Der Zukunftsvertrag ist in der Lage, die dynamisch wachsende und gut aufgestellte Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein abzusichern. Gut aufgestellt ist sie tatsächlich, auch wenn noch viel Potenzial besteht.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch ein paar grundsätzliche Worte, die ich in der jetzigen Situation und in der allgemeinen Debatte, die wir auch heute zu mehreren Tagesordnungspunkten geführt haben, für wichtig und bedeutend halte: Wissenschaft ist wichtig. Gute Wissenschaft ist nicht elitär oder exklusiv. Sie ist egalitär und inklusiv. Sie schafft Chancen und Verständnis. Wir müssen uns als Gesellschaft wieder mehr zur Wissenschaft bekennen, und wir dürfen die Deutungshoheit nicht jenen überlassen, die ihre Ablehnung von Wissenschaft als bodenständig oder subversiv verklären.

In diesem Sinne danke ich all den Menschen, die gestern und heute, zurzeit von zu Hause, sonst in den Bibliotheken, Laboren, Werkstätten und Hörsälen tätig sind. - Vielen Dank für das, was Sie leisten!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Zukunftsvertrag, der den Hochschulpakt ablösen wird, wird der Bund die Hochschulen zukünftig dauerhaft mitfinanzieren. Das haben wir seit vielen Jahren gefordert, und deshalb unterstützen wir das sehr - wie die allermeisten im Hohen Hause -, weil es gerade für ein Bundesland wie Schleswig-Holstein von enormer Bedeutung ist, dass der Bund hier seiner Verantwortung nachkommt. Wir würden das Geld des Bundes na-

türlich auch einfach so nehmen, aber, Frau Heinold, der Bund gibt uns ja selten einfach Geld, ohne Bedingungen zu stellen. Insofern ist das ein sinnvoller Kompromiss.

Er bringt den Hochschulen die notwendige Planungssicherheit und hilft dabei, die Qualität von Forschung und vor allem Lehre zu sichern und zu verbessern.

Es wurde schon darauf hingewiesen: Die Hochschulen sind in den letzten Jahren in sehr starkem Maße gewachsen, vor allem die Studierendenzahlen. Viel ist da nicht mitgewachsen, an Ressourcen, an Personal. Die strategische Bedeutung der Hochschulen für unser Bundesland und unsere Gesellschaft insgesamt muss meines Erachtens noch stärker in den Fokus rücken. Zur Bedeutung der Wissenschaft für unsere heutige Gesellschaft hat der Kollege Lasse Petersdotter gerade alles Notwendige gesagt.

Wenn wir international wettbewerbsfähig bleiben wollen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, werden wir den Hochschulbereich finanziell noch deutlich stärker unterstützen müssen. Die Schwerpunktsetzung muss meines Erachtens auf Bundes- und Landesebene zukünftig noch stärker auf diesem Bereich liegen. Denn die Welt schläft nicht; die internationale Konkurrenz ist erheblich dabei aufzuholen und uns teilweise schon weit voraus.

Die Digitalisierung wird auch die Hochschulen zunehmend verändern. Ich meine nicht nur die technische Ausstattung, Kollege Dunckel. Da wird ja derzeit viel nachgeholt, um das digitale Semester vernünftig bewerkstelligen zu können. Es gibt an den Hochschulen gewaltige Datenmengen, und diese müssen besser vernetzt und sinnvoller genutzt werden. Auch das Thema Künstliche Intelligenz gewinnt zunehmend an Bedeutung. Andere Regionen - auch innerhalb Deutschlands; gerade wenn man in den Süden der Republik guckt - sind uns da meilenweit voraus. Auch in diesem Bereich haben wir großen Nachholbedarf.

Es ist wichtig, dass wir in enger Abstimmung mit den Hochschulen zu einem guten Ergebnis kommen konnten. Die breite Unterstützung in der Hochschullandschaft ist eine gute Basis für die nächsten Jahre. Das stärkt die Akzeptanz, damit die Ziele, die man miteinander vereinbart hat, tatsächlich umgesetzt werden. Dafür möchte auch ich vor allem Staatssekretär Oliver Grundei und seinem Team danken, aber auch den Vertreterinnen und Vertre-

(Christopher Vogt)

tern der Hochschulen, die sich hier extrem konstruktiv eingebracht haben. Das ist ein Wert an sich.

Ich möchte an dieser Stelle auch die Gelegenheit nutzen, mich bei der Ministerin zu bedanken und ihr am Bildschirm weiter gute Genesung zu wünschen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Wir statten unsere Hochschulen nicht nur bei den Investitionen, sondern auch bei der Grundfinanzierung schrittweise besser aus und übernehmen auch die Tarifsteigerungen. Wichtig ist mir, dass wir den Hochschulen bei der Mittelverwendung eine gewisse Autonomie gewähren werden. Vor Ort weiß man in der Regel am besten, wie man das Geld am sinnvollsten einsetzen kann, um die jeweilige Strategie zu verfolgen.

Die dauerhafte Finanzierung des Bundes muss auch dazu führen, die Arbeitsbedingungen für viele Beschäftigte an den Hochschulen zu verbessern und als Arbeitgeber noch attraktiver für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu werden. Die Hochschulen können und sollen ihre jeweiligen Profile weiter schärfen. Besonders freut es mich, dass wir den schon länger geforderten Architektur-Studiengang an der Fachhochschule Kiel aufbauen können - Herr Blažek ist heute auch da. Beim Bauingenieurwesen haben wir bereits zu Beginn der Wahlperiode neben Lübeck diesen zweiten Standort aufgebaut. Dieser neue Studiengang wird den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs auch für den Norden des Landes zukünftig sichern.

Lasse Petersdotter, man muss einfach feststellen: Die Präferenzen waren dort unterschiedlich stark ausgeprägt. Wir haben nach dem Aus des Standorts Eckernförde eine Fachkräftelücke, die langsam sichtbar wird und die wir schließen müssen. Insofern ist es wichtig, dass wir da nachsteuern.

(Beifall FDP, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die überschaubare, aber sehr vielfältige Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein ist besser aufgestellt, als viele vielleicht manchmal denken. Darüber sollten wir noch stärker sprechen und dafür werben.

Bei der Internationalisierung sind wir gut davor, aber auch hier könnten wir unsere interessante geografische Lage noch besser nutzen. Das wird gerade für die Christian-Albrechts-Universität eines der wichtigen Themen und großen Baustellen sein, um bei der Exzellenzstrategie nächstes Mal erfolgreich

sein zu können. Das Ziel der neuen Präsidentin, zukünftig unter den Top 15 in Deutschland zu sein, halte ich für angemessen und realistisch. Ich finde auch ihren Ansatz, diese große Universität nicht nur international, sondern auch innerhalb des Bundeslandes stärker zu vernetzen, genau richtig. - Das klingt vielleicht erst einmal komisch, aber die Hochschulen innerhalb unseres Bundeslandes können sich tatsächlich noch stärker mit anderen gesellschaftlichen Bereichen vernetzen.

Ebenfalls noch deutlich zulegen müssen wir beim Hochschulbau, der in Schleswig-Holstein leider über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt wurde. Warum wir uns als FDP-Fraktion so sehr für ein anhaltend hohes Investitionsniveau einsetzen, kann man besonders gut an den Hochschulen beobachten. Gerade an der Christian-Albrechts-Universität haben wir nach wie vor einen immensen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei den Gebäuden und deren Ausstattung. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Coronakrise und die Digitalisierung das Studium und auch das Arbeiten an den Hochschulen spürbar verändern werden; das wird sich in irgendeiner Form auch auf den Raumbedarf niederschlagen.

Allerdings glaube ich, dass es den Investitionsbedarf nicht nennenswert verringern, sondern mit Blick auf die Digitalisierung eher erhöhen wird.

Ebenfalls sollte man den Wissens- und Technologietransfer und die Ausgründungen aus den Hochschulen weiter stärken. Auch die Fachhochschule Kiel hat sich vorgenommen, da mit dem neuen Präsidenten deutlich besser zu werden. Ich halte das für absolut sinnvoll. Dass wir die Diversität stärken wollen, halte ich für eine Selbstverständlichkeit, weil das längst internationaler Standard ist, wenn wir ehrlich miteinander sind.

Wir werden also an verschiedenen Stellen daran arbeiten, unsere Hochschullandschaft weiter zu verbessern. Wir haben ein sehr gutes Paket vorliegen. Ich bitte Sie ganz herzlich um Zustimmung zu diesem Paket und bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Manchmal habe ich das Gefühl, es ist schon lange verdächtig still vonseiten der Studierenden. Vielleicht entwickeln wir uns in Schleswig-Holstein ja in eine gute Richtung.

(Tobias von der Heide [CDU]: So ist es! -
Vereinzelter Beifall CDU)

Ich weiß, Sie können es nicht mehr hören: Es war aber die Küstenkoalition, die die Grundhaushalte der Universitäten aufstockte

(Zurufe)

und - gemessen an der damaligen Haushaltslage - sehr viel Geld in die Hochschulen steckte.

(Beifall SSW und SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Vor unserer Regierungszeit haben sie sich vor Schließungen fürchten mussten. Das gute Verhältnis zu den Hochschulen haben wir wiederhergestellt. Bei all dem Lob, das ich bei verschiedenen Gelegenheiten an das Bildungsministerium gerichtet habe, ist dies eines, das unsere jetzige Bildungsministerin vielleicht insgeheim an ihre Vorgängerregierung richten sollte.

Wenn ich Staatssekretär Grundei richtig zitiere, hat er uns im Bildungsausschuss zugesagt: In den nächsten Jahren gibt es zwar keine Wachstumsstrategie, aber eben auch keinen Schrumpfungsprozess. Die Unischießungen sind vom Tisch.

Ein bisschen Uneinigkeit herrschte unter den Hochschulen ja bezüglich des Verteilungsschlüssels. Aber eine Sache ist richtig gut: Wir haben immer wieder von den Hochschulen gehört, dass sie jetzt Planungssicherheit und Verlässlichkeit brauchen. Diese bekommen sie nun durch die Verstetigung der Finanzmittel. Sie scheinen mit dem Einbindeprozess zufrieden gewesen zu sein, auch in der Anhörung habe ich nichts anderes wahrnehmen können. Deswegen auch von mir an dieser Stelle ein Dankeschön an das Bildungsministerium, das hier, soweit ich es beurteilen kann, für eine gute Zusammenarbeit gesorgt hat.

Die verschiedenen Standorte in Schleswig-Holstein - das haben wir in der Anhörung des Bildungsausschusses wahrnehmen können - fühlen sich mitgenommen. Wir haben so viele Rückmeldungen unserer Hochschulen bekommen, und da ist es eigentlich immer etwas unangebracht, nur eine herauszupicken. Ich möchte aber einmal sagen, dass es mich sehr gefreut hat, ein zufriedenes Feedback der Mu-

sikhochschule Lübeck gehört zu haben. Wir haben mit dieser Hochschule eine ganz besondere Hochschule im Land, an der junge Menschen aus der ganzen Welt studieren, die unser Leben kreativ-musisch bereichern.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dass es gelungen ist, die besondere Situation unserer Musikhochschule zu berücksichtigen und so auf lange Sicht auch mehr Musiklehrkräfte unterstützt werden können, hat mich persönlich besonders zuversichtlich gestimmt.

Aus meiner Sicht heißt dies auch nicht, dass jetzt alles gut ist. Unsere Hochschulen haben weiterhin finanzielle Mehrbedarfe. Was müssen wir mitnehmen? - Es braucht eine Anpassung der Bezahlung der Lehrkräfte sowie die generelle Verbesserung der Personalstruktur, einen Ausbau der Dauerstellen und Verbesserung der Lehre, vielleicht auch durch den Ausbau der digitalen Lehre. Die Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung ist ebenfalls mehrfach in der Anhörung angemahnt worden. Das Ministerium hat ja bereits zugesagt, dies separat erledigen zu wollen.

Weiterhin ist die Einrichtung einer Professur für Wasserstofftechnologie zu regeln, auch im Sinne einer Zukunftsprofessur. Da sind wir dann eigentlich schon bei den Grundhaushalten.

Abschließend möchte ich sagen, wie geglückt ich den überraschenden Änderungsantrag von Jamaika finde, der die beiden Hauptpunkte, an die sich noch Kritik richtete, aufgriff: zum einen die Entfristung der Arbeitsverträge, zum anderen Diversitätsstrategien der Universitäten. Mehr Entfristungen bedeuten für unser Land mehr attraktive Arbeitsplätze für wissenschaftliches Personal. Mehr Diversität führt insgesamt zu besseren Ergebnissen, besonders mit Blick auf ein Vorankommen bei den Exzellenzstrategien. Beides ist elegant gelöst worden.

Mit dem auslaufenden Hochschulpakt III Ende dieses Jahres ist jetzt gerade der richtige Moment, die Zielvereinbarungen zum Zukunftsvertrag Studium und Lehre abzustimmen. Schlussendlich - Sie konnten es am Ton meiner Rede erahnen - kann der SSW vorbehaltlos beiden Sachen zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Anette Röttger [CDU])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Antrag der Landesregierung, Drucksache 19/2320, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Mietenmoratorium wieder in Kraft setzen! Mieterinnen und Mieter in der Coronakrise nicht im Stich lassen!

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2620

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Özlem Ünsal der SPD-Fraktion.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen auch an Herrn Blažek von Haus & Grund. Mittlerweile zeigt sich viel deutlicher als zu Beginn der Pandemie - das wissen wir alle -, dass Menschen je nach ihrem sozialökonomischen Status unterschiedlich stark von der Pandemie betroffen sind. Die Gründe kennen wir inzwischen, nach mehreren Monaten Corona-auseinandersetzung: Die massive Ausweitung der Kurzarbeit sei hier genannt, die angestiegenen Arbeitslosenzahlen sowie vor allem in der Gastronomie oder im Kulturbereich weggefallene Minijobs.

Die möglichen Folgen - auch da erzähle ich sicherlich nichts Neues - sind Verschuldung, Überschuldung und im Extremfall auch der Verlust der Wohnung. Diese Gefahr wächst, solange die Pandemie anhält. Wenn wir uns aktuelle Erkenntnisse und Zahlen angucken, sehen wir, dass es ungefähr 10 Millionen Haushalte im gesamten Bundesgebiet trifft, die über keine finanziellen Rücklagen verfügen und besonders unter den Folgen von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit leiden.

Genau deshalb hatten Bundesrat und Bundestag zu Recht im März 2020 ein Bündel an gesetzlichen Ausnahmeregelungen auf den Weg gebracht, um die sozialen Härten auch in diesem Bereich abzumildern. Nach dem sogenannten Gesetz zur Abmil-

derung der Folgen der Covid-19-Pandemie konnten damit Mietrückstände, soweit sie pandemiebegründet waren - das musste nachgewiesen werden -, nicht zur Begründung einer Kündigung herangezogen werden. Das war richtig, und diese Regel galt für Wohn- und Gewerbemietverhältnisse ebenso wie für Pacht. Zudem ermöglichte das Gesetz einen Zahlungsaufschub bei Schuldverhältnissen wie Energieleistungen.

Alle diese Erleichterungen sind leider Ende Juni 2020 ausgelaufen. Der Vorstoß einer Verlängerung seitens der sozialdemokratischen Justizministerin Christine Lambrecht scheiterte am massiven Widerstand der Union. Damit erhalten Wohnungsmieter und Gewerbetreibende in diesem Bereich seit Juli 2020 bei coronabedingten Ausfällen keinen Schutzschirm mehr, und das, obwohl wir alle wissen, dass nach dem ersten Lockdown die Lage im zweiten Lockdown, der weiterhin anhält, deutlich verschärfter ist als zu Beginn.

Wir wollen aber nicht nur die wirtschaftliche Lage und Existenz im Blick behalten, sondern auch die soziale Existenz in der Pandemie sichern. Niemand in Schleswig-Holstein darf Angst haben, aus unverschuldeten Gründen seine Wohnung oder den Gewerberaum zu verlieren. Ich glaube, dass dies kein Zustand ist, den wir hier haben wollen.

(Beifall SPD und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich kann Ihnen sagen, dass dies nicht nur Theorie ist. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten mehrere betroffene Menschen in Kiel und anderswo besucht, und die Lage ist in der Tat ernst.

Bei der Versorgung mit wichtigen Grundleistungen wie Wasser und Strom oder Telekommunikation darf es ebenfalls keine Unterbrechung geben. Deshalb sagt auch zu Recht Lukas Siebenkotten, der Präsident des Deutschen Mieterbundes, genau an dieser Stelle, dass es absolut widersinnig ist, in dieser Phase in den Normalmodus überzugehen, um Mieter damit dem Kündigungsrisiko auszusetzen. Ähnlich deutlich argumentieren auch Sozial- und Wohlfahrtsverbände, heute zuletzt der DGB, der ebenfalls ein Mietmoratorium fordert.

Aber auch die Gewerbetreibenden sind stark betroffen. Besonders Gastronomen und Hoteliers - wer sollte das besser wissen als wir hier in unserem schönen Bundesland - fürchten eine heftige Kündigungswelle. Deshalb fordert auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA bereits seit Sommer, das Moratorium neu aufzulegen.

(Özlem Ünsal)

(Beifall SPD und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole es: Die Lage ist in der Tat ernst, und wir wissen, dass besonders die großen Immobilienfonds den Mieterinnen und Mietern kaum entgegenkommen, obwohl sie wissen, dass sie über die Mieter in der Vergangenheit hohe Renditen beschert bekommen haben. Angesichts der enormen Herausforderungen, vor die Covid-19 uns als Gesellschaft stellt, geht es hierbei um einen Akt gebotener Solidarität. Während die Grünen im Bund dies gemeinsam mit uns als SPD und Linken fordern, gibt es ein für mich nach wie vor unerklärlichen Widerstand von Union, leider auch von der FDP und vor allem von Vertretern der Immobilienbranche gegen eine Verlängerung. Die Gründe mag man sich vielleicht ein Stück weit denken. Der Vorwurf seitens des VNW-Direktors reicht sogar bis hin zu billigem Populismus. Mieterschutz scheint da nicht die oberste Priorität zu haben. Verunsichernd, populistisch und zutiefst unsolidarisch ist genau dieses Verhalten, diese Reaktion gegenüber den Betroffenen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Natürlich ist es unser oberstes Ziel, dass es gar nicht erst dazu kommt, dass irgendjemand durch die Folgen der Pandemie in so eine Situation gerät, das wäre weder im Interesse des Vermieters noch im Interesse des Mieters. Wer will das schon? - Keiner von uns! Trotzdem sieht die Realität eben anders aus. Denn manchmal dauert es eine gewisse Zeit, bis die Leistungen der Sicherungssysteme greifen und dann auch auf dem Konto des Empfängers landen. Genau diese Phase ist enorm wichtig für die Betroffenen. Oft ist dann trotz allem ein harter finanzieller Einschnitt für die Betroffenen zu befürchten, beziehungsweise er tritt dann auch ein.

Die Mieterinnen und Mieter kann ich nur ermutigen, rechtzeitig das Gespräch mit den Vermietern zu suchen - sie tun das zum Teil auch - und Hilfe in Anspruch zu nehmen, zum Beispiel über den Mieterbund.

Auch die Vermieterinnen und Vermieter haben ein hohes Interesse daran, dass es zu einer einvernehmlichen Lösung kommt. Darauf bauen wir mit unserem Appell sowohl an die Energieversorger als auch an die Wohnungswirtschaft. Wir wissen auch, dass das mehrheitlich passiert, und hoffen, dass auch weiterhin verantwortungsbewusst gehandelt wird. Leider tun das aber eben nicht alle.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Özlem Ünsal [SPD]:

Ich bin sofort fertig. - Deshalb brauchen wir genau für diesen Fall ein Auffangnetz - das fordern wir mit dem Mietmoratorium -, um Härten abzuwenden. Die Krise ist nicht vorbei. Mieterinnen und Mieter brauchen deshalb jetzt die Sicherheit, und wir lassen sie definitiv nicht im Stich. Ich hoffe, Sie auch nicht. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Ende März 2020 wurde zur Vermeidung negativer Folgen im Mietrecht und Pachtrecht der Artikel 240 § 2 EGBGB eingeführt. Dieser hat das Kündigungsrecht des Vermieters dahin gehend beschränkt, dass ein Mietverhältnis über Grundstücke oder Räume nicht allein aus dem Grund gekündigt werden kann, dass der Mieter im Zeitraum vom 1. April 2020 bis 30. Juni 2020 trotz Fälligkeit die Miete nicht zahlt, sofern die Nichtleistung auf den Auswirkungen der Coronapandemie beruht. Viele Mieter dachten - auch aufgrund einer sehr unglücklichen Kommunikation dieser Regelung -, dass sie nun erst einmal keine Miete zahlen müssten. Bei mir in der Kanzlei stapelten sich Briefe von Privatmietern, aber auch großer Ketten, die ihren Vermietern mitteilten, aufgrund des Coronagesetzes keine Miete mehr zahlen zu wollen.

Was bis heute die wenigsten Menschen wissen, ist, dass das Gesetz keine Stundung der Mieten vorschreibt. Es erlaubt nicht einmal die Stundung der Mieten. Die Zahlungspflicht bleibt bestehen. Da eigentlich in allen Mietverträgen ein Zahlungsdatum vereinbart ist, nämlich der dritte Werktag des Monats, kommt man als nicht zahlender Mieter ohne weitere Mahnung in Verzug. Es fallen Verzugszinsen an - bei Privatmietern von 5 % über dem Basis-

(Lukas Kilian)

zinsatz. Da sind wir gerade bei einem Zinssatz von 4,1 % - ein sehr teures Darlehen.

Das löst aber das nächste Problem aus: Wer sich in Verzug befindet, muss damit rechnen, dass er möglicherweise einen Brief von einem Anwalt bekommt oder verklagt wird. Das ist ausdrücklich zulässig. Nehmen wir einmal eine Monatsmiete von 500 € warm an. Man zahlt für den Zeitraum April, Mai und Juni 2020 nicht, dann fallen, wenn man für diesen Zeitraum verklagt wird, zusätzlich noch einmal Gerichtskosten von über 1.000 € an. Aus einem Schaden von 1.500 € hat man also flugs einen Schaden von 2.500 € gemacht - ausgelöst durch das Mietenmoratorium. - Funktioniert ja super!

Wenn man das den Mietern in der anwaltlichen Beratung erzählt, dass genau diese Gefahren lauern, dann ist die Begeisterung über das Mietenmoratorium innerhalb kürzester Zeit weg. Ich kann Ihnen sagen: Der Mieterschutz in diesem Mietenmoratorium ist unausgegoren.

Zeitgleich wurde den Vermietern viel mehr zugemutet als allen anderen. Wir haben für diverse Bereiche Hilfspakete geschnürt - Coronahilfe I, Coronahilfe II, Coronahilfe III, Novemberhilfe, Dezemberhilfe - alles Mögliche. Für Vermieter, gerade auch für Privatvermieter, gibt es kein Netz.

(Özlem Ünsal [SPD]: Aber nicht gegeneinander ausspielen!)

- Natürlich! Was machen Sie denn? Sie spielen die doch gegeneinander aus!

Ich kann Ihnen drei Beispiele aus meiner anwaltlichen Beratung nennen. Ich habe ein älteres Ehepaar, beide über 80 Jahre alt. Die kommen zu mir, die haben keine Rente. Die sitzen bei mir in der Beratung und sagen: Herr Kilian, meine Rente besteht daraus, dass wir monatliche Mietzahlungen bekommen. Wir haben von diesem Gesetz gehört. Der Mieter zahlt im Moment noch. Wir haben einen niedrigen Mietzins, und eigentlich läuft das mit dem Mieter, aber wir haben Sorge, wenn der nicht mehr bezahlt, dass wir drei Monate keine Rente mehr haben. Wir sind so alt, dass wir kein Darlehen mehr bei der Bank bekommen. Was sollen wir tun?

(Beifall CDU und FDP)

Es geht weiter: Bei mir saß ein junger Unternehmer, der eine Gewerbeimmobilie besitzt. Diese Gewerbeimmobilie hat er an einen Billigsupermarkt vermietet, einen Billig-Ein-Euro-Markt, der meines Erachtens nur Plastikmüll verkauft, aber das ist ja egal. Der Ein-Euro-Markt teilte ihm mit, dass man die Mieten zunächst nicht zahlen müsste - man hät-

te wegen Corona ja am Anfang auch schließen müssen -, und bot dann ganz generös an, dass man ein Drittel der Miete sofort zahlen würde, wenn auf den Rest der Miete verzichtet würde. „Sie erlassen uns also bitte den Rest der Miete, dafür bezahle ich ein Drittel.“ - Das ist ein ganz bewusstes Ausnutzen des Mietenmoratoriums zulasten der Vermieter.

(Beifall CDU und FDP)

Eine dritte Familie hatte das Problem, dass sie einen Kredit für eine Mietwohnung aufgenommen hatte. Die Mietwohnung wurde von den Mieteinnahmen abbezahlt, dann haben die Mieter mit einem Mal gesagt, sie zahlten nicht mehr. Der Kredit lief weiter. Dann hieß es: Das ist kein Problem, Sie können sich an Ihre Bank wenden und Ihr Darlehen aussetzen. - Das hat aber die Große Koalition eben nicht so vorgesehen wie bei den Mietern, weil die Banken ein Widerspruchsrecht haben. So einfach funktioniert das nicht. Mit einem Mal steht die Bank da. Die Finanzierung für die eigene Immobilie, die der Alterssicherung dient, ist in Gefahr.

(Beifall Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter Kilian, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Özlem Ünsal?

Lukas Kilian [CDU]:

Liebed gern.

Özlem Ünsal [SPD]: Ihnen ist wohl klar, dass wir mehrere tausend Fälle im gesamten Bundesgebiet haben, die davon profitieren und bei denen es eben nicht so läuft, wie Sie gerade beschreiben? Ich würde gerne von Ihnen erfahren, worauf Sie Ihre Erkenntnisse stützen - außerhalb Ihrer Kanzlei. Haben Sie Belege dafür? Wissen Sie um die Zahlen, wo Menschen genau von dieser Stundung, von der Aussetzung der Zahlung Gebrauch machen? Können Sie das ausführen?

- Ich erkläre das gerne noch einmal. Es gibt keine Stundung. Genau das ist das Problem. Dieses Mietenmoratorium und solche Reden, wie Sie sie gerade gehalten haben,

(Beifall FDP)

suggestieren den Menschen, dass man die Miete nicht zu zahlen braucht. Sie reden die Leute in das teuerste Darlehen, das man aufnehmen kann,

(Zuruf Özlem Ünsal [SPD])

(Lukas Kilian)

nämlich zum Verzugszinssatz. Das ist wirklich Mist!

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist das für ein Unsinn! - Özlem Ünsal [SPD]: Ich glaube, Sie haben meiner Rede nicht ausführlich zugehört, danke schön! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist unseriös, was Sie machen!)

- Nein, es ist unseriös, was das Mietenmoratorium gemacht hat. Frau Lambrecht hat das damals schon erkannt. Die hat damals gesagt: Wir haben jetzt die Möglichkeit ausgesetzt, wegen Zahlungsverzug den Mietraum zu kündigen. So haben die Mieterinnen und Mieter die Möglichkeit, sich um ihre Angelegenheiten zu kümmern, sprich: Wohngeld zu beantragen. - Das war Frau Lambrecht. Genau das war damit gemeint: In drei Monaten Wohngeld beantragen, damit man eben gerade nicht einen Dominoeffekt auslöst und den Privatvermieter oder auch die Wohnungswirtschaft vor nächste Zahlungsschwierigkeiten stellt. Wir machen in keinem anderen Bereich das, was das Mietenmoratorium vorsieht. Es tut mir furchtbar leid: Das, was Sie hier fordern, die dauerhafte Abwendung bis zum Ende der Coronakrise, ist nicht mal absehbar.

(Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Lukas Kilian [CDU]:

Ja, aber ich lasse noch eine Zwischenfrage zu.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Ihre Zeit ist abgelaufen. Sie haben gerade nicht die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zuzulassen.

Lukas Kilian [CDU]:

Das ist aber schade. - Dann ein letzter Satz. Die dauerhafte Abwälzung zulasten der Vermieter halte ich für einen wirklich billigen Populismus, wie Andreas Breitner es in der Presse dargelegt hat. Er ist nicht nur nicht billig, sondern er ist sogar sehr teuer für die Mieter, -

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bitte kommen Sie zum Schluss.

Lukas Kilian [CDU]:

- weil das zum Verzugszinssatz stattfindet. Meines Erachtens ist es wirklich eine falsche Politik, die Sie hier propagieren.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine kleine Vorbemerkung machen. Die Coronapandemie hat das Land fest im Griff. Ich wünsche mir, das wäre mittlerweile anders; die Coronadebatte nervt mittlerweile.

Erst Mitte November 2020 hatten wir eine umfangreiche Anhörung im Wirtschaftsausschuss. Betroffenenvertreter des erneuten Lockdowns haben uns eindrucksvoll erläutert, wie es ihnen geht: existenzielle Bedrohungen bei Soloselbstständigen, in der Veranstaltungsbranche, bei Kulturschaffenden. Nicht wenige - Frau Ünsal, Sie haben das gesagt - befinden sich seit März in einem pandemiebedingten Dauerlockdown, obwohl Fixkosten, Miete, Heizung, Bankkredite, Leasingraten, weiter bedient werden müssen. Wir konnten hören: Die finanziellen Reserven sind aufgebraucht, und die Situation ist trotz Überbrückungshilfen nicht einfach - wenn sie beispielsweise angekündigt, aber nicht bezahlt werden. Das ist für die Leute nicht witzig.

Ich habe aus der Anhörung aber auch mitgenommen, dass uns die Leute immer wieder gesagt haben, das, was wir mit den Verordnungen machen, sei rechtlich sehr kompliziert, wenig hilfreich und manchmal nicht nachvollziehbar. Wir alle haben die Pflicht, besser zu kommunizieren und zu erläutern, was wir auf den Weg bringen. Nicht alles, was wir auf den Weg gebracht haben, war gründlich zu Ende gedacht. In der Situation im März 2020 ging es darum zu helfen. Genau da setzt Ihr Antrag ein.

Wir haben jetzt über das Moratorium diskutiert. Ich habe mir das auch so vorgestellt, dass das Moratorium Leuten in einer schwierigen Situation eine Sicherheit gibt und sie sagen: Hier habe ich eine Möglichkeit, denn ich bin zu Hause festgenagelt, ich muss ein Homeoffice einrichten, alles spielt sich in meiner Wohnung ab, und deshalb gibt mir der Staat einen Schutz für diese Wohnung.

(Dr. Andreas Tietze)

Psychologisch ist das eine total wichtige Botschaft. Die Diskussion, die wir gerade erlebt haben, zeigt, dass gut gemeint nicht immer gut gemacht ist. In dieser Situation können wir doch jetzt nicht sagen, das Mietenmoratorium sei der falsche Ansatz. Wenn wir sehen, dass, wie Sie zu Recht sagen, Vollzugszinsen da sind, müssen wir möglicherweise rechtlich nachsteuern. Es darf eben nicht dazu führen, dass ein schlechter Kredit da ist, sondern dazu, dass das eine angemessene Schutzwirkung für die Menschen hat, die das dringend benötigen.

Deshalb sage ich als Grüner: Wir haben uns an der Debatte im Deutschen Bundestag beteiligt. Es stimmt, Frau Göring-Eckardt hat da die Position der SPD sehr stark vertreten. Aber es ist nun einmal so: Sie haben sich im Bund in der Koalition nicht durchsetzen können, wir haben sozusagen Ihren Antrag im Gespräch in der Jamaika-Koalition nicht durchbringen können, obwohl ich für dieses Anliegen sehr geworben habe. Aber wir haben erreicht, dass der Antrag in den Ausschuss überwiesen wird.

In der Tat haben die Grünen im Deutschen Bundestag einen Vorschlag gemacht, den ich zumindest für überlegenswert halte. Es geht um einen Sicher-Wohnen-Fonds, bei dem wir überlegen, wie wir diese spezielle Situation der Gewerbetreibenden, der Gewerbemieten, aber auch der Privaten verbessern können. Hier ist durch eine Erhöhung des Wohngelds auch gehandelt worden. Das finde ich übrigens im persönlichen Bereich richtig. Es setzt nämlich genau an der subjektiven Situation an, dass ich ein Problem habe und der Staat mich mit den Instrumenten unterstützt, die in der Wohnungsbauförderung bewährt sind.

Diskutiert wird auch über eine Änderung des § 313 BGB, Störung der Geschäftsgrundlage. Danach sollen Betriebsschließungen, Nutzungsbeschränkungen aufgrund von behördlichen Allgemeinverfügungen die Vertragsgrundlagen verändern. Auch da muss es Möglichkeiten geben, dass es rechtliche Situationen gibt, dass die Pandemie nicht dazu führt, dass wir ein Dauerproblem in der Wirtschaft haben.

Lassen Sie mich einmal ein Wort für die vielen Vermieterinnen und Vermieter sagen. Ich rede jetzt nicht über die großen Hedgefonds, sondern über die kleineren Vermieter. Herr Blažek sitzt ja auch dort oben. Hier ist ein Bemühen zu sehen, dass man gerade bei den kleinen Gewerbemieten nicht will, dass die Innenstädte veröden. Vermieter und Mieter sind in einer gemeinsamen Partnerschaft, dafür zu sorgen, dass es hier eben nicht zu einer Situation kommt, dass die Leute aus ihren Immobilien herausgedrängt werden. Wir haben schon genug öde

Innenstädte. Wir können es nicht gebrauchen, dass dieser Trend verstärkt wird. Insofern finde ich die Idee des Deutschen Mieterbundes, der auch einen Sicher-Wohnen-Fonds fordert, richtig. Wir brauchen zielgenaue Instrumente, Hilfsinstrumente, die im Sinne dieses Mietenmoratoriums wirken.

Liebe Frau Ünsal, ich werbe dafür, jetzt keinen Schnellschuss zu machen, sondern in den Ausschuss hineingehen, gemeinsam zwischen der Koalition, Jamaika, und Ihnen zu überlegen: Was brauchen wir tatsächlich an zusätzlichen Instrumenten, die - da hat der Kollege Kilian recht - zielgerichtet sind? Darüber würde ich mich gern unterhalten. Darüber würde ich gern nachdenken. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, der wir uns gerade in der Coronapandemie stellen müssen.

Wir können nicht die Probleme in Berlin lösen. Das müssen die schon selber tun. Aber wir können für uns Dinge benennen, die wir für unsere Bürger in Schleswig-Holstein auf den Weg bringen können. Das ist unsere Aufgabe. Das sollten wir mit Engagement in dieser Pandemie tun und den Menschen deutlich signalisieren, dass wir sie nicht allein im Regen stehen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an das anknüpfen, was der Kollege Kilian hier ausgeführt hat. Ich bin ihm sehr dankbar, dass er einmal aus der Praxis berichtet hat,

(Beifall FDP, CDU und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

wie dieses Mietenmoratorium tatsächlich gewirkt hat. Nicht ohne Grund haben Fachleute das Mietenmoratorium direkt nach Erlass als Kündigungsmoratorium bezeichnet, denn das war es. Es hat nur das Recht der Kündigung wegen Zahlungsverzug verschoben. Alles andere an wechselseitigen Pflichten einschließlich des Verzugsrisikos und des Verzugsschadensersatzes, dem sich Mieter ausgesetzt haben, blieb bestehen. Deshalb ist Ihr Antrag schon strukturell misslungen. Er nimmt dieses Problem nämlich überhaupt nicht in den Blick.

(Jan Marcus Rossa)

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Das Problem Ihres Antrags ist darüber hinaus, dass wir in der Tat nach den drei Monaten, in denen dieses Mietenmoratorium zunächst galt, überhaupt gar keinen Bedarf für eine Verlängerung haben. Das wird meines Erachtens verkannt. Zum Zeitpunkt des ersten Mietenmoratoriums im März 2020 war völlig unklar, welche wirtschaftlichen und insbesondere finanziellen Auswirkungen die Coronapandemie für Mieter haben würde. Aus diesem Grund war es richtig, hier zunächst einmal einen gewissen Schonzeitraum einzuräumen, in dem gegebenenfalls Mietzahlungen zurückgehalten werden konnten, ohne dass das Mietverhältnis dadurch gefährdet werden konnte. Das ist die Zielrichtung des Mietenmoratoriums im März 2020 für drei Monate gewesen.

Was Sie völlig unberücksichtigt lassen, ist, dass dann bereits Anfang April 2020 deutliche Erleichterungen für den Bezug von Wohngeld verabschiedet wurden, sodass Mieter, die durch die Coronapandemie in Not kamen, viel schneller Wohngeld beziehen konnten. Insofern ist es auch kein Wunder, dass tatsächlich das sogenannte Mietverzugsproblem nicht so groß ist, wie Sie hier glauben machen wollen.

Meine Damen und Herren, dieser ganze Antrag leidet auch darunter, dass er im Grunde genommen Ängste bei Menschen schürt, die nicht in dieser Not- und Zwangslage sind, wie Sie sie hier beschreiben und zur Begründung Ihres Antrags heranzuführen.

Was ist denn das Ziel Ihres Antrags? Auch das schreiben Sie ja in Ihrer Begründung. Sie wollen die steigende Verschuldung von Mietern unterbinden mit Ihrem Mietenmoratorium. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wenn nicht gezahlt wird, dann steigt die Verschuldung der Mieter. Ich verstehe nicht, dass man das so ausblenden kann.

Wir haben soziale Sicherungssysteme in diesem Land, und die haben geholfen. Wenn Sie mit Wohnungsunternehmern sprechen, dann stellen wir fest, und das ist Ihnen auch von Ihrem eigenen Parteifreund bestätigt worden, nämlich vom VNW-Chef, dass es diese Verzugsproblematik tatsächlich in dieser Form nicht gegeben hat. Die Mieter haben ihre

Mieten mehr oder weniger pünktlich bezahlt, wie vorher auch. Es mag Ausnahmen gegeben haben.

(Özlem Ünsal [SPD]: Fragen Sie mal beim Mieterbund nach!)

- Sie sprechen von wenigen Fällen bundesweit. Das kann nicht der Maßstab sein für einen solchen Antrag.

Und ganz ehrlich: Nach der gestrigen Berichterstattung in der Zeitung habe ich schon gedacht, dass ich meine Rede gar nicht mehr schreiben muss und Sie vielleicht den Antrag einfach zurückziehen, denn Herr Breitner hat doch recht mit dem, was er sagt: Es gibt kein Bedürfnis für ein Mietenmoratorium.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Im Übrigen ist die Herangehensweise von Ihnen hoch problematisch. Sie diffamieren mit diesem Antrag rechtschaffende Wohnungsunternehmen, die nämlich ihre Mieter nicht vor die Tür setzen, die Rücksicht nehmen. Das wissen Sie auch, und das müssen Sie einräumen.

Wir haben hier kein Problem, das so groß ist, dass es ein Mietenmoratorium rechtfertigen würde. Wir brauchen eben etwas anderes als ein Mietenmoratorium. Ich glaube, das ist deutlich geworden durch die Ausführungen von Lukas Kilian und von mir.

(Zuruf Özlem Ünsal [SPD])

Deswegen: Bitte lassen Sie am besten diesen Antrag auf sich beruhen. Beschäftigen wir uns mit den wirklichen Problemen. Wenn Menschen in soziale Notlage kommen, dann müssen unsere sozialen Sicherungssysteme eingreifen, und die stehen zur Verfügung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende, Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kurzarbeit, fehlende Aushilfsjobs in der Gastronomie oder ausbleibende Projekte für Projektmanager: Diese Dinge bestimmen den Alltag von vielen Menschen bei uns im Land, und eine solche Situation mindert natürlich die Zahlungsfähigkeit. Auf einmal passt die Miete nicht mehr ins Budget, und das ist natürlich keine schöne Situation.

(Lars Harms)

Die SPD schlägt daher vor, das Gesetz zur Abmilderung der Covid-19-Pandemie zu verlängern. Laut dieser Regelung darf gemietete Wohn- oder Gewerbefläche nicht gekündigt werden, wenn die finanziellen Engpässe coronabedingt sind. Aus Sicht des SSW war es in Bezug auf die erste Infektionswelle richtig, ein solches Instrument in die Wege zu leiten, um schnell und vor allen Dingen zeitbegrenzt zu helfen. Nun befinden wir uns aber inmitten der nächsten Infektionswelle. Die Frage ist daher: Können wir soziale Härten so dauerhaft abmildern? Welche Instrumente haben wir dafür? Was haben wir aus den ersten Monaten lernen können?

Was ich für mich sagen kann, ist, dass die angesprochenen Maßnahmen keine echte Entlastung bringen. Die fristlosen oder ordentlichen Kündigungen würde man in diesem Fall nur nach hinten verschieben. Mit einer Verlängerung oder Neuauflage der Regelung würde man in wenigen Monaten wieder an der gleichen Stelle stehen. Das tun wir jetzt im Übrigen auch. Damit ist niemandem geholfen.

Natürlich ist es das Allerbeste, wenn man sich bilateral über eine Lösung einig wird. Das ist der Idealfall, aber auch eine solche Lösung wird kein dauerhafter Zustand sein können. Denn was feststeht, ist, dass auch die andere Seite - sprich Vermieter und Energieanbieter - Kosten zu decken haben.

Was ist also zu tun? Jeder oder jede kann sich an dieser Stelle individuelle Lösungen überlegen, um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen. Das findet in Deutschland sehr wahrscheinlich auch tagtäglich statt, auch in Zeiten ohne Pandemie. Auch sei an dieser Stelle einmal kurz angemerkt, dass es schon unterschiedliche Instrumente diesbezüglich gibt - wie die Übernahme der Kosten der Unterkunft im Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld oder Grundsicherung, bei der auch zeitweise größere Wohnungen geduldet und finanziert werden, oder eben das sogenannte Wohngeld, das aufgrund der Coronapandemie jetzt wesentlich häufiger beantragt und auch genehmigt wird. Es gibt also schon Hilfen, und auf diese Hilfen hat Andreas Breitner hingewiesen.

Aus Sicht des SSW wäre, wie ich bereits anfangs gesagt habe, ein erneutes Mietmoratorium nur ein Verschiebeparkplatz. Den Beteiligten würde nur kurzfristig geholfen, während der Schuldenberg weiter wächst. Klüger wäre es daher, einen staatlichen Zuschuss auf den Weg zu bringen, der Menschen, die ihre Mieten und Energiekosten aufgrund von Covid-19 nicht mehr zahlen können, hilft. Meine Damen und Herren, hier könnte man zum Beispiel den Zugang zum Wohngeld zeitweise noch

weiter erleichtern. Das wäre eine Möglichkeit, die wir politisch schaffen könnten.

(Beifall SSW)

Das würde nicht nur den Mietern die entsprechende Entlastung bringen, sondern das würde auch den Vermietern und Energieversorgern gerecht werden.

Alles in allem finde ich, es ist in der Tat eine schwierige Entscheidung, welche politische Maßnahme nun die zielführendste ist und ob eine zusätzliche Maßnahme in diesem Fall überhaupt angebracht ist. Das merken wir immer wieder in der Diskussion, wenn es um die Coronakrise geht. Ich denke, wir sollten vielleicht im Ausschuss noch einmal in Ruhe darüber beraten, wie sich das vergangene Moratorium, das wir hatten, wirklich konkret ausgewirkt hat und wie sich die aktuelle Situation auf dem schleswig-holsteinischen Wohnungsmarkt derzeit darstellt. Nur wenn wir die Gegebenheiten auch mit konkreten Zahlen darstellen können, können wir tatsächlich auch über zielführende Maßnahmen diskutieren. Und vielleicht macht es dann Sinn, schon bestehende Instrumente ein bisschen - auch zeitweise - zu schärfen.

Ich glaube, dass dieses Moratorium am Ende nicht zielführend ist, denn es kann nicht in unserem Interesse sein, dass wir Mieterinnen und Mieter haben, die später sechs, sieben, acht, neun oder zehn Monatsmieten schuldig sind und irgendwann den Gerichtsvollzieher vor der Tür haben, wenn die Pandemie vorbei ist. Dann geht es den Leuten wirklich ans Kleid, und das wollen wir in gar keiner Art und Weise. Das wäre eine reine Katastrophe für die Leute. Wenn sie dann sogar noch Verzugszinsen bezahlen müssen, dann haben sie wirklich den Hauptgewinn gezogen. Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Wenn wir wollen, dass wir die Leute entlasten, dann geht das nur, indem wir beispielsweise den Zugang zum Wohngeld zeitweise etwas erleichtern, sodass die Leute einen staatlichen Zuschuss bekommen können. Das ist die leichtere Variante, und sie hilft nicht nur den Mietern, sondern auch den Vermietern, und das ist genau richtig. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der SPD wirkt auf den ers-

(Jörg Nobis)

ten flüchtigen Blick ganz sympathisch. Wer möchte nicht unverschuldet in Not geratenen Mietern irgendwie helfen? Das gilt aber nur auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick wird klar, dass der Vorschlag der SPD in die völlig falsche Richtung geht. Die SPD-Forderung ist billiger Populismus und verunsichert in schwerer Zeit die Menschen, sagt Andreas Breitner, Direktor des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen und früherer SPD-Innenminister.

Herr Breitner weist zu Recht darauf hin, dass es kaum Fälle von Kündigung wegen coronabedingter Nichtzahlung von Mieten gebe. Wenn Sie, liebe Genossen, an Mieten denken, dann haben Sie immer die großen Wohnungsgesellschaften vor Augen, die den einen oder anderen Mietausfall sicherlich verkraften können. Was Sie aber nicht sehen, sind all diejenigen Vermieter, für die ein kleines vermietetes Objekt, eine Einliegerwohnung oder eine Doppelhaushälfte oder dergleichen Teil ihrer Altersvorsorge ist. Wir haben es eben gehört.

Das betrifft mitnichten nur einige wenige, ganz im Gegenteil. Zwei Drittel aller Wohnungen in Deutschland gehören Privatpersonen. Das restliche Drittel verteilt sich auf Wohnungsbaugenossenschaften, öffentliche Wohnungsgesellschaften und Unternehmen. Es gibt in Deutschland rund 4 Millionen private Einzelvermieter, und die würden Sie mit Ihren Plänen besonders treffen. Wer eine Wohnung vermietet, der kann sich keinen staatlich geduldeten Mietausfall leisten. Wir haben es gehört: Für viele ist das die Rente oder ein Teil der Rente.

Einmal mehr zeigen Sie, liebe Genossen, dass Sie nicht verstanden haben, wie das wahre Leben so funktioniert. Ich helfe Ihnen gern auf die Sprünge: Sie lösen kein Zahlungsproblem von Mietern, indem Sie immer mehr Schulden aufhäufen lassen. Sie verschieben die Probleme nur in die Zukunft und sorgen dafür, dass die Probleme auf weitere Gruppen überspringen. Sie infizieren auf Dauer den gesamten Wirtschaftskreislauf.

Das Problem muss also anders gelöst werden, und zwar an der Wurzel. Wer unverschuldet durch die Folgen der Coronapolitik in Not gerät und deshalb seine Miete nicht zahlen kann, dem muss unbürokratisch geholfen werden - aber direkt und nicht, indem die Lasten den Vermietern aufgebürdet werden. Mietzuschüsse etwa könnten eine Lösung sein. Der Staat ist dabei in der Pflicht - das sage ich ausdrücklich -, weil viele dieser Härten erst durch staatliche Eingriffe entstanden sind.

Uns muss aber auch klar sein, dass solche Maßnahmen immer nur befristet sein können. Wenn sich die wirtschaftliche Lage weiter eintrübt und im kommenden Jahr keine nachhaltige Erholung einsetzt, dann wird auch der Staat nicht mehr im bisherigen Umfang einspringen können.

Ziel des politischen Handelns muss es also sein, wirtschaftliche Betätigung gerade in der Touristik, der Gastronomie und im Handel wieder zu ermöglichen - mit der Rücknahme von Maßnahmen, wo immer möglich, und mit Planungssicherheit für Unternehmer.

Als ersten Schritt hin zu mehr Sicherheit - in diesem Fall: für die privaten Vermieter - lehnen wir Ihren Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann über die Zielgenauigkeit dieses Instruments streiten. Man kann auch darüber streiten, ob man nicht noch zusätzlich etwas tun müsste. Dann aber, wenn es um den Mieterschutz geht, hier mit einer Rede aufzuwarten wie der Kollege Kilian - das ist der Grund, warum ich mich gemeldet habe -, ist an Dreistigkeit echt nicht zu überbieten. Millionen Mietern zu suggerieren, sie seien zu dumm zu wissen, dass man seine Miete bezahlen muss, und würden das Gesetz nicht kennen - das übrigens mit der CDU zusammen beschlossen worden ist -, ist eine arrogante Schnöseligkeit, Herr Kollege, die ich Ihnen hier nicht durchgehen lasse. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall SPD - Zurufe CDU: Oh!)

Mit schneidiger Anwaltsrhetorik so zu tun, als ob die Menschen blöd seien, und dies mit ein paar fragwürdigen Beispielen belegen zu wollen, ist, wie ich finde, intellektuell unter dem Niveau, das ich hier gern hätte.

(Lachen CDU)

Zweitens muss ich Ihnen sagen: Sie kommen mit dem Beispiel eines Ehepaars, das keinen Cent Rente bekommt.

(Dr. Ralf Stegner)

(Lukas Kilian [CDU]: Zu blöd zum Zuhören?)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Es gibt natürlich Fälle, dass etwas dazuverdient werden muss. Aber wenn man keinen Euro in die solidarischen sozialen Sicherungssysteme einbezahlt hat, dann liegt das Problem vielleicht woanders, aber nicht bei den Mietern dieses Objektes, Herr Kollege. Vielleicht haben Sie ja einmal etwas über Rentenversicherung gehört.

(Beifall SPD - Jörg Nobis [AfD]: Fragen Sie doch einmal Selbstständige!)

Dann muss ich auch sagen: Ich finde es ja richtig, dass wir Milliarden für Wirtschaftshilfen und ähnliche Dinge ausgeben - teilweise übrigens, ohne groß zu fragen, wie die jeweiligen Verhältnisse tatsächlich sind; das machen wir unbürokratisch. Aber immer dann, wenn es um den Mieterschutz geht, wird der Untergang des Abendlandes beschworen. Soziale Marktwirtschaft hat auch ein Adjektiv, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es gibt viele Menschen, die hart arbeiten und ihre Miete gerade einmal so bezahlen können.

Und dann Ihre Krokodilstränen, dass sich Schulden aufhäuferten - wunderbar! Wo sind denn Ihre Vorschläge, das zu verbessern? Mieterschutz ist doch kein Entweder-oder, sondern Mieterschutz plus Hilfe wäre die Antwort, die man eigentlich geben müsste, statt hier solche Reden zu halten.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gibt es eine Menge anständiger Vermieter. Aber Sie beziehen nur die reine Vermieterposition. Wir müssen auch an die vielen Tausend Mieterinnen und Mieter denken, die hart arbeiten müssen, um sich das leisten zu können. Wir fordern übrigens nicht mehr, als dass ihnen in dieser Situation nicht die Wohnung gekündigt wird; über alles andere lässt sich reden. Die Mieterinnen und Mieter sind nicht schuld an der Coronakrise.

Abgesehen von dem Herrn von den Rechtsradikalen, auf dessen Argumente ich hier nicht eingehen möchte - dazu waren sie zu dumm -, sind wir uns in diesem Haus wahrscheinlich darin einig, dass diese Menschen die Krise nicht verursacht haben.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Haben auch wir gesagt!)

Ich fordere Sie noch einmal auf: Machen Sie Vorschläge, wie man es besser machen kann! Aber Sie stellen sich hier hin, polemisieren, verkaufen die

Leute für dumm und betrachten die soziale Marktwirtschaft rein aus der Vermieterperspektive. Das können Sie Ihren Klienten erzählen, die es nötig haben, zu Ihnen zu kommen, aber der Bevölkerung nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD - Unruhe FDP und CDU - Jörg Nobis [AfD]: Geistiger Sozenstuss!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Liebe Kollegen und Kolleginnen, es sind mehrere Begriffe gefallen, die nicht sonderlich parlamentarisch sind, darunter „blöd“ oder auch „dumm“. - Wir machen weiter mit den Kurzbeiträgen. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich fand die Analysen, die hier vorn stattgefunden haben, sehr spannend und will fast keiner davon widersprechen. Es ist tatsächlich ein wahn-sinnig teurer Kredit, wenn man das berücksichtigt, was Kollege Kilian angesprochen hat. Unsere Aufgabe ist es aber nicht, das Recht zu interpretieren und auszulegen, sondern es anzupassen, das heißt zu verändern, wenn es unzureichend ist.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Analyse ist ja richtig; aber wir müssen danach zu anderen Schlüssen kommen, weil Probleme tatsächlich bestehen.

Ich kann nachvollziehen, dass man zu der Abwägung kommt, dass es kein besonders guter Kredit ist, den man da eingeht. Für viele Menschen in der konkreten Situation ist das aber nicht die Abwägung. Sie stehen nicht vor der Frage: Ist das der bessere Kredit, oder gehe ich zur Bank? - Letzteres ist schwierig, wenn ich keinen Job habe oder nur wenig Kurzarbeitergeld bekomme. Die Frage, vor der diese Menschen stehen, ist: Wie wohne ich in den nächsten drei bis vier Monaten? - Das ist ein großes Problem für viele Menschen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Dann finde ich, dass sich jemand, der behauptet, das sei kein echtes Problem, auf sehr dünnem Eis bewegt.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], SPD und Lars Harms [SSW])

(Lasse Petersdotter)

Wir haben hier ein Problem!

Wenn wir uns angucken, wie viel die Menschen für ihre Miete schon vor der Coronakrise ausgeben mussten, das heißt, wie viel Prozent vom monatlichen Einkommen das ausmachte - 40 %, 50 %, teilweise weit mehr -, und wenn wir dann die Gegenrechnung aufmachen, was an Kurzarbeitergeld gezahlt wird, dann können wir uns durchaus erschließen, dass das nicht hinhaut.

Natürlich wird die Miete trotzdem gezahlt, und natürlich wird der Strom trotzdem gezahlt. Das bedeutet aber nicht, dass die soziale Härte nicht bestünde. Klar ist, dass die Priorität gerade jetzt natürlich genau dort liegt: Als Allererstes bezahle ich die Miete. Als Zweites bezahle ich den Strom. Erst dahinter kommt alles andere. - Genau diese Abstriche sollten die Menschen in dieser Zeit nicht machen müssen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn wir immer wieder sagen, dass wir, weil wir alle in dieser Situation sind, auch alle zusammenstehen müssen, dann muss uns bewusst sein, dass wir zwar alle im selben Sturm sind, aber längst nicht im selben Boot. Genau diese unterschiedlichen Härtesituationen muss die Politik abwägen. Die Analysen müssen die richtigen sein, und die Folgerung muss lauten, dass wir den Menschen in diesen Härten helfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Lars Harms [SSW])

Denn nur so kann es uns gelingen, Akzeptanz tatsächlich auch langfristig zu erreichen. Das gelingt nicht, wenn innerhalb von wenigen Stunden - richtigerweise! - über Wirtschaftshilfen entschieden, aber monatelang über soziale Hilfen diskutiert wird. Genau dann geht die Akzeptanz verloren. Deswegen war es ein Problem, dass dieses Thema so diskussionslos und leise dahingedriftet ist und das Mietenmoratorium ab Juli 2020 einfach weg war, und zwar ersatzlos. Das Problem blieb bestehen; aber die Lösungen sind wir weiterhin schuldig geblieben. Wir sollten uns mit Expertinnen und Experten zusammensetzen und die Probleme des Alltags erörtern - aus der Perspektive der Vermieterseite, aber gefälligst auch aus der Perspektive der Mieterseite. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat Jan Marcus Rossa von der FDP-Fraktion.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stegner, dieser Ausfall von Ihnen war echt nicht nötig.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Ich will Ihnen einmal zugutehalten, dass Sie hier einen Rettungsversuch unternommen haben, diesen wirklich schlechten Antrag irgendwie über die Zielinie zu tragen.

(Heiterkeit FDP)

Wir alle haben uns ja dafür ausgesprochen, dass dieser Antrag in den Ausschuss kommt. Wir haben aber nicht ohne Grund darauf verzichtet, hierzu einen Änderungs- oder Alternativantrag einzubringen; denn Ihr Antrag ist einfach so hunds miserabel schlecht. Das schreibe ich Ihnen hiermit ins Stammbuch.

(Beifall FDP, CDU und AfD)

Dann ist es überhaupt keine Art, sich hier in dieser Art und Weise am Kollegen Kilian abzuarbeiten.

(Zurufe SPD: Der Arme!)

Dann machen Sie auch noch einen entscheidenden Fehler: Sie bezeichnen ihn als „Vertreter der Vermieterseite“. Seine Beispiele waren aber die der Mieter! Er vertritt Mieter, nicht Vermieter, Herr Stegner. Das hätte man auch wahrnehmen können.

(Beifall FDP, CDU, Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Mit dieser Art von Polemik helfen Sie den Menschen, die unsere Hilfe brauchen, überhaupt nicht.

(Beifall FDP, CDU und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Was wir hier deutlich gemacht haben, und insofern bin ich - -

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Rossa?

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Ja.

(Jan Marcus Rossa)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Rossa, mit Ihnen habe ich mich noch gar nicht beschäftigt; aber ich will das gern tun.

(Heiterkeit SPD)

- Na, das wird ja spannend.

Ich habe sehr wohl verstanden, dass er von Mietern gesprochen hat. Aber er hat von Mietern gesprochen, die keinen Cent in die Rentenversicherung einbezahlt haben. Er hat so getan, als ob Millionen Mieter nicht verstanden hätten, dass das Gesetz keineswegs besagt, man müsse seine Miete nicht mehr bezahlen; das war die Unterstellung. Das finde ich, ehrlich gesagt, in der Tat ein bisschen schnöselig. Vielleicht kennt er solche Leute nicht; wir kennen sie schon. Sie haben zwar in der Sache genauso falsch vorgetragen, aber nicht mit ganz so abwegigen Argumenten; deswegen habe ich Sie bisher in Ruhe gelassen.

(Lachen FDP und CDU)

Aber wenn Sie jetzt dem Kollegen Kilian beipflichten, dann will ich Sie schon fragen: Wo ist - wenn Sie angeblich den Betroffenen helfen wollen, nicht solche Mietschulden anzuhäufen - eigentlich Ihre Initiative? Was ist Ihr Beitrag dazu, den Mieterschutz zu stärken? Vielleicht können Sie mir das einmal verraten, anstatt nur zu behaupten, unser Antrag sei schlecht.

- Ganz ehrlich: Die Coronapandemie ist keine Frage, den Mieterschutz zu stärken. Das hat nichts damit zu tun. Wir haben ein hervorragend funktionierendes Zivilrecht; das funktioniert auch durchaus in der Krise, wie wir wissen.

Ich habe sehr deutlich gesagt, dass es gute Argumente gegeben hat, im März 2020 ein solches Mietmoratorium befristet für drei Monate auf den Weg zu bringen, weil es notwendig gewesen ist, sich die Situation, die Auswirkungen der Coronapandemie, insbesondere die finanziellen Auswirkungen, genau anzusehen und Mieter hier nicht in die Verlegenheit zu bringen, dass sie mit fristlosen Kündigungen wegen Mietverzugs rechnen müssen. Das war der Grund.

Das Problem ist aber geblieben: Die finanzielle Belastung, die Verschuldung, die damit einhergegangen ist, das alles sind Argumente, die Sie mit Ihrem Antrag einfach ausblenden. Ich finde, es ist Ihnen auch vorzuwerfen, wenn Sie sich hier starkmachen

wollen für schutzbedürftige Mieter, dass Sie diese Dinge ausblenden.

Was ich überhaupt nicht ertragen kann, das ist die Einseitigkeit, wie Sie Menschen stets und ständig in zwei unterschiedliche Lager aufteilen: auf der einen Seite den sozial schutzbedürftigen Mieter, auf der anderen Seite die Raubkatze in Form von Vermietern in unserer Gesellschaft. Das ist, mit Verlaub, unerträglich.

(Beifall FDP und CDU - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter Rossa, erlauben Sie - -

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Ich sage Ihnen an der Stelle noch etwas. Ihre Art und Weise, wie Sie Wohnungspolitik betreiben, führt genau zu dem gegenteiligen Effekt, den wir eigentlich erzielen wollen, dass nämlich da, wo Wohnraum gebraucht wird, dieser auch gebaut wird.

(Beifall FDP und CDU)

Aber alles, was Sie machen, ist Investitionsverhinderung. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine weitere Zwischenbemerkung oder Frage?

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Rossa, ich stelle fest, dass der Markt jedenfalls gut funktioniert, wenn es um den Bau von Luxuswohnungen geht. Er funktioniert aber weniger gut, wenn es um bezahlbares Wohnen geht.

(Widerspruch FDP)

Sie sagen, es gehe nicht um Mieterschutz. Ich sage Ihnen: Es geht sehr wohl um Mieterschutz. Wenn wir, übrigens mit unseren Stimmen, dafür sorgen, dass es Wirtschaftshilfen gibt, teilweise 75 % der Umsätze des letzten Jahres, wenn wir mit unseren Stimmen dafür sorgen, dass Wirtschaftshilfen verlängert werden bis in den Juni nächsten Jahres, Sie dann aber sagen, das mit dem Mieterschutz

(Jan Marcus Rossa)

muss aufhören im Juni diesen Jahres, dann finde ich das eine sehr einseitige Betrachtungsweise, Herr Kollege Rossa. Dann dürfen Sie uns nicht verübeln, dass sich die sozialdemokratische Fraktion in diesem Haus an die Seite derjenigen stellt, die als Mieterinnen und Mieter größere Probleme haben als andere Gruppen, denen wir helfen. Das ist der Punkt.

(Beifall SPD)

- Herr Stegner, es wäre ja schön, wenn Sie sich an die Seite der schutzbedürftigen Mieter stellen würden. Nur, die Mittel, die Sie hier in Kraft setzen wollen, bewirken das Gegenteil; die fördern Verschuldung, während ich deutlich gesagt habe - und da habe ich die Koalition hinter mir -: Wir müssen dafür sorgen, dass Mieter in die Lage versetzt werden, zum Beispiel durch das Instrument des Wohngeldes, dass sie ihre Mieten zahlen können, damit überhaupt keine Schulden entstehen können. Ich verstehe gar nicht, was daran so schwer zu begreifen ist. Das ist Mieterschutz, Herr Stegner.

(Beifall FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Es ist wirklich ärgerlich.

Ich möchte jetzt noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, der jüngst durch die Presse gegangen ist, nämlich auf die Bemühungen, das Rechtsinstitut der gestörten Geschäftsgrundlage zu ändern, einseitig und mit der Begründung, dass man die Verhandlungsposition von Mietern verbessern möchte. Ihre Justizministerin in Berlin hat ja nicht einmal begriffen, was das Institut der gestörten Geschäftsgrundlage bedeutet. Das hat nichts mit Verhandlung zu tun. Da tritt eine Vertragsänderung kraft Gesetzes ein. Was ist denn das für ein Irrsinn, den Sie da fabrizieren?

Sie denken Ihre Maßnahmen nie zu Ende, und Sie haben immer einen Schuldigen parat; das ist der Vermieter, und auf der anderen Seite gibt es den braven und schutzbedürftigen Mieter. Das ist einfach zu simpel. So lösen Sie das Problem der Mieter in diesem Land mit Sicherheit nicht. Das muss hier so deutlich gesagt werden. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat Lukas Kilian von der CDU-Fraktion.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Stegner, Ihre niveaulosen Angriffe gegenüber meiner Person bin ich inzwischen ja gewohnt. Aber das Maß an Faktenfreiheit in Ihren Redebeiträgen wird langsam absurd.

(Beifall CDU, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich kann Ihnen eines sagen: Ich empfehle Ihrer Fraktion - das merkt man in allen möglichen Debatten -, bei der nächsten Landtagswahl mindestens einen Juristen aufzustellen. Das hilft in solchen Debatten.

(Zurufe SPD)

Wenn Sie sagen, dass wir die Mieter in der Gesellschaft hier irgendwie für dumm verkaufen wollten, und meinen, sie müssten keine Miete mehr bezahlen, dann empfehle ich Ihnen als Berufstheoretiker einmal eine Praxis in der Lebenswirklichkeit, in der Realität.

(Beifall CDU und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Es war Ihre wohnungsbaupolitische Sprecherin, die in einer Zwischenfrage an mich von einer Stundung von Mieten gesprochen hat. Wenn Sie also meinen, dass der Kollege Kilian, der sich hier mit einer Rede an der Debatte beteiligt hat, die Bevölkerung draußen für dumm verkauft, gleichzeitig aber Ihre wohnungsbaupolitische Sprecherin genau dieses eine Minute vorher gemacht hat, dann - es tut mir leid - passen diese Begrifflichkeiten irgendwie nicht zusammen.

Wenn ich Ihnen ein Beispiel genannt habe von Leuten, die eine - ich habe nicht gesagt, dass sie gar keine Rente haben -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Eine kleine Rente!)

ganz kleine Rente haben,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

eine kleine Rente haben, eine kleine, mit „L“; nicht keine, eine kleine Ente - -

(Heiterkeit und Zurufe)

- Das wird ja immer wilder.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, diese Leute haben keine Ente, aber eine kleine Rente. Ich habe gesagt, dass sie ein großes Problem haben, wenn das passiert.

(Lukas Kilian)

Nach Ihrem Antrag sollen die Mietrückstände quasi bis zum Ende der Coronakrise gestundet werden, damit man nicht gekündigt werden kann. Sagen wir einmal, es geht um 500 € Miete; diese werden zwölf Monate lang nicht bezahlt, dann sind das 6.000 € offener Mietrückstand. Dann wird man auf die Zahlen verklagt, weil der Vermieter irgendwann sagt, er möchte das Geld haben, weil er vielleicht ebenfalls in größeren wirtschaftlichen Problemen steckt. Dann kostet doch der ganze Rechtsstreit mit den Anwälten, die beide Seiten nehmen müssen, weil der Prozess vor dem Landgericht stattfindet, noch einmal 3.000 € on top. Da sind die Verzugszinsen noch gar nicht dabei. - Toller Vorschlag! Aus 6.000 € Schulden werden so 9.000 € gemacht. Es tut mir leid, aber das ist einfach ein Humbug-Vorschlag.

Wissen Sie was? - Sie machen hier etwas zu einem großen Problem, das gar kein großes Problem ist. Die Wohnungswirtschaft hat das evaluiert: 1 % der Wohnungen hat ein Mietausfallproblem.

Es ist auch nicht so - Herr Kollege Petersdotter, auch da empfehle ich Ihnen ganz kurz einmal einen Blick in die Lebensrealität -, dass man nach zwei oder drei Monaten vom Gerichtsvollzieher aus der Wohnung geschmissen wird. Ein Räumungsverfahren in Schleswig-Holstein dauert ungefähr zwölf Monate. Und was hält das BGB für Mieter noch bereit? - Die Möglichkeit, die Mietschulden zu bezahlen, um dann in der Wohnung bleiben zu dürfen.

Wir haben also einen guten Mieterschutz. Ich plädiere gerade dafür, die starken und schon im März 2020 deutlich verbesserten Zugänge zum Wohngeld in Anspruch zu nehmen. Das ist das Wichtige. Alles andere ist Popanz, alles andere vergrößert die Probleme nur, und alles andere verkauft die Menschen draußen im Endeffekt für dumm. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall CDU, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat sich der Abgeordnete Werner Kalinka gemeldet.

Werner Kalinka [CDU]:

Meine Damen und Herren! Zu diesem SPD-Antrag und zur Rede des Kollegen Stegner kann man einfach nicht schweigen.

Der Kollege Kilian hat sehr berechtigt und auch grundsätzlich Beispiele aus der Praxis genannt. Wenn Sie dazu sagen, das seien Schnöseligkeiten

und er wolle die Leute für dumm verkaufen, dann weise ich das für die CDU-Fraktion mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall CDU)

Herr Kollege Stegner, solche Bemerkungen, wie Sie sie hier machen, sind eigentlich unter Ihrem intellektuellen Niveau.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Das ist deshalb unter seinem intellektuellen Niveau, weil er es mit Vorsatz macht, um zu provozieren.

Wenn wir uns Ihren Antrag anschauen, dann will ich hier Folgendes ganz klar sagen: Ein Mietverhältnis ist auf Sozialpartnerschaft angelegt. Ein Mietverhältnis gibt heute dem Mieter ganz erhebliche Rechte. Das alles ist auch so in Ordnung.

Aber ein Vermieter muss auch rechnen. Und ein Vermieter kann nur dann verzichten und geben, wenn er sich das leisten kann. Wenn er sich das nicht leisten kann, was dann? - Dann machen Sie aus dem Vermieter ein Problem in der Sache. Da vermissem ich in Ihrem Antrag etwas; ich vermisse in Ihrem Antrag, dass Sie die Sichtweise des privaten Vermieters überhaupt erwähnen.

Sie reden immer nur von Fonds und von den großen Genossenschaften, aber Sie vergessen völlig, dass die meisten Wohnungen in diesem Land von privaten Vermietern zur Verfügung gestellt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Was ist denn das für eine Botschaft, wenn diese merken, mit welcher Unsensibilität Sie diesen begegnen? Das sage ich auch zu Ihnen, Herr Petersdotter. Das sollte man, glaube ich, schon mit beachten.

Wenn die Verbände beider Seiten sagen, es gibt in der Praxis keine großen Probleme, dann sollten wir es ihnen einfach mal glauben. Wenn ein Vermieter es sich erlauben kann und ein Mieter ein Problem hat, dann wird er in ein Gespräch eintreten und versuchen, einen Weg zu finden. Glauben Sie denn, dass das alles nur Menschen sind, die hartherzig des Lebens daherlaufen? Es ist doch einfach nicht richtig, was Sie hier erzählen und uns weismachen wollen.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter Kalinka, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Pauls?

Werner Kalinka [CDU]:

Ja, bitte schön.

Birte Pauls [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich habe in der letzten Woche ein Gespräch mit der Organisation WohnECK NF gehabt. Diese Organisation kümmert sich um Menschen, die in Schwierigkeiten bezüglich ihrer Wohnung stecken, kurz vor der Insolvenz stehen, von Obdachlosigkeit bedroht sind, alle diese Dinge. Der Geschäftsführer hat mich darüber informiert, dass es eine Familie gibt, bei denen beide Elternteile, die in der Gastronomie arbeiten, in Kurzarbeit sind und Mietschulden angehäuft haben. Der private Vermieter sagte: „Ist nicht!“, und sie mussten raus mit einem kleinen Kind, kurz vor Weihnachten.

Glauben Sie ernsthaft, dass es diese Dinge nicht gibt? Sie reden hier in einer Art und Weise, als ginge es nur um die großen und nur um die guten Vermieter. Aber diese ganzen kleinen Schicksale blenden Sie hier komplett aus. Ich finde, das ist dieser ganzen Situation nicht würdig.

(Beifall SPD)

- Frau Kollegin Pauls, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, können Sie sich eigentlich noch erinnern, wer in diesem Landtag die Debatte begonnen hat, dass wir mehr für die von Wohnungsverlust bedrohten Menschen tun müssen? Wer war das in den letzten zwei Jahren? Das waren doch wir, die dieses Gespräch hier begonnen haben. Meines Wissens gibt es im Innenministerium auch Instrumentarien, um dem zu begegnen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Nehmen Sie als Beispiel, dass Frauen aus Frauenhäusern in vernünftige Wohnungen kommen. Da ist in diesem Land in den letzten zwei, drei Jahren eine ganze Menge geschehen.

(Zurufe SPD)

Das schließt individuelle Probleme natürlich nicht aus. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Natürlich gibt es diese Probleme. Aber das Wichtigste ist erst einmal, dass Vermieter und Mieter ins Gespräch kommen, dass sie in einen Dialog eintreten und das Problem nicht immer größer wird und sich potenziert. Das sagt Ihnen jeder, der von diesem Thema etwas versteht. So ist die Situation.

Deswegen glaube ich nicht, sehr geehrte Frau Kollegin Pauls, dass wir uns vorwerfen lassen müssen,

dieses Thema nicht im Blick gehabt zu haben. Auch was die Diskussion bezüglich von Obdachlosigkeit beziehungsweise Wohnungslosigkeit Bedrohten angeht, so waren Sie doch beteiligt, als wir gefordert haben, dass hier mehr geschieht, und es geschieht doch auch mehr.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie noch eine weitere Bemerkung beziehungsweise Zwischenfrage?

Werner Kalinka [CDU]:

Natürlich.

Birte Pauls [SPD]: Vielen Dank. - Dann möchte ich nur noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, dass das mit den Frauenhäusern nicht Ihr Verdienst gewesen ist.

- Ihres auch nicht.

- Auch das mit den Obdachlosen ist nicht Ihr alleiniges Verdienst gewesen. Das möchte ich an dieser Stelle gerne noch einmal klarstellen.

- Frau Kollegin Pauls, ich in meinem Lebensalter denke nicht mehr in der Kategorie von Verdiensten. Ich gehe danach, was in der Sache geschieht. Da können Sie doch überhaupt nicht bestreiten, dass wir im Land Schleswig-Holstein in den letzten Jahren etwas getan haben, um von Wohnungsnot bedrohten Menschen in diesem Land zu helfen. Das wollen Sie doch wohl nicht ernsthaft bestreiten!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es kann doch nicht angehen, dass die SPD ein Zerrbild der Verhältnisse von Vermietern und Mietern schafft. Wir wehren uns gemeinsam dagegen, dass ein solches Zerrbild in die Öffentlichkeit kommt, ein Bild, das überhaupt nicht in die Wirklichkeit hineinpasst. Dagegen verwehre ich mich. Wenn Sie das noch mit unangebrachten - ich hätte beinahe gesagt: unflätigen - Angriffen auf Landtagskollegen verbinden, dann werden wir das in diesem Parlament nicht hinnehmen, sondern Ihnen unsere Meinung dazu deutlich sagen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat sich der Kollege Lars Harms gemeldet.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich aufgrund der Beiträge des Kollegen Petersdotter und auch des Kollegen Stegner noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Petersdotter hat ja gefragt, was wir tun sollen, und hat angemahnt, dass wir etwas tun müssen. Damit hat er ja recht; ich werde gleich noch darauf eingehen.

Herr Stegner hat gesagt, alle hätten sich irgendwie nur auf die Vermieter kapriziert und nicht auf die Mieter. Zumindest was mich angeht, weise ich das weit von mir. Ich habe aber auch alle anderen Redner sowohl von CDU und FDP als auch von den Grünen nicht so verstanden. Vielmehr ist es eine Abwägung. Man muss das Problem eben weiterdenken; denn es könnte möglicherweise jemand anders negativ treffen. Das ist nun mal Politik, dass man darauf ein bisschen achtet.

Was ist eigentlich unser Ziel? Ich gehe jetzt einmal nur von den Mietern aus. Das Ziel muss doch sein, dass sie nicht noch weitere Schulden aufbauen. Das ist das Erste; denn sonst haben Sie ein richtiges Problem, und zwar ein langfristiges Problem an der Backe.

Das Zweite ist, dass wir versuchen wollen zu erreichen, dass gar nicht erst Kündigungsgründe entstehen. Wenn wir keine Kündigungsgründe hätten, bräuchten wir das Moratorium auch nicht. Das sind die beiden Ziele, die wir eigentlich verfolgen sollten. Wie werden sie derzeit erreicht, beziehungsweise wie versucht man derzeit, sie zu erreichen, und zwar losgelöst von dem Moratorium, das ja schon abgelaufen ist?

Erstens. Die Sozialbehörden handeln bei denjenigen, die von Arbeitslosengeld, Grundsicherung/Hartz IV abhängig sind, inzwischen sehr kulant, wenn es um die Kosten für die Unterkunft geht. Das betrifft übrigens nicht nur Wohnen, sondern auch Heizung. Da sagt man bewusst für den Übergangszeitraum, im Hinblick auf den wir wissen, dass da eine Not besteht: Ihr könnt auch eine größere Wohnung behalten, als euch nach den normalen Regeln eigentlich zusteht. Wir zahlen sie trotzdem. - Das ist echtes staatliches Geld. Das ist in Ordnung so.

Zweiter Punkt. Beim Wohngeld gibt es wesentlich mehr Anträge als früher. Da hat sich ein Automatismus entwickelt, und das ist auch gut so. Denn das heißt, das staatliche System in dem Bereich funktioniert.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch daran erinnern: Wir haben zu Zeiten der Küstenkoalition

die Schuldnerberatung gestärkt, und Jamaika erhält das aufrecht. Auch das ist eine staatliche Leistung, die den Menschen, wenn es darum geht, die Schulden beispielsweise durch eine Privatinsolvenz wieder loszuwerden, hilft. Also da passiert schon etwas für die Menschen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Nun stellt sich die Frage, die der Kollege Petersdotter aufgeworfen hat: Was kann man denn sonst noch tun? Auch dazu haben wir ja Vorschläge gemacht, nämlich erstens den Zugang zum Wohngeld vielleicht noch mehr zu erleichtern, wenn es geht. Das müssen wir diskutieren, auch mit den Verbänden. Wir müssen - zweiter Punkt - vielleicht auch gucken, ob die Höhe des Wohngeldes angepasst werden muss. Das kann man sowohl dauerhaft machen, wenn man davon überzeugt ist, oder zeitweise, bezogen auf die Pandemiesituation. Ich finde, das sollten wir - vielleicht auch noch andere Dinge - einmal im Ausschuss diskutieren. Das Moratorium bringt nach meiner Auffassung überhaupt nichts. So gesehen bringt der Antrag inhaltlich nichts, aber er hilft uns zumindest, wenn wir ihn in den Ausschuss überweisen, dort über andere Dinge zu diskutieren. Insofern hat er dann auch etwas gebracht. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall SSW, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, Claus Christian Claussen.

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon lange über dieses Thema diskutiert, und wir haben, glaube ich, übereinstimmend festgestellt, dass die Coronakrise natürlich in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch in sozialer Hinsicht eine echte Herausforderung für die gesamte Gesellschaft und nicht nur für einzelne Personen oder Personengruppen darstellt. Deshalb muss man sich überlegen, was wir bislang getan haben, um diese Härten abzumildern.

Da muss man erst einmal darauf verweisen, dass am 13. März 2020 die Zahlung des Kurzarbeitergelds ganz entscheidend ausgeweitet worden ist, womit wir sichergestellt haben, dass den Leuten, die kurzfristig von Arbeitslosigkeit bedroht worden

(Minister Claus Christian Claussen)

wären, erst einmal über längere Zeit ein Einkommen zugesichert worden ist.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Der Zeitraum für die Zahlung des Kurzarbeitergeldes ist jetzt im Rahmen des Sozialschutz-Pakets II noch einmal deutlich verlängert worden, nämlich bis Ende nächsten Jahres, und es ist auch noch einmal erhöht worden. Wir haben also auf der Einkommenseite der Menschen erheblich etwas getan.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, und wer hat das erfunden? - Lars Harms [SSW]: Die Schweizer!)

- Es geht ja weiter. - Damit haben wir die Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert. Wir haben aber noch weitere Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, und zwar alle mit dem Ziel, den Zugang zu Sozialleistungen schneller und einfacher zu gestalten. Das betrifft sowohl das Arbeitslosengeld II, also Hartz IV, als auch die Sozialhilfe nach SGB XII. Auch die Antragstellung des Wohngelds ist vereinfacht worden. Das ist schon gesagt worden. Auch der Zugang zu den Kosten der Unterkunft ist vereinfacht und verbessert worden.

Das Wohngeld fällt in die Zuständigkeit des MILLIG. Der bessere Zugang zum Wohngeld hat sich bemerkbar gemacht: So lag der Wohngeldbezug im Zeitraum der Pandemie von März bis September 2020 bei rund 34,5 Millionen € und damit deutlich über den Zahlen des Vorjahreszeitraums von 23,5 Millionen €. Das ist ein Anstieg von ungefähr 47 %. Das zeigt: Es wird erheblich geholfen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Die Folge ist, dass wir Mieter in die Lage versetzen, ihre Miete weiter zu zahlen, ohne dass es zu einer Störung des Vertragsverhältnisses zwischen Vermieter und Mieter kommt. Man kann doch nichts Besseres erreichen, als den Mieter in die Lage zu versetzen, seine Miete zu bezahlen, anstatt ihm sagen zu müssen: Wenn du dich jetzt verschuldest, musst du das ein bisschen später bezahlen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zur Verschuldungsproblematik möchte ich darauf hinweisen, dass wir in unserem sozialen Mietrecht auch nach einem abgeschlossenen Prozess noch Möglichkeiten des Vollstreckungsschutzes haben. Dass jemand mit einem kleinen Kind vor Weihnachten direkt auf die Straße gesetzt wird, wird vor unseren Gerichten nicht standhalten.

(Unruhe)

Ich möchte jetzt weitermachen. - Für mich zeigt das - das Beispiel habe ich angeführt -, dass unsere sozialen Sicherungssysteme funktionieren. Auch die Zuschussprogramme für kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige haben wir aufgelegt, sodass im Grunde genommen alle bedacht werden.

Nach meiner Einschätzung können die Maßnahmen die negativen Auswirkungen der Pandemie abfedern. Die Frage ist, ob wir noch ein Mietenmoratorium brauchen. Die Nachteile sind aufgezählt worden. Es gibt keine Stundung, keinen Verzicht auf Miete. Ich meine, dass die Maßnahmen, die wir getroffen haben, gut sind und den Mieter weit besser schützen als ein Mietenmoratorium, das im Übrigen vor einem halben Jahr abgelaufen ist.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass uns die Wohnungswirtschaft gemeldet hat, dass über 99 % der Mieter ihren Verpflichtungen nachkommen. Insofern haben wir das Problem praktisch gelöst und brauchen keine weiteren gesetzlichen Maßnahmen in Form eines Mietenmoratoriums. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit eingehalten. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2620 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es gibt vor der Abstimmung noch eine Wortmeldung.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Angesichts der Breite und Komplexität des Themas und der Debatte finde ich es angemessen, wenn auch die Ausschüsse für Soziales und Wirtschaft mitberatend sind.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Auch die Ausschüsse für Soziales und Wirtschaft, ist das für alle in Ordnung? - Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2620 federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Enthaltungen? - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 morgen aufzurufen. Bevor Sie alle loslaufen, stimmen wir noch über einen Punkt ab.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (Hochschulgesetz - HSG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2338

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/2597

Ich erteile zur Berichterstattung des Bildungsausschusses in Vertretung des Vorsitzenden Peer Knöfler der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Ines Strehlau, das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Vielen Dank. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 19/2338 unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen 10 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:15 Uhr